onnerstag, 1. November 1984 - D ***

… Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11 … Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) … / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung …burg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 257 - 44.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,60 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Rentenversicherung: 13,8 Millionen Sozialrenten, rund eine Million Unfallrenten sowie die Renten der Kriegsopfer werden zum 1. Juli 1985 voraussichtlich um real 1,07 Prozent steigen. (S. 2)

Medien: Das SPD-Präsidium hat sich hinter den in der Partei heftig umstrittenen Kompromiß der Länder zur bundesweiten Einführung des Privatfernsehens gestellt. (S. 5)

Kein Stimmrecht: Den Grünen ist vom Bonner Landgericht untersagt worden, Mitgliedern der Alternativen Liste Berlin, die nicht den Grünen angehören, in ihren Führungsgremien Stimmrecht zu gewähren. (S. 4)

Seerechtskonvention: Nachdem Frankreich beim Gipfel in Bad Kreuznach das Abkommen nachdrücklich unterstützt hat, zeichnet sich auch die Zustimmung der Bundesregierung ab.

Nordseekonferenz: Großbritannien hat auf der gestern eröffneten Tagung in Bremen erneut die deutsche Forderung abgelehnt, die gesamte Nordsee zum Sondergebiet zu erklären. (S. 4)

Niederlage für Vietor: Die Klage des ehemaligen Chefs der Neuen Heimat auf Rücknahme der Kündigung und Nachzahlung von einer Million Mark Gehalt wurde in Hamburg abgewiesen. (S. 5)

Japan: Mit einem fast zu zwei Dritteln umgebildeten Kabinett begann Ministerpräsident Nakasone gestern seine zweite Amtsperiode als Partei- und Regierungschef.

Sanktionen: Zum 1. Januar 1985 werden die japanischen Sanktionen gegen Nordkorea aufgehoben. Sie waren im November 1983 nach einem von Nordkorea gesteuerten Anschlag auf eine südkoreanische Delegation in Birma verhängt worden.

Chile: Beim Generalstreik gegen die Pinochet-Regierung wurden acht Personen getötet. Über das Land wurde eine nächtliche Ausgangssperre verhängt. In Bonn verurteilte die CDU die „brutale Gewalt" des Regimes. (S. 6)

Andreotti: Der italienische Senat hat drei Mißtrauensanträge gegen Außenminister Andreotti abgewiesen. (S. 2)

Indira Gandhi

„Sie war eine mutige Frau und seit langem für den Augenblick des Todes bereit", schreibt der langjährige deutsche Botschafter in Indien, Günter Diehl, in einem Porträt über Indira Gandhi. Sie lebte in der Zuversicht, daß Indien unzerstörbar ist. Seite 3. Leitartikel Seite 2. Weitere Beiträge Seite 7

WIRTSCHAFT

Opec: Die tägliche Förderung wird um neun Prozent zurückgenommen. Die Hauptlast trägt Saudi-Arabien; Nigeria und Irak sind nicht betroffen. (S. 9)

Mischfinanzierung: Bonn treibt die Mischung von Kapitalhilfen und kommerziellen Krediten an Entwicklungsländer voran. Von den in diesem Jahr zugesagten 1,2 Milliarden DM waren 50 Prozent kommerzielle Kredite. (S. 9)

Luftfahrt: Die nächste Jahressitzung der IATA findet in Hamburg statt. Die Organisation wählte in Montreal den Lufthansa-Vorstandsvorsitzenden Ruhnau zu ihrem Präsidenten. (S. 9)

Bundesbahn: Die Tarife werden am 1. Januar um durchschnittlich 2,5 Prozent erhöht. (S. 9)

Börse: Aktien notierten gestern deutlich fester. WELT-Aktienindex 157,6 (156,6). Am Rentenmarkt zogen die Kurse ebenfalls stark an. Dollar-Mittelkurs 3,0296 (3,0555) Mark. Goldpreis je Feinunze 33s,50 (335,50) Dollar.

ZITAT DES TAGES



„Das ist eine Sauerei und Schweinerei. So kann man mit mir nicht umspringen"

Der Berliner SPD-Spitzenkandidat Hans Apel auf die Mitteilung, daß sich zwei SPD-Kreisverbände an einer von Kommunisten inspirierten Anti-Reagan-Kundgebung am Vorabend der US-Wahlen beteiligen wollen (S. 4)
FOTO: POLY-PRESS

KULTUR

Evangeliar: Das Evangeliar Heinrichs des Löwen, im Dezember 1983 durch ein deutsches Konsortium für 32,5 Millionen Mark in London erworben, muß nach der ersten Ausstellungsrunde (Braunschweig, München, Bonn, Berlin) völlig auseinandergenommen werden, da die Heftung erneuerungsbedürftig ist. (S. 20)

„Kulturgipfel": Frankreich hat einen deutsch-französischen „Kulturgipfel" zum Ausbau der bilateralen Zusammenarbeit vorgeschlagen. Themen sollen unter anderem die Förderung des Büchermarktes, die Gründung einer europäischen Bibliothek und die Einrichtung eines gemeinsamen Fernsehkanals über Satellit sein.

SPORT

Fußball-Bundesliga: Eine Buchprüfung durch den Notvorstand von Borussia Dortmund ergab Verbindlichkeiten in Höhe von 8,3 Millionen Mark. (S. 18)

Leichtathletik: Auch Moskau beteiligt sich 1985 an Sportfesten, bei denen Athleten insgesamt 20 000 Dollar gewinnen können – gespendet von „Mobil-Oil". (S. 18)

AUS ALLER WELT

Computer: Wenn der Rechner „stirbt" und mit ihm auch die Datenverarbeitung, stellt sich für viele Firmen schon nach wenigen Tagen die Existenzfrage. (S. 20)

Ausgeliefert: Zehn Stunden trieb der britische Luxusliner Queen Elizabeth II. mit 1400 Passagieren an Bord hilflos im rauhen Nordatlantik. Durch einen Brand im Schaltraum waren die Turbinen vorübergehend ausgefallen.

Wetter: Heiter und trocken. 15 bis 18 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Nach Mord an Indira Gandhi: Schwere Unruhen in Indien

Sohn Rajiv tritt die Nachfolge an / Sikh-Sekte bekennt sich zum Attentat

DW. Neu-Delhi

Indien steht nach dem Mordanschlag auf Ministerpräsidentin Indira Gandhi vor neuen schweren inneren Auseinandersetzungen zwischen den religiösen und ethnischen Gruppen des Landes. Obwohl schon acht Stunden nach dem Attentat der 40jährige Sohn der Regierungschefin, Rajiv, von Staatspräsident Zail Singh als neuer Ministerpräsident vereidigt wurde, dürfte sich die Krise im Lande verschärfen. Für das ganze Land wurde eine zwölftägige Staatstrauer angeordnet.

Frau Gandhi, mit 16 Regierungsjahren dienstälteste Regierungschefin der Welt, war am Mittwoch von Leibwächtern, die nach offiziellen Angaben der radikalen Sikh-Sekte angehören, nach dem Verlassen ihres Hauses im Zentrum von Neu-Delhi erschossen worden. Eine Notoperation, bei der sieben Kugeln aus Brust und Bauch entfernt wurden, blieb vergeblich.

Die indische Armee wurde kurz nach dem Attentat in Alarmbereitschaft versetzt, Reservisten über Rundfunk und Fernsehen aufgefordert, sofort zu ihren Einheiten zurückzukehren. Soldaten und Polizisten schirmten sämtliche Sikh-Tempel im Lande und die Zufahrtsstraßen zur Hauptstadt ab. Trotzdem kam es in Neu-Delhi und in Kalkutta in der Reaktion auf die Ermordung zu gewalttätigen Ausschreitungen von Hindus gegen Anhänger der Sikh-Glaubensgemeinschaft. In der Hauptstadt tobten regelrechte Straßenschlachten. Auch in Madras sollen Hindus Sikh-Tempel angegriffen haben.

Der jetzt gewählte Ministerpräsident Rajiv dürfte lediglich Regierungschef für eine Übergangszeit sein. Er war in Indien bis vor wenigen Jahren politisch überhaupt nicht in Erscheinung getreten. Sein Amt als Generalsekretär der Kongreß-Partei verdankt er dem Wunsch seiner Mutter nach dem Tod des jüngeren Bruders Sanjay, die Partei fest an die Familie zu binden.

Indira Gandhi, einzige Tochter von Indiens erstem Regierungschef nach der Unabhängigkeit, Jawaharlal Nehru, schien geahnt zu haben, daß sie ein Opfer politischen Terrors werden könnte. Noch wenige Tage vor ihrer Ermordung sagte sie in einer Rede im Bundesstaat Orissa: „Selbst wenn ich im Dienste der Nation sterbe, will ich stolz darüber sein. Jeder Tropfen meines Blutes, ich bin dessen gewiß, wird zum Wachstum dieser Nation beitragen und sie stark und dynamisch machen." Noch vor zwei Wochen schlug sie Warnungen ihres Geheimdienstes vor einem Mordkommando in den Wind und hielt an ihrem Wahlkampfprogramm in den von Unruhen erschütterten Bundesstaaten Orissa, Kaschmir und Andhra Pradesh fest. Bei den bevorstehenden Wahlen in Indien galt die Wiederwahl der 66jährigen als sicher.

Die Sikhs feierten den Mord. Wenige Stunden nach dem Attentat hieß es in anonymen Telefonanrufen an westliche Nachrichtenagenturen in Neu-Delhi: „Wir haben uns gerächt. Es lebe die Sikh-Religion. Das ist die Aktion der gesamten Sikh-Sekte." Als eine „gute Nachricht für uns" bezeichnete Mahender Singh Rathour, einer der Chefs der separatistischen Sikh-Partei „Dal Khalsa", in London den Tod der Regierungschefin. Frau Gandhi trage die Schuld an der Beschädigung des Sikh-Heiligtums in Amritsar, sie habe „10 000 unschuldige Menschen getötet".

Frau Gandhi hatte sich den Haß der Sikhs zugezogen, als sie sich im Juni dieses Jahres dazu entschloß, den Befehl zum Sturm auf den Goldenen Tempel der Sekte in Amritsar, dem höchsten Heiligtum der Sekte, zu geben. Sie hatte damit auf den zunehmenden Terror der Extremisten reagiert, die unter ihrem Führer Bhindranwale fast täglich Mordanschläge verübten.

DER KOMMENTAR

Gewalt in der Politik

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

In jüngster Zeit ist die These aufgestellt worden, politische Morde bewirkten nichts, weil sie auf einer fixen Idee des Attentäters beruhten. Der Mord an Kennedy scheint das zu bestätigen. Doch in diesen Tagen sind zwei politische Morde geschehen, deren Auswirkungen noch nicht abgesehen werden können: Die polnische Nation beklagt den gewaltsamen Tod des Priesters Popieluszko, und in Indien hallen die tödlichen Schüsse auf Indira Gandhi nach.

Befragt man die Geschichte, dann kommt man sehr schnell darauf, daß die These von der Wirkungslosigkeit politischer Attentate nur in Einzelfällen stimmt. Die Schüsse von Sarajevo lösten den Ersten Weltkrieg aus; die Morde in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg waren Signale zum Sturz der Weimarer Republik; der millionenfache Mord an den Juden verstieß Hitlers Drittes Reich aus der Gemeinschaft der zivilisierten Welt; die Millionen Morde Stalins diskreditieren noch heute die Sowjetunion.

Andererseits: Die Morde der RAF haben das System unserer Repubiik keineswegs erschüttert. Ebensowenig haben die Anschläge auf die US-Botschaften in Teheran und Beirut den Staat der USA ins Wanken gebracht. Der Mord an Sadat zerstörte nicht dessen Friedenstat. Der blutige Terror der Palästinenser entzog Arafats politischen Zielen jede Legalität.

Nun die beiden Fälle unserer Tage: Der Mord an dem polnischen Priester erinnert an das Attentat auf den polnischen Papst. Beide Male ging es darum, die sowjet-kommunistische Diktatur in Polen vor der Freiheitsbewegung Solidarność zu retten. Beim Papst-Attentat untersucht ein italienisches Gericht die „bulgarische Connection", in deren Hintergrund der sowjetische Geheimdienst stünde – welche Gedanken stellen sich da zum Tode Popieluszkos ein? Die Schüsse auf Indira Gandhi sind in einem Bürgerkrieg der Sikhs um Autonomie und Religion die Rache für die Erstürmung ihres Heiligtums.

Der Krieg könne kein Mittel der Politik mehr sein, sagt man. Real trifft das auf den Atomkrieg zu. Konventionelle Kriege, Bürgerkriege und der Krieg des Attentäters gegen eine Persönlichkeit der Zeit finden statt wie seit Menschengedenken. Gewalt in der Politik scheint eine unausrottbare Eigenschaft der Menschen zu sein. Manchmal – selten – ist sie sogar ethisch zu rechtfertigen. Jedes Jahr gedenken wir der Männer des 20. Juli. Gleichwohl schrieb Walter Laqueur: „Die Geschichte der Tyrannenmorde ist die Geschichte von gescheiterten Hoffnungen auf eine bessere Zukunft."

Walesa ruft den Papst zu Hilfe

Bürgerrechtskomitees in Polen vor der Gründung / Umbildungen im Parteiapparat?

DW. Warschau

Arbeiterführer Lech Walesa hofft offensichtlich darauf, daß nach der Ermordung des Warschauer Priesters Jerzy Popieluszko der Papst im Dialog zwischen Kirche und Staat eine wichtige Rolle spielen kann. Darauf deutet Walesas Äußerung hin: „Notwendiger Teilnehmer an einem solchen Dialog ist der polnische Episkopat. Ich wende mich in diesem Augenblick auch an den Heiligen Vater Johannes Paul II. mit der Bitte um seinen Segen, sein Gebet, den Einsatz verschiedener Mittel, um uns bei diesem schwierigen und notwendigen Dialog zu helfen".

Von Papst Johannes Paul II. ist bekannt, daß er das Eintreten Popieluszkos für die Ziele der unabhängigen Gewerkschaft „Solidarität" unterstützte. Ein Vertrauter des Oberhaupts der katholischen Kirche hatte den ermordeten Priester mehrmals besucht.

Nur wenige Stunden nach der Bergung der Leiche Popieluszkos aus einem Stausee, 80 Kilometer nordwestlich von Warschau, gaben Bürgerrechtler die Gründung einer Gruppe „zur Überwachung der Menschenrechte" bekannt. Die Erklärung wurde in Breslau herausgegeben, der Hochburg der unabhängigen Gewerkschaft. In anderen Städten, darunter in Warschau, Danzig und Kattowitz, sei ähnliches geplant, berichteten die Organisatoren. Wie es heißt, gehört der Mitbegründer des verbotenen Komitees für gesellschaftliche

SEITEN 2 und 8:
Weitere Beiträge

Selbstverteidigung (KOR), Jaczek Kuron, zu den Initiatoren. Sollten diese Pläne Erfolg haben, wäre es das erstemal seit Verhängung des Kriegsrechtes am 13. Dezember 1981, daß sich eine landesweite Oppositionsbewegung organisiert.

Das kommunistische Regime stellt sich offensichtlich darauf ein, daß es ungeachtet aller Aufrufe, auch von seiten Walesas, Ruhe zu bewahren, zu Demonstrationen kommen kann. Bereits am Dienstag hatte Regierungssprecher Urban die Einrichtung von Schnellgerichten in neun polnischen Verwaltungsbezirken bekanntgegeben.

Gestern wurden wieder Überfälle bekannt, die aller Voraussicht nach auf das Konto des Sicherheitsdienstes gehen. Beim Heimweg vom Gemeindehaus der Stanislaw-Kostka-Kirche in Warschau, an der Popieluszko gepredigt hatte, wurde eine Ärztin überfallen und geschlagen. Gegen den Kapuziner-Pater Karol in Beuthen sind gerichtliche Ermittlungen eingeleitet worden. Ihm wird die Abhaltung von „Feiern" in der Heilig-Kreuz-Kirche seiner Pfarrei vorgeworfen, die „keine direkte Verbindung mit dem Gottesdienst haben". Pater Karol ist, wie Popieluszko, bekannt für seine Sympathien zur Gewerkschaft „Solidarität". Westliche Diplomaten gingen davon aus, daß es bei der Suche nach den Hintermännern der Mörder Popieluszkos innerhalb der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei tiefgreifende personelle Änderungen geben könnte, wenn sich herausstellen sollte, daß Gegner von Parteichef Jaruzelski hinter der Tat stünden.

Europa kein Vermittler im Nahen Osten"

DW. Bonn

Europa kann nach den Worten von Bundeskanzler Helmut Kohl bei den Bemühungen um Frieden im Nahen Osten zwar eine „positive Rolle" spielen, nicht aber als Vermittler auftreten. Angesichts des Besuchs von Ägyptens Staatspräsident Mubarak in der Bundesrepublik Deutschland verwies der Kanzler in einem Interview der ägyptischen Zeitung „Al Ahram" auf die wichtige Rolle der USA bei diesen Friedensbemühungen. Europa werde deshalb immer in enger Abstimmung mit Washington seinen Beitrag zur Lösung des Nahost-Konfliktes leisten. Er bedauerte, daß von einer Annäherung der Positionen der zerstrittenen Parteien in dieser Region kaum die Rede sein könne. Ein Ausgleich zwischen Israel und den Palästinensern könne nur über Verhandlungen erreicht werden. Die Erneuerung der ägyptisch-jordanischen Beziehungen nannte der Bundeskanzler einen wichtigen Schritt zur Wiederherstellung der arabischen Einheit.

Der ägyptische Staatspräsident wurde gestern von Bundespräsident Richard von Weizsäcker offiziell begrüßt. Der Bundespräsident betonte, Bonn sei bereit, den Konfliktparteien den Weg an den Verhandlungstisch zu ebnen. In einem mehrstündigen Meinungsaustausch zwischen Mubarak und Kohl am Nachmittag stand neben der Situation in Nahost vor allem die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern im Mittelpunkt. In den bilateralen Fragen ging es um die Ausweitung des Exports.

Stützpunkt für Teheran in Syrien

DW. Damaskus

Teheran und Damaskus haben nach zuverlässigen Informationen aus der syrischen Hauptstadt ein geheimes Beistandsabkommen unterzeichnet, das Iran die Möglichkeit verschaffen soll, im Krieg gegen Irak Vorteile zu gewinnen. Wie aus zuverlässigen diplomatischen Kreisen in Damaskus bekannt geworden ist, verpflichtet sich Syrien jetzt, seinen Luftstützpunkt Deirizor zum Teil der iranischen Luftwaffe zur Verfügung zu stellen. Eine Gruppe des iranischen militärischen Geheimdienstes ist in Syrien eingetroffen, um von dort aus Informationen über die westlichen Regionen Iraks zu sammeln.

Die Übereinkunft zwischen beiden Staaten wurde während des Besuches des iranischen Präsidenten Ali Khamenei vom 6. bis 8. September in der syrischen Hauptstadt unterzeichnet. Dieses Abkommen enthält auch eine Klausel über die Zusammenarbeit der Sicherheitsdienste beider Staaten. Im Zuge der Vereinbarungen hat Damaskus Teheran auch zugesagt, sich zu bemühen, westliche und östliche Waffensysteme zu erwerben und sie dann Iran zu überlassen.

Iran hat sich in der Übereinkunft verpflichtet, Syrien 1,5 Millionen Tonnen Öl für die Hälfte des Weltmarktpreises zu verkaufen. Bereits im April dieses Jahres hatte sich Teheran bereit erklärt, Damaskus sechs Millionen Tonnen Öl zu Vorzugsbedingungen zu liefern: Eine Million Tonnen wurde kostenlos geliefert, der Rest mit einem Rabatt von 25 Prozent unter dem Weltmarktpreis.

Mehr Rechte für leitende Angestellte?

Vorstoß aus der Koalition: Interessenvertretung soll gesetzlich verankert werden

KAREN SÖHLER, Bonn

Die FDP-Fraktion unterstützt den Koalitionspartner in dem Bemühen, die Interessenvertretungen der leitenden Angestellten – die bislang nur auf freiwilliger Basis bestehen – gesetzlich zu verankern. Der Entwurf eines Sprecherausschuß-Gesetzes werde innerhalb der nächsten drei Wochen auf den parlamentarischen Weg gebracht, erklärte Irmgard Adam-Schwaetzer gegenüber der WELT. Dies hatte der mit dem Thema befaßte stellvertretende Vorsitzende des Diskussionskreises Mittelstand der CDU/CSU-Fraktion, Eberhard Pohl, bereits kürzlich auf dem Kongreß der Union der leitenden Angestellten (Ula) zugesagt. Die Gespräche zwischen den Fraktionen müßten noch geführt werden, sagte die Vorsitzende des Arbeitskreises Sozialpolitik der FDP-Bundestagsfraktion. Da der von der CDU/CSU-Fraktion ausgearbeitete Entwurf des Sprecherausschuß-Gesetzes jedoch den Vorstellungen der FDP-Fraktion entspreche, seien Verzögerungen nicht wahrscheinlich. Noch in diesem Jahr könne die erste Lesung im Bundestag stattfinden.

Frau Adam-Schwaetzer vertritt den Standpunkt, daß zunächst dieses Gesetz durchgesetzt werden muß. Damit wäre zwar die zweite Forderung der Ula nach einer „manipulationsfreien" Definition dessen, was den leitenden Angestellten kennzeichnet, noch nicht erfüllt, doch die FDP-Abgeordnete ist der Ansicht, man solle den Gesetzentwurf nicht mit zu vielen Dingen befrachten. Denn die Definition im Paragraph 5, Absatz 3 des Betriebsverfassungsgesetzes, ist im Augenblick noch unscharf. Eine Änderung würde also den Eingriff in eines der wichtigen Gesetze der Bundesrepublik erfordern und möglicherweise eine langwierige Prozedur auslösen. Dieser Gefahr wollen beide Fraktionen entgehen.

Mit dieser Überlegung stoßen sie beim Bundesarbeitsministerium allerdings auf Widerstand. Entgegen seinen Äußerungen vom Frühjahr vertritt Staatssekretär Wolfgang Vogt jetzt die Meinung, daß sowohl die gesetzliche Verankerung der Sprecherausschüsse als auch die Frage einer klaren Abgrenzung innerhalb des Betriebsverfassungsgesetzes gelöst werden müssen. Vogt begründet das damit, daß die Erfahrungen der letzten Jahre ohnehin Korrekturen im Betriebsverfassungsgesetz notwendig machten.

Dieser Kurswechsel im Hause Blüm löst Verblüffung aus und hat auch schon zu dem Verdacht geführt, ob möglicherweise erneut verhindert werden solle, daß die Leitenden zu ihrem Recht kommen.

Spareifer bremst geistige Arbeit

PETER PHILIPPS, Bonn

Den Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland drohen durch die rigorosen Sparmaßnahmen der Finanzminister bleibende, erhebliche Schäden. Bereits heute können Großgeräte zeitweise nicht genutzt werden und stehen nutzlos in den Labors herum, weil die millionenteuren Investitionen schadhaft und somit ausgefallen sind. Reparaturen müssen aus Geldmangel aufgeschoben werden, hat jetzt auch der Präsident der größten deutschen Universität, München, Wulf Steinmann, zugegeben.

Der zweite, kaum je wieder zu reparierende Schaden wird in den Bibliotheken angerichtet, den – so der Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz, Theodor Berchem – „Großgeräten der Geisteswissenschaften". Seit 1981 werden deren Etats kontinuierlich zusammengestrichen. Wenn man die Preissteigerungsraten berücksichtigt, hat es jährliche De-facto-Kürzungen um 35 bis 40 Prozent gegeben. So haben viele Bibliotheken den Bezug von Monographien inzwischen völlig eingestellt, weil in diesem Bereich keine Bezugsbindungen existieren. Die WRK hat außerdem nachgewiesen, daß dort, wo einmalige Mittel vorgesehen waren – beispielsweise für den Aufbau neuer Bibliotheken –, Kürzungen von bis zu 100 Prozent erfolgt sind.

Sowohl im Bereich der Großgeräte als auch für die Bibliotheken hat es z. B. von der WRK die Aufforderung gegeben, die Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau aufzustocken, als Notprogramm. Doch diese Bemühungen blieben ohne Erfolg. Zu den vom Krieg gerissenen und bis heute nicht vollständig wiederaufgefüllten Lücken in den Universitäts-Bibliotheken kommen neue, erhebliche Lücken. Die WRK warnt seit längerem, auf diese Weise werde ein weiterer „Engpaßfaktor für die Effizienz des gesamten Hochschulsystems" erzeugt.

Die Folgen sind bereits heute deutlich sichtbar. Steinmann schlägt den Bogen von den katastrophal werdenden Zuständen im Bibliotheks- und Großgeräte-Bereich zu den länger, aber nicht besser ausgebildeten Studenten: „Wie soll man wissenschaftlich arbeiten, wenn die wichtigsten Bücher nicht da sind?" Auch die WRK warnt, daß die „Verschlechterung der Literaturversorgung das Ausbildungsniveau" mindere. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft fügt hinzu: Die seit Jahren andauernde finanzielle Einengung zeige „allmählich kumulative Wirkungen". Die Beseitigung der eintretenden Schäden werde „von Jahr zu Jahr aufwendiger und komplizierter" werden.

Das Bistum Bukarest erhält wieder einen Bischof

Professor Robus Berufung wird auch vom Staat akzeptiert

DW. Vatikanstadt

Die seit Jahrzehnten verwaiste Erzdiözese Bukarest hat wieder einen Bischof. Papst Johannes Paul II. ernannte am vergangenen Dienstag den bisherigen Regens des Priesterseminars in Jassy, Professor Ioan Robu, zum Apostolischen Administrator des rumänischen Hauptstadt-Bistums und zugleich zum Titularbischof. Robu gilt als „Wunschkandidat" des Heiligen Stuhls wie auch des einheimischen Klerus für diesen Posten. Er ist nach langen Verhandlungen von der rumänischen Regierung akzeptiert worden. Das Plazet Bukarests gab denn auch Spekulationen über eine Verbesserung der Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und der kommunistischen Staatsführung Rumäniens Auftrieb.

Die Erzdiözese Bukarest war mehr als 20 Jahre von dem aus Siebenbürgen stammenden Prälaten Franz Augustin verwaltet worden, der nach anfänglichem Zögern auch vom Heiligen Stuhl stillschweigend als „Ordinarius" anerkannt wurde, ohne jedoch die Ernennung zum Bischof zu erhalten. Augustin, der sich viele Verdienste um die katholische Kirche in Rumänien erworben hat, ist Ende November vergangenen Jahres gestorben. Seitdem war das Erzbistum Bukarest ohne Führung.

Ioan Robu, der am 6. November sein 40. Lebensjahr vollendet, stammt aus Train im rumänischen Gebiet Moldau. Er studierte am Priesterseminar von Jassy und wurde am 15. August 1968 zum Priester im Erzbistum Bukarest geweiht. Zunächst war er in der Pfarrseelsorge in Craiova und an der Dompfarrei in Bukarest tätig, dann ging er zum weiteren Studium an die „Alfonsiana"-Akademie nach Rom, wo er den Doktorgrad in Moraltheologie erwarb. Nach seiner Rückkehr nach Rumänien wurde Robu Professor für Moraltheologie, später übernahm er die Leitung des Priesterseminars von Jassy.

Professor Ioan Robu ist übrigens der erste Rumäne an der Spitze der Diözese Bukarest. Er zählt zu den jüngsten Bischöfen der Weltkirche überhaupt.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Börner fällt um

Von Joachim Neander

Die müde-resignative Geste der Stimmenthaltung, mit der Hessens Ministerpäsident Holger Börner sich von der eigenen rot-grünen Landtagsmehrheit aus der Hand schlagen ließ, was er zuvor im Kreise der Länderchefs gutgeheißen hatte, läßt Zweifel nicht mehr zu: Einen Staatsvertrag über die Neuordnung des Rundfunks wird es nicht geben.

Es wird jetzt nicht an Stimmen fehlen, die ein „Medien-Chaos" oder „Fernseh-Kleinstaaterei" prophezeien. Und schuld werden dann – natürlich – die anderen sein, die ohne Hessen weitermachen wollen, und wenn auch nur in Form einer De-facto-Vereinbarung über die Zulassung privater Veranstalter zu akzeptablen Wettbewerbsbedingungen, die ihnen eine Chance gegenüber den wohletablierten Anstalten des öffentlichen Rechts lassen.

Doch weder Chaos noch Kleinstaaterei sind in Sicht. Was kommen wird, ist zunächst ein Kleinstaat Hessen inmitten einer Bundesrepublik, die *sich medienpolitisch folgerichtig* verändert. Bis 1988 die Direktsatelliten auch nach Hessen hineinstrahlen, kann das Land sich *natürlich gegen* die Einspeisung privater Hörfunk- und TV-Programme in die Kabelnetze sperren. Als Trost und Ausgleich erhalten die hessischen Zuschauer eine Ausweitung der Fernsehwerbung in ihrem öffentlich-rechtlichen Sender und das Bekenntnis ihres Regierungschefs, daß er die TV-Werbung am liebsten ganz abschaffen und dafür die Gebühr entsprechend heraufsetzen würde. Sie werden in Jubel ausbrechen.

Immerhin scheint jetzt endlich Klarheit zu herrschen. Das endlose Taktieren hat im Grunde vor allem den vorhandenen Rundfunkanstalten genützt, die Punkt für Punkt ihre Position weiter ausbauen. Nun können Entscheidungen fallen. Und mit der in SPD und DGB gepflegten Doppelstrategie, die privaten Fernsehpläne einerseits als totgeborenes Kind zu verspotten, andererseits aber dieses „tote Kind" wegen seiner politischen und kommerziellen Gefährlichkeit auch noch zu fesseln und zu knebeln, wird der Zuschauer so verfahren, wie das in freien Gesellschaften üblich ist. Eines Tages auch in Hessen.

Ein Prozent

Von Peter Gillies

Eine Rentenerhöhung von netto einem Prozent vom Juli 1985 an ist nicht üppig. Es wäre die niedrigste Anpassung seit Jahrzehnten. Sie läuft sogar auf eine leichte Kaufkraftverminderung hinaus, wenn man die Preissteigerungsrate von vielleicht zwei Prozent gegenrechnet. Daß Politiker, zumal wenn sie vor wichtigen Wahlen stehen, gern etwas mehr für die Rentner abgezweigt sähen, ist zu verstehen.

Aber nicht Geiz oder Neid verhindern eine höhere Zulage, sondern Verantwortung. Einst waren die Renten fest mit den Bruttoverdiensten der aktiven Arbeitnehmer verkoppelt. Das hatte zur Folge, daß die Zuwachsraten für Rentner denen der Aktiven vorauseilten und nicht mehr finanzierbar waren. Ohne dieses Bruttoprinzip formal auszuhebeln, wurde unter der Kanzlerschaft Schmidts beschlossen, die Rentner stufenweise an ihrer Krankenversicherung zu beteiligen. Dadurch schrumpften die jährlichen Nettozulagen der Altenteiler.

Es geht mithin um den Gleichschritt von aktiven und Alterseinkommen. Dieses Prinzip ist durch die geplante magere Erhöhung von etwa einem Prozent keineswegs verletzt. Die reale Einkommensposition der Rentner hat sich seit 1980 sogar etwas besser entwickelt als die der aktiven Arbeitnehmer.

Am Rande: Je stärker die Arbeitszeitverkürzung, für die natürlich keine Rentenbeiträge gezahlt werden, desto magerer die nächstfolgende Rentenerhöhung. Was die Kämpfer für die 35- oder Weniger-Stunden-Woche gern verdrängen.

Im letzten Jahrzehnt ist mit dem Rentensystem fahrlässig umgegangen worden. Dieser Generationenvertrag hat an Verläßlichkeit und Seriosität verloren. Er mußte zuviel Manipulation und tagespolitische Beliebigkeit erdulden. Jetzt plötzlich für 1985 ein Schnäpschen zuzulegen, wäre das Gegenteil von Verantwortung. Viel wichtiger als einige Mark Zulage sind die Sicherheit der Rentenfinanzen, die Preisstabilität und die Berechenbarkeit des Systems. Wenn Politiker schon offen sagen, daß es so auf Dauer nicht finanzierbar ist oder nur im Zustand der Vollbeschäftigung haltbar sei, deuten sich die Aufgaben an, die die Rentenreformer noch vor sich haben.

Atempause für den Fuchs

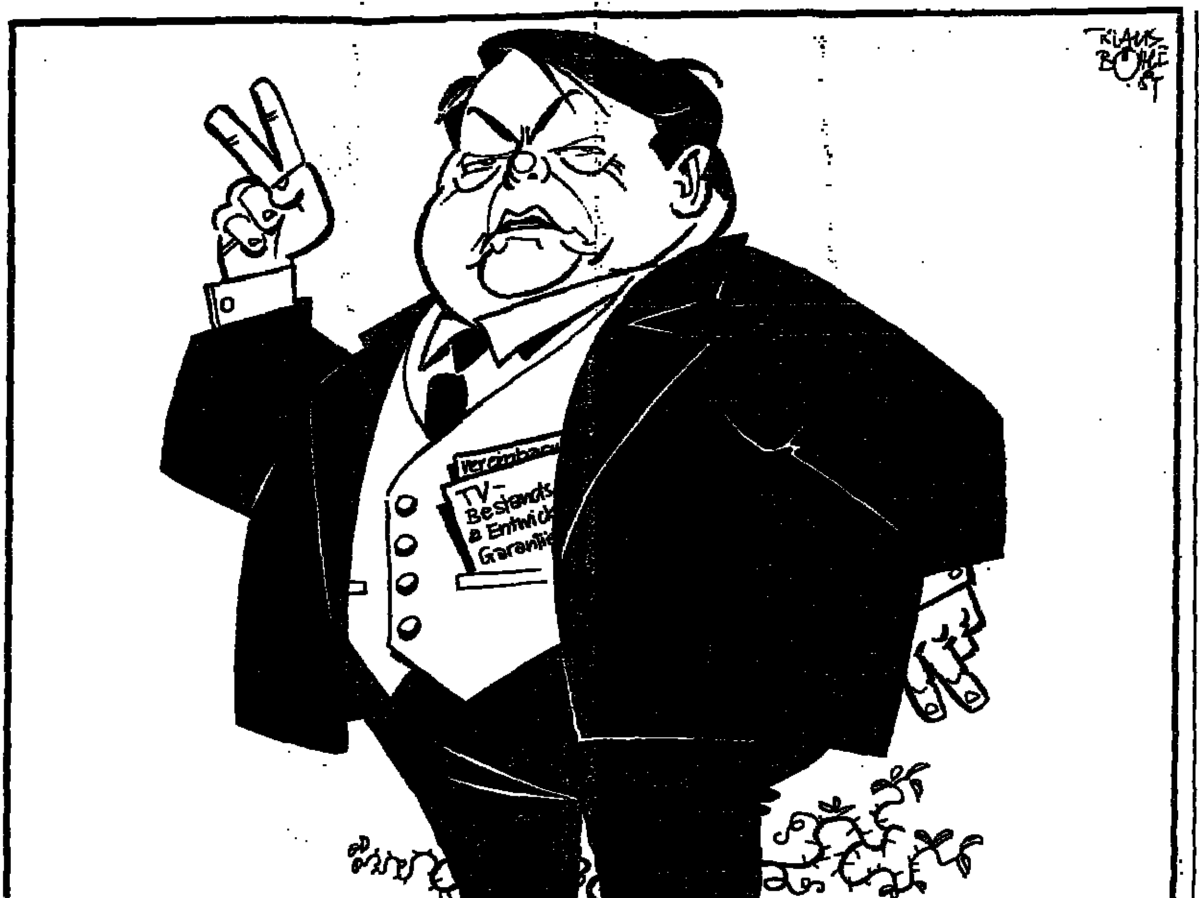
Von Friedrich Meichsner

Der italienische Senat hat die Mißtrauensanträge gegen Giulio Andreotti zurückgewiesen. Der „Fall" des Außenministers bleibt freilich auf der Tagesordnung. Demnächst steht er in der Abgeordnetenkammer zur Debatte. Dort aber wird nicht – wie im Senat – eine namentliche, also offene Abstimmung die Vertreter aller Regierungsparteien zu absoluter Koalitionsdisziplin zwingen. Dort wird geheim abgestimmt.

Bei der Parlamentsdiskussion geht es nicht um Andreottis Außenpolitik, sondern um dessen Beziehungen zu dem Mafia-Bankier Michele Sindona. Die von der KP angeführte Opposition trägt ihre Offensive an dieser „moralischen" Front vor. Sie kann dabei zwar nur die schwache Waffe der Verdächtigung einsetzen, zählt aber wohl noch immer auf geheime Verbündete im Regierungslager. Bilden doch dort die Verteidiger des Ministers alles andere als eine verschworene Gemeinschaft. Manche von ihnen halten Andreotti nur deshalb die Stange, weil sie befürchten, daß mit ihm die ganze Regierung selbst und dann die Koalition auseinanderbricht.

Der christdemokratische Parteisekretär De Mita hat keinen Zweifel daran gelassen, daß Regierung und Koalition mit Andreotti in einem Boot sitzen und daß er eher das Boot zum Kentern bringen wird, als seinen Parteifreund über Bord werfen zu lassen. So stellten sich jetzt im Senat alle vor ihn: die Sozialdemokraten, obwohl sie Andreottis Außenpolitik als zwielichtig und quasi neutralistisch verurteilen; die Liberalen trotz ihrer erklärten Zweifel an seiner moralischen Fleckenlosigkeit und außenpolitischen Zuverlässigkeit; die Republikaner, wenn auch erst nach einer erfolglosen Aufforderung an den Minister, von sich aus die Konsequenzen aus der moralischen Verwicklung in die Sindona-Affäre zu ziehen; und selbst der sozialistische Ministerpräsident Craxi, der seinem alten Intimfeind Andreotti schon einmal prophezeit hatte, daß er, wie letztlich jeder Fuchs, im Pelzladen enden werde.

Dieser Schutzwall kann freilich sofort in sich zusammenfallen, sollte die jetzt schon spürbare Krisenströmung im Koalitionslager weiter anschwellen. Bei der nächsten Geheimabstimmung in der Kammer brauchten die Krisen-Befürworter dann nicht einmal ihre Karten aufzudecken. Sie könnten als „Heckenschützen" agieren.



Der Abschwörer KLAUS BÖHLE

Asien nach Indira Gandhi

Von Heinz Barth

Das Attentat religiöser Fanatiker, dem Indira Gandhi zum Opfer fiel, verändert das Gesicht Asiens. Es hat weitreichende Folgen für die gesamte Weltpolitik. Nehrus einzige Tochter, Mahatma Gandhis Lieblingsschülerin, aber nicht mit dem geistigen Vater der indischen Unabhängigkeit verwandt, hat durch ihre dominierende Persönlichkeit seit über zwei Jahrzehnten die Politik Indiens total beherrscht, das sich die größte Demokratie der Erde nennt, aber nur ihre volksreichste und sicher nicht ihre am besten funktionierende Demokratie ist.

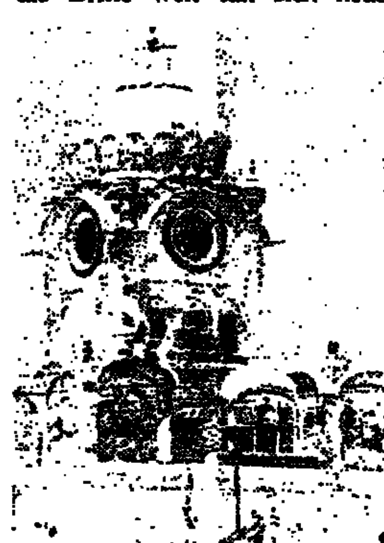
Gandhis Prinzip der Gewaltlosigkeit war nicht für das aggressive Temperament der selbstbewußten und herablassenden Nehru-Tochter geschaffen, die als junge Frau mehrfach in britischen Gefängnissen gesessen hatte. Ihre Jugenderlebnisse im erbitterten Kampf gegen den Kolonialismus, ein Kastengeist, inspiriert vom antiwestlichen Hochmut der indischen Oberschicht, und ein niemals gebrochener Wille zur Macht haben sie nicht nur zu einem nationalen Symbol, sondern darüber hinaus im Triumvirat mit Nasser und Tito zur gestaltenden Erscheinung der Dritten Welt gemacht.

Indira Gandhi war Indien – ein Sprengsatz politischer Passionen, der unablässig Explosionen der Unabhängigkeit zündete, die Indien weder nach innen zur Stabilität noch nach außen zur Ruhe kommen ließen. In den beinahe fünfzig Jahren, seit sie der Kongreßpartei beitrat, besonders aber nach 1966, als sie deren Führung übernahm und zur Ministerpräsidentin aufrückte, hat sie in unaufhörlichem Wechsel brillante Siege und demütigende Niederlagen erlebt. Sie war ein Vulkan der indischen Politik, aber auch die Kraft, die das Riesenreich zusammenhielt.

Die Frage von weltpolitischer Tragweite, die ihr gewaltsames Ende aufwirft, ist die Frage nach der Zukunft Indiens. Der Zentralismus, den sie verkörperte, wird in einem Land, an dem die zentrifugalen Energien, die konfessionellen Fehden, der Kastengeist und die föderativen Kräfte zerren, kaum noch seine bisherige Rolle spielen können. Schon die Wahlen, die im kommenden Frühjahr fällig sind – und nach der Verfassung um höchstens sechs Monate hinausgezögert werden dürfen –, müssen die Antwort geben, ob die Einheit Indiens den Verlust der großen Integrationsfigur überleben kann.

In der Wahl der Mittel, um die Demokratie zu stabilisieren, die ganz auf ihre Person zugeschnitten war, ließ es Indira Gandhi oft an demokratischen Skrupeln fehlen. Sie sprengte die Kongreßpartei, sie ging bei der Manipulation der Verfassung bis an die Grenze des Staatsstreiches und sie scheute sich nicht vor Wahlkorruption – aber bei aller unverhüllten Brutalität ihrer Methoden war sie die unentbehrliche Klammer, ohne die das Land niemals zu dem bedeutenden Faktor der asiatischen Politik geworden wäre, der es bisher war.

Es ist zweifelhaft, ob es diese Rolle auch in Zukunft noch spielen kann. Bei der Zerrissenheit der politischen Gruppen Indiens ist kein Nachfolger in Sicht – gewiß auch nicht Indiras umstrittener Sohn –, der auf der Bühne der Landes- und Weltpolitik mit ihrer Autorität auftreten könnte. Der Westen ist seine unbequemste Gegenspielerin an der Spitze der blockfreien Länder los, aber er verlor dabei auch einen Faktor, der Kontinuität zu verbürgen schien. Für den Kampf der Großmächte und den Einfluß auf die Dritte Welt tun sich neue Perspektiven auf. Indien ist unberechenbarer geworden. Dabei hatten sich doch schon in den letzten Jahren der Indira-Herrschaft die scharfen Gegensätze zu den USA abgeschliffen, die während des Vietnam-Krieges auf einen dramatischen Höhepunkt gelangt waren.



Frau Gandhis Mittel waren nicht immer skrupelhaft: Der Tempel von Amritsar nach dem Sturm FOTO: AP

Vieles deutet darauf hin, daß mit ihr die Basis der nationalistischen Aggressivität verschwunden ist, die Indien im Kampf mit Pakistan und im langwierigen Konflikt mit Rotchina kennzeichnete. Auf dem Gipfel ihrer Macht schreckte sie nicht davor zurück, bei dem Kampf, der zu der Spaltung der Kongreßpartei und zur Revolutionierung der Parteienlandschaft führte, sich offen mit dem Kommunismus zu verbünden. Bis zuletzt hatte ihr Verständnis von Blockfreiheit unverhüllt ein prosowjetisches Vorzeichen. Der Sieg über Pakistan, der zur Abtrennung Bangladeshs führte, wurde mit sowjetischen Waffen errungen. Auf den umfangreichen Waffenlieferungen Moskaus beruht noch heute die militärische Hegemonie Indiens in Zentralasien.

Aber die innenpolitischen Rückschläge, von denen sie sich dank ihrer persönlichen Überlegenheit immer wieder erholte, hatten die gefürchtete Tigerin vorsichtiger gemacht. Und seit sich Amerika unter Führung Nixons mit Peking verständigte, war ihr Bewegungsraum nicht mehr der gleiche wie zuvor. Sie bemühte sich in ihrer Spätphase um die Beilegung der Grenzstreitigkeiten sowie um Kultur- und Wirtschaftskontakte mit der Volksrepublik China. Sie übte sogar behutsame Kritik an der sowjetischen Invasion Afghanistans, die das politische Klima des Fernen Ostens grundlegend veränderte. Die Bereitschaft Japans, wieder mehr politische Verantwortung zu tragen, konnte von ihr nur als Signal verstanden werden, daß die asiatische Entwicklung gegen die von ihr so lange und so hartnäckig vertretene Richtung läuft.

Die Dritte Welt wird sich nach ihrem Tod umorientieren müssen. Die Karten im geopolitischen Spiel des Fernen Ostens werden neu gemischt.

IM GESPRÄCH Esmat Meguid

Vom Haß zum Maß

Von Gitta Bauer

Ägyptens Staatspräsident Mubarak hat sich für die neue Phase seiner Außenpolitik einen Minister an die Seite geholt, dessen Loyalität sich in schweren Stunden bewährt hat. Außenminister Ahmed Esmat Abdel Meguid galt auf den Stationen seiner diplomatischen Karriere in London, in Genf, in Paris und bei den Vereinten Nationen in New York keineswegs als gemäßigt, wenn es um Israel ging. Als sein Staatschef jedoch nach dem opferreichen Krieg von 1973, gestützt auf einen Beinahe-Sieg, den schicksalsschweren Gang nach Jerusalem antrat, blieb Esmat Meguid an Sadats Seite.



Nur Khadhafi kostet ihn die Contenance: Meguid FOTO: DPA

Allein auf sich gestellt, sah sich der ägyptische UNO-Botschafter 1977 in der Nahost-Debatte einer Vollversammlung gegenüber, die *im* besten Falle den Friedensschritt Sadats ignorierte, im schlimmsten Falle wie die PLO von Verrat oder, wie Syrien, vom „*Dolchstoß*" sprach. Der Syrer *wurde so unflätig, daß Meguid unter* dem schüchternen Beifall einiger afrikanischer Delegierter aus dem Plenarsaal auszog. Es war das erste Mal, daß ein Araber wegen eines anderen „arabischen Bruderlandes" zu dieser Demonstration des Unwillens griff. „Es war ein Bruch unseres Übereinkommens zwischen den Arabern, in der Öffentlichkeit uns nicht gegenseitig anzugreifen", erklärte Meguid den Journalisten.

Meguid war aber auch der erste Araber auf der UNO-Bühne, der dem damaligen israelischen Botschafter die Hand schüttelte. Es war der heutige Staatspräsident Israels, Chaim Herzog. „Ägypten hat in vielen Schlachten des Krieges gekämpft", erklärte Meguid vor der Vollversammlung. „Laßt uns nun eine fünfte Schlacht für den Frieden schlagen." Dennoch lehnt die Mehrheit der Vereinten Nationen, die laut ihrer Charta auf den Frieden verpflichtet sind, bis heute den aus Sadats Reise entstandenen Friedensvertrag zwischen Israel und Ägypten ab. – Zwei Jahre später, nachdem die Arabische Liga Ägypten aus ihren Reihen ausgeschlossen und ihren Sitz von Kairo nach *Tunis* verlegt *hatte*, wäre das Land um ein *Haar* auch aus der Bewegung der blockfreien Staaten geworfen worden. In Havana wollte PLO-Chef Yassir Arafat die ungebundenen Länder zur Einigkeit gegenüber Ägypten zusammenpeitschen, weil es Palästina „für den Sand von Sinai" verraten habe. An der Seite des damaligen Außenministers Butros Ghali wehrte der an der Sorbonne promovierte Völkerrechtler Meguid mit Erfolg den Angriff ab.

Jetzt, da es Mubarak darum geht, Schritt für Schritt seinen Frieden mit dem gemäßigteren arabischen Lager zu machen, ohne Camp David zu gefährden, ist der besonnene 61jährige Meguid der rechte Mann an seiner Seite. Er verliert nur dann die Contenance, wenn er auf den Nachbarn im Westen Ägyptens zu sprechen kommt. Khadhafi nennt er grundsätzlich entweder einen „Kranken" oder einen „Psychopathen" – ganz gleich, wer ihm zuhört.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Nordwest-Zeitung

Die Oldenburger Zeitung meint zum Flick-Skandal:

Man wird offen darüber reden müssen, ob es Beeinflussungsversuche des Flickkonzerns mit Millionenbeträgen gegeben hat, um die frühere SPD/FDP-Regierung zu einer außerordentlichen Steuerbefreiung für den Flick-Konzern zu veranlassen. Jüngste Publikationen deuten darauf hin, daß es offenbar Kräfte innerhalb der SPD in den 70er Jahren gab, dem Düsseldorfer Konzern in dieser Frage dienstbar zu sein. Dabei soll Geld eine wesentliche Rolle gespielt haben.

NEUE SOLIDARITÄT

Zu einem afghanisch-sowjetischen Abkommen schreibt die Wiesbadener Wochenzeitschrift:

Zum ersten Mal seit Ende des Zweiten Weltkrieges hat die Sowjetunion ihrem Reich ein wichtiges Stück fremden Territoriums direkt einverleibt. Einem Geheimabkommen zwischen Kabul und Moskau vom Jahre 1982 zufolge haben sowjetische Streitkräfte das Recht erhalten, den sogenannten „Wakhan-Korridor" zu kontrollieren; dies ist ein schmaler Landstreifen zwischen Afghanistan und China. Moskau hat mit diesem kleinen Landstrich jetzt eine direkte Grenze zu Pakistan, es hat damit die letzte Runde in den „afghanischen Kriegen" gewonnen, die schon im letzten Jahrhundert geführt wurden und bei denen die Briten mit allen Mitteln Rußland daran hindern wollten, den indischen Subkontinent zu erreichen. Und genau aus diesem Grunde war einst auch der Wakhan-Korridor geschaffen worden.

Süddeutsche Zeitung

Die Münchner Zeitung schreibt zum Journalismus in Deutschland:

Zugegeben, es gibt Journalisten, die Kampagnen führen, partout in eine Richtung, absichtsvoll und manchmal skrupellos. Aber das wäre nicht möglich, wenn es nicht auch Politiker, hohe Beamte, Justizangestellte, Parlamentarier gäbe, die den Journalisten ihrer eigenen, speziellen Richtung „Futter" geben. Die Motive dazu sind manchmal ehrenhaft, gelegentlich nicht. Wie in allen anderen Transmissionsapparaten der Kommunikation gibt es auch in der Publizistik Manipulatoren und einfach windige Burschen.

NÜRNBERGER ZEITUNG

Sie meint zum Kind mit dem Pavianherzen:

Das Pavianherz wird eines Tages ausgedient haben. Dem Kind blüht so eine Herz-raus-Herz-rein-Prozedur. Es wird ein medizinisches Vorzeige-Exemplar bleiben... Wenn Ärzte künftig alles tun dürften, was sie können, wird uns noch manche medizinische Sensationsmeldung in ethisches Niemandsland führen.

REUTL. GENERAL-ANZEIGER

Er schreibt zu den Wahlen in Baden-Württemberg:

Zieht man eine erste Bilanz, so fällt die Situation der Alternativen am deutlichsten ins Auge. Sie müssen jetzt zeigen, daß sie nicht nur Chaoten sind. In der kommunalpolitischen Alltagsarbeit muß sich erweisen, ob sie imstande sind, politisch zu denken und zu handeln, ob sie demokratische Kompromißfähigkeiten besitzen.

Der Mord an Popieluszko erschüttert das Regime

Jaruzelskis „Versöhnungs"-Hoffnungen sind zunichte gemacht / Von Carl Gustaf Ströhm

Pater Jerzy Popieluszko ist nicht das erste und vermutlich nicht das letzte Opfer der Tragödie Polens. Man erinnert sich, daß die Ära des Kriegszustandes im Dezember 1981 mit sieben erschossenen Bergleuten einer Kattowitzer Zeche begonnen hat. Immerhin, das waren „nur" Namenlose, die ins Feuer geraten waren.

Im Falle Popieluszko handelt es sich dagegen um kaltblütig geplanten Mord, um eine inoffizielle Hinrichtung im Stil lateinamerikanischer Todesschwadronen. Damit hat das polnische Volk, hat die verbotene Gewerkschaft „Solidarität", hat auch die katholische Kirche ihren ersten Märtyrer der Gegenwart: Einen Geistlichen, der wegen seiner unerschrockenen Predigten und seines kompromißlosen Eintretens für die Freiheits-, Bürger- und Gewerkschaftsrechte bereits zu Lebzeiten legendären Ruf genoß. Es bedarf keiner Prophetengabe, um vorauszusagen, daß der ermordete Popieluszko dem Regime viel größere Schwierigkeiten bereiten wird, als es der lebende Geistliche je vermocht hätte. Das beginnt damit, daß Jaruzelski, der ohne den Polizeiapparat niemals den Kriegszustand über die Bühne gebracht hätte, nun gegen eine der wichtigsten Säulen seines Regimes, nämlich Geheimpolizei und Innenministerium, vorgehen muß.

Täte er dies rückhaltlos, würde es die totale Veränderung der Verhältnisse in Polen bedeuten. Ein Polizeistaat, in dem die Polizei zur Rechenschaft gezogen wird, kann nicht sein. Folglich ist mit nur halbherzigen, vielleicht symbolischen „Strafen" gegen die Täter aus dem Innenministerium zu rechnen, vielleicht mit der Erschießung einiger subalterner Sündenböcke; vielleicht wird sogar der eine oder andere alte stalinistische Haudegen – man nennt etwa den im Politbüro sitzenden Polizeigeneral Milewski – dem Volkszorn geopfert. Polens Kommunisten haben bereits eine gewisse Praxis darin, ihre einstigen Halbgötter auf unrühmliche Weise aus dem Verkehr zu ziehen.

Das alles aber wird das tiefe Mißtrauen und die Empörung nicht beseitigen. Durch den Tod Popieluszkos ist der Versuch Jaruzelskis, sich als eine Art „polnischen Kadar" zu etablieren und ein Mindestmaß von Vertrauen zwischen Regime und Bevölkerung herzustellen, auf absehbare Zeit fehlgeschlagen. Es ist nicht einmal sicher, ob der grausige Leichenfund in der Weichsel nicht doch noch zum Scheitern des Regimes führen wird. Die guten Absichten, die dem General heutzutage auch im Westen so gerne attestiert werden, mögen durchaus vorhanden sein – sie besagen und bewirken für sich allein aber nichts.

Jaruzelski hat selber zu erkennen gegeben, in welcher Zwickmühle er steckt: Im selben Atemzug, mit dem er die Entführung Popieluszkos durch seinen eigenen Sicherheitsapparat verurteilte, warnte er die Opposition, diesen Vorfall ja nicht „auszunutzen" – und ließ im ganzen Lande Schnellgerichte etablieren, als erwarte er schon den nächsten Aufstand. Zugleich hört man, daß sich wieder einmal Überfälle von „unbekannter Seite" gegen Personen häufen, die vom Kirchgang heimkehren oder denen man sonstige oppositionelle Sympathien zuschreibt. Dies könnte bedeuten, daß der Parteichef nicht einmal jetzt Herr seiner „Sicherheitsorgane" ist.

Von größter Bedeutung ist die Tatsache, daß die Ermordung des Priesters zum Entstehen einer neuen polnischen Bürger- und Menschenrechtsbewegung geführt hat, ähnlich wie seinerzeit die Brutalität der Polizei in Radom und Ursus noch in der Gierek-Ära die Gründung des „Komitees zur Verteidigung der Arbeiter" bewirkte. Wie will Jaruzelski mit diesen Bürgerrechtsgruppen verfahren? Läßt er sie einsperren – von derselben Geheimpolizei, die nun zutiefst kompromittiert ist – würde die Fassade der Amnestie und der angeblich entstehenden nationalen Aussöhnung in sich zusammenfallen.

Damit würde erneut die Reputation des Warschauer Regimes im Westen, auf die Jaruzelski dringend angewiesen ist, zerstört. Läßt der General aber, ähnlich wie sein Vorgänger Gierek, die Bürger rechtsbewegung halbherzig ge währen, so steht ihm der nächst Konflikt mit den Sowjets und de ren dogmatischen Handlangern in eigenen polnischen Lager bevor.

In den Intervallen des polni schen Dramas seit Ende des Zwei ten Weltkriegs gab es nach Stür men immer wieder Zeiten schein barer Ruhe. Diese haben dan uninformierte Zuschauer aus den Westen zu der Annahme verführt nun sei alles ausgestanden, die Po len seien endlich „vernünftig" ge worden. Dann folgte die nächst Explosion. Sämtliche polnische KP-Chefs seit der Machtübernah me von 1944 sind unrühmlich vo der Bühne abgetreten – der Stali nist Bierut ebenso wie der Natio nalkommunist Gomulka, de Bankrotteur Gierek ebenso wie de halbherzige Liberale Kania. Da Problem lag nicht in ihren Absich ten und Fähigkeiten, sondern i einer fundamentalen Tatsache: da die große Mehrheit der Polen da kommunistische Regime al Fremdherrschaft ablehnt...

Ein Kranz für Indira Gandhi – Erinnerungen von Botschafter Günter Diehl

Gegen die Einsamkeit hat sie einen stillen Kampf geführt

Von GÜNTER DIEHL

Indira Gandhi ist tot. Sie war eine *mutige* Frau *und seit langem für* den Augenblick des Todes bereit. *Neben die Vorstellung, nach langem* Siechtum im Bett zu sterben, die sie *wie jedermann fürchtete, traten auch* andere Erwartungen. „Also doch", *mag sie gedacht* haben, als *die* Kugeln sie trafen. Ob sie, bevor es Nacht *wurde um sie, noch einen Blick nach* vorne richten konnte auf die Zukunft *ihres geliebten* Indien, *werden wir* nicht erfahren. War es ein düsterer, *umwölkter Blick mit qualvollen* Zweifeln beladen, oder ist ihr die Zuversicht erhalten geblieben, daß Indien unzerstörbar sei?

Diese Zuversicht hatte sie spontan geäußert, als *sie* im November 1971 Bonn besuchte. Sie hatte damals mit *einiger Deutlichkeit gesagt, daß sie* sich auf einen Krieg mit Pakistan vorbereitete *und sich bemüht, ihn als* notwendig zu erklären. In Bonn war *man bestürzt und* besorgt. *Sie muß* bei dem Abendessen, das sie für ihre deutschen Gastgeber veranstaltete, diese Besorgnis gespürt haben. Sie legte jedenfalls die vorbereitete Rede beiseite und sagte sinngemäß: Sie machen sich Sorgen um Indien und seine Zukunft. Das ist ein Ausdruck freundschaftlicher Gesinnung, aber die Sorgen sind unbegründet. Indien hat eine lange Geschichte, in der es sich als unzerstörbar erwiesen hat. Es wird auch die kommenden Prüfungen bestehen.

Indira Gandhi wußte, daß man als politischer Täter schuldig wird und daß man einen Preis dafür zu zahlen hat. Die jedem geschichtlichen Ab*lauf innewohnende* Tragik *hatte sie* selbst erfahren, und ihr Tod hat diese Erfahrung besiegelt. Die Art von Geschichtsbetrachtung, mit der sie damals in Bonn konfrontiert wurde, hat sie stutzig gemacht. Ich sehe noch, wie sie lächelnd und schweigend Gustav Heinemann zuhörte.

Mit Willy Brandt, den sie bei diesem Besuch etwas näher kennenlernte, verstand sie sich gut. Aber da es keine Kontinuität in der deutsch-indischen Politik gab, blieb dies ohne tiefgreifende Folgen. Die politische Zusammenarbeit war weiterhin schwach.

Indira Gandhi hatte Indiens Unabhängigkeit an der Seite ihres Vaters und seiner Kampfgenossen gegen England erstritten. Aber sie war doch England mehr verbunden als Deutschland, dessen Bild durch die englische Propaganda der Kriegszeit auch bei ihr geprägt worden war. Die Veränderungen im deutsch-britischen Verhältnis von der Gegnerschaft zur Zusammenarbeit waren für sie keine existentielle Erfahrung.

Immer aber hat Indira Gandhi begriffen, daß Deutschland geteilt war. *Es verdient hierzulande nicht* vergessen zu werden, daß, als sie schließlich *mit dem stillen Einverständnis der* Bundesregierung die „DDR" anerkannte, die von ihr geführte Regierung eine vorbildliche Erklärung abgab, mit der sie das Recht aus Selbstbestimmung und unseren Anspruch auf eine friedlichr Wiedervereinigung bekräftigte.

Sie setzte damit ein Zeichen unter vielen für die Unabhängigkeit Indiens von der Sowjetunion. Sie hatte keinerlei prokommunistische oder promarxistische Vorstellungen. Ideologien bedeuteten ihr wie den meisten ihrer Landsleute wenig. „Ich nenne es Sozialismus, weil es meinen Auffassungen verhältnismäßig nahekommt", sagte sie mir einmal. Tatsächlich hatte sie – ihrer Herkunft nach eine Aristokratin – einen hochentwickelten Sinn für soziale Gerechtigkeit. „Sagen Sie Ihrem Bundeskanzler, daß ich noch nie in einem so kleinen Hause gewohnt habe wie als Ministerpräsidentin." Dies zu der Zeit, als wir *uns* während des Notstandes um die Freiheiten der indischen Sozialisten bemühten.

Die indische Ministerpräsidentin war aber in jeder Weise eigenwillig und schwer in die gängigen politischen Kategorien einzuordnen. Sie *erzählte mir, daß sie, ohne irgendein* Regierungsamt zu besitzen, als junge Frau *ihren Vater nach Moskau* begleitet hatte. Sie nahm infolgedessen nicht an den offiziellen Beratungen teil. Als sie nach einer Kreml-Einladung etwas herumstand, weil ihr Wagen noch nicht da war, sagte Chruschtschow zu ihr: „Kommen Sie nicht mit in die Sitzung?" „Nein, ich gehöre nicht zur Delegation", war die Antwort. Chruschtschow, schnell entschlossen: „Dann mache ich Sie zu einem Mitglied der sowjetischen Delegation." So geschah's. Sie saß auf *der russischen Seite und meldete* sich, nachdem die Verhandlung nicht gut lief, zu Wort. Sie sagte: „Herr Vorsitzender, ich habe den Eindruck, daß man hier den Berichten der Kommunistischen Partei Indiens zuviel Bedeutung beimißt."

Die spontane, impulsive Art, mit Menschen und insbesondere mit Männern umzugehen, hat sie sich ihr Leben lang bewahrt. Es blieb erstaunlich zu sehen, wie sie hochrangigen Politikern jeder politischen Couleur die besten Vorsätze, mit ihr deutlich und energisch zu sein, demolierte, indem das Treffen den Charakter einer *Tee-Einladung nahm, wo eine Dame* zwei oder drei Herren bei sich empfing.

Ihre Eigenwilligkeit war aber auch eine Fehlerquelle für ihre politischen Einschätzungen. Das Verhältnis Indiens zu den USA blieb unnötig gespannt, weil sie nur mit Mühe die Animositäten überwinden konnte, die sie gegenüber führenden Personen in der amerikanischen Politik empfand. Die Einstellung zu China war von den Erfahrungen des Vaters belastet. Im Umgang mit den Nachbarn sah sie Lösungen in einem den Subkontinent umfassenden, größeren und zugleich lockeren Verband, wollte aber wie jedes junge Staatswesen, *das aus dem Kolonialismus* herausgefunden hat, kennzeichnende *chauvinistische Strömungen* nicht völlig unterdrücken, weil sie ihr innenpolitisch nützlich schienen.

Ich denke, daß sie sehr auf ihren Vater bezogen war und Männer am Bilde des Vaters maß. Die Ehe mit einem Mann, der Gandhi hieß, ohne daß dieser mit dem Mahatma verwandt gewesen wäre, war für die Tochter Nehrus eine gute politische *Karte, weil die Verbindung der* beiden Namen bestimmte Assoziationen *auslöste. Bei aller gebotenen Behut*samkeit ist es dennoch erlaubt zu sagen, daß ihre Ehe voller Probleme war. Sie sprach gelegentlich darüber mit einem gewissen Freimut. „Man weiß von mir, daß, wenn ich mir irgendetwas zu eigen mache, ich dies mit großer Intensität tue. Damals, als ich mit meinem Mann im Lucknow lebte und ich nichts anderes zu tun hatte, habe ich mich mit großer Intensität mit meinem Mann beschäftigt. Das hat er nicht ausgehalten." Als nach einem langen Interregnum sich ein erneutes Zueinanderfinden anbahnte, starb Indiras Mann.

Der eine oder der andere Beobachter glaubte ihre Nachsicht gegenüber den beiden Söhnen damit zu erklären, daß sie Schuldgefühle gegenüber ihrem Mann hatte. Ein angesehener deutscher Journalist hat dies einmal *geschrieben, um zu erklären, warum* sie ihrem jüngeren Sohn Sanjay soviel Spielraum *ließ. Sie war über die*sen Artikel tief verletzt und sagte, sie könne sich nicht vorstellen, daß irgendein Journalist von Kaliber in dieser Weise mit einer Persönlichkeit des deutschen öffentlichen Lebens umgehen würde. Sie blieb schließlich dennoch großzügig, und es gab keine Sanktion.

Jeder Mann und jede Frau an der Spitze eines Landes ist letztendlich allein, ohne deshalb immer einsam zu *sein. Auch Indira Gandhi war allein.* Gegen die Einsamkeit hat sie einen *stillen Kampf geführt. Ihre eigene* kleine Familie war ihre erste Zuflucht; dann einige wenige, ihr treu ergebene Männer, die zu wissen glaubten, daß nur sie Indien zusammenhalten konnte, ein Land mit mehr Einwohnern als ganz Afrika und ganz Lateinamerika zusammen, mit mehr Kräften, die es teilen, als *Kräften, die es zusammenhalten* wollen.

Die Probleme Indiens waren und *sind in erster Linie Probleme der in*neren Integration; nicht solche äußerer Sicherheit, selbst *nicht solche* der wirtschaftlichen Entwicklung.

Aber war warum gerade Indira der Ankermann *der indischen Politik?* Eine Antwort ist, daß sie eine politische Passion ohnegleichen hatte. Während drinnen die Führer der indischen Unabhängigkeitsbewegung diskutierten, stand Indira als kleines Mädchen auf dem Schemel in der Küche und übte sich in politischen Reden an die Köche und Diener. Es gab 1964 einen Augenblick, wo die Passion in einer Weise durchschlug, *die alle hätte hellsichtig machen müs*sen. Nach dem Tode ihres Vaters war sie apathisch, seelisch und auch physisch krank. Nehrus Nachfolger Shastri wollte Nehrus Erbe und Ansehen für die Kontinuität der indischen Politik nutzen. Er schickte ihr einen alten Jugendfreund, den Maharadscha von Mysore, ans Krankenbett. Im Auftrage Shastris sondierte er, ob sie in der neuen Regierung das Informationsministerium übernehmen wolle. *Die junge Frau, an Leib und* Seele geschwächt, verwandelte sich von einem Augenblick zum andern. Sie bat den Fürsten, dem Ministerpräsidenten zu sagen, wenn, dann werde sie nur als stellvertretender Ministerpräsident in die Regierung eintreten. Nun, sie ist schließlich doch als Informationsministerin eingetreten, setzte *aber durch,* daß *sie* in der Rangliste der Minister ganz oben stand, was einem Informationsminister normalerweise verwehrt ist.

Damals war sie eine junge und auch schöne Frau. Als sie 1956 nach Bonn und Berlin kam, war sie in ihrer Zierlichkeit eine in jeder Weise faszi*nierende* Gestalt. Der *politische* Kampf langer Jahre, das Auf und Ab *von Erfolg und Niederlage hinterlie*ßen sichtbare Spuren. Ihre Fähigkeit, sich zu verändern, blieb bewundernswert. Oft traf man sie am Morgen im Amt oder im Parlament von der Anstrengung gezeichnet, abgekämpft. Am Nachmittag oder am Abend des gleichen Tages glaubte man einem anderen Wesen zu begegnen. Leichtfüßig, in Indien immer dezent, aber elegant in einen Sari gekleidet, ein kleines oft mokantes Lächeln in den Mundwinkeln.

Als sie sich schließlich – zu spät – entschloß, den Ausnahmezustand mit Wahlen zu beenden, sagte ich ihr: „Was Sie getan haben, war richtig." „Da bin ich nicht so sicher", war ihre Antwort. Sie hat Erfolge und Niederlagen *vorbildlich hingenommen,* weil sie an Freiheit und Recht glaubte. Es *ist leicht, ihr vorzuhalten, daß ihr im* politischen Kampf viele Mittel recht waren. Jetzt aber fragen sich viele, was aus Indiens Demokratie werden wird. Diese Fragen anerkennen, was Indira Gandhi für Indien getan hat. Ihre Zuversicht, daß Indien unzerstörbar ist, darf auch die unsere sein. Wenn wir eine Hand dazu reichen können, diese Hoffnung zu verwirklichen, sollten wir es tun.

Staatssekretär a. D. Günter Diehl war von 1970–1977 deutscher Botschafter in Indien.



Eine Virtuosin der Macht: Indira Gandhi (1917–1984)
FOTO: STUDIO X

„Jeder Tropfen meines Blutes wird diese Nation stark machen"

Von MARTA WEIDENHILLER

Es war eine der schwierigsten Aufgaben, die die Weltpolitik zu vergeben hatte: Indira Gandhi regierte ein Land von mehr als 600 Millionen Menschen. Seit 1966 war sie fast ununterbrochen Ministerpräsidentin Indiens. Gestern starb sie, kurz vor ihrem 67. Geburtstag, durch Kugeln von Sikhs.

Indien rühmt sich seiner Gewaltlosigkeit. Sie verband sich mit Mahatma Gandhi (mit Indira nicht verwandt), der einst Indiens Freiheitswillen damit mobilisierte. Die aktuelle politische Szene aber ist von Gewalt geprägt.

Frau Gandhi schloß selbst nicht aus, *daß sie Opfer des politischen* Terrors werden könnte. Nur einen Tag *vor ihrer Ermordung soll sie gesagt* haben: „Selbst wenn ich im Dienste der Nation sterbe, will ich stolz darüber sein. Jeder Tropfen meines Blutes wird, dessen bin ich sicher, diese Nation stark machen."

Aber ist sie selbst nicht auch zu weit gegangen? Daß sie unter dem Kugelhagel von Sikh-Extremisten zusammenbrach, drängt diese Frage auf. Auch Fakten der letzten Monate sind selbstredend: Indira Gandhi befahl, daß Truppen im Pandschab einmarschierten; sie stürmten das höchste Heiligtum der Sikhs. In Kaschmir setzte die Regierung Gandhi mit wenig demokratischen Methoden eine *ihr gegenüber kritisch eingestellte* Regierung ab. Schließlich duldete Frau Gandhi, daß im Bundesstaat Andhra Pradesch ein populärer Ministerpräsident abgesetzt wurde (später aber unter dem Druck der Öffentlichkeit sein Amt wiedererhielt).

Die regionalen Kräfte schieben sich in dem Land, das eher einem Kontinent gleicht, nach vorn. Gewalt wird immer mehr auch Ausdruck eines verschärften wirtschaftlichen Wettkampfes.

Wichtig aber *war auch: Bis Januar* 1985 muß ein neues Parlament gewählt werden. So ist Indira Gandhis Handeln und ihre Reaktion auf die allerorts aufflammenden Krisen vor diesem Hintergrund zu werten. Ihre Kongreß-Partei kann nicht mehr damit rechnen, die bisherige Zweidrittel-Mehrheit wiederzuerobern.

Wer war nun diese Frau, die so viele Jahre die politische Szene beherrschte und letztlich als Symbolfigur eines Landes galt – bald als „In*dira ist Indien" gefeiert, bald als auto*ritäre Herrscherin verdammt?

Politik als Beruf schien ihr zunächst nicht erstrebenswert. Schriftstellerin wollte sie werden, aber auch Innenarchitektin oder Tänzerin. Dennoch sagte sie: „Alle meine Spiele waren politische Spiele. Die Politik gehörte einfach zu meiner Kindheit."

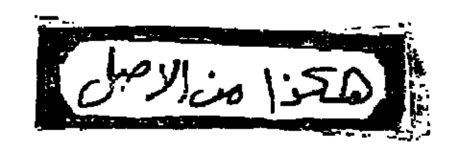
Ihr Vater, Jawaharlal Nehru, der erste Premier nach der Unabhängigkeit, galt als der Architekt des neuen Indien. Das Weltbild der Indira Gandhi wurde von ihm, aber auch von Mahatma Gandhi und Rabindranath Tagore geprägt. Als Kaschmir-Brahmanen gehören die Nehrus zur Aristokratie des Landes; gleichwohl engagierten sie sich stark im Kampf gegen die britischen Kolonialherren. In dieser Atmosphäre wuchs Indira auf, die am 19. November 1917 in Allahabad geboren wurde. Die erste Probe ihrer Eigenwilligkeit gab sie, als sie, die Brahmanin, den Parsen Feroze Gandhi beiratete.

Ihre eigentliche politische Karriere begann Indira 1959. Sie avancierte zur Präsidentin der Kongreß-Partei, später zur Innenministerin. Nach dem Tode von Premier Shastri galt sie als „Übergangslösung". Aber sie wuchs mit ihrer Rolle, strafte all jene Lügen, die sie nur als die Tochter des großen Vaters sehen, nur dem legendären Namen Nehru die Reverenz erweisen wollten. Kurz: Sie verstand es schon damals, virtuos mit der Macht umzugehen. Sie bot ihren Widersachern die Stirn – um den Preis einer Spaltung der Kongreß-Partei.

Anders, vor allem aber dramatischer als ihr Vater, machte Indira Geschichte: Indien und die Sowjetunion schlossen 1971 einen Freundschaftsvertrag. Das Eingreifen indischer Truppen 1970 führte zur Geburt des Staates Bangladesch. Das Simla-Abkommen mit Pakistan leitete 1972 eine Versöhnung mit dem Nachbarn ein. Als 1974 die erste indische Atombombe explodierte, jubelte das Volk: „Wir sind wieder wer."

Innenpolitisch aber zog sich ein Sturm zusammen, der 1975 zu einer *verhängnisvollen Entscheidung führ*te. Frau Gandhi stellte das Land unter Ausnahmerecht und herrschte mit diktatorischen Mitteln. Gleitet Indien, der Welt „größte Demokratie", ins Chaos, in die Diktatur? fragte damals eine erstaunte Weltöffentlichkeit. Zwei Jahre später wagte Frau Gandhi erneut das demokratische Experiment – und verlor. Die Opposition, zusammengeschweißt in der Janata-Partei, gewann die Wahlen, verschliß sich aber bald an inneren Querelen. *Nur der Haß auf Indira Gandhi* einte sie. Aus der Krise kam sie aber wieder mit einem Kranz, einem überwältigenden Wahlsieg im Jahre 1980. Sie fuhr den Lohn ihrer Zähigkeit, ihres geschickten Taktierens, ihres Charismas ein. Freilich blieb ein innenpolitisch durchgreifendes Konzept immer aus. Sie reagierte eher, als daß sie agierte. Darin lag der Bruch ihrer glänzenden Karriere, die sie 1983 krönen konnte, als sie den Vorsitz der Blockfreien übernahm.

Ihrem politischen Triumph stand persönliches Leid gegenüber. Ihr Sohn Sanjay wurde als Kronprinz aufgebaut und sollte die „Dynastie" Nehru fortsetzen. Er kam bei einem Flugzeugabsturz 1980 ums Leben. Ihr ältester Sohn Rajiv, gelernter Pilot, sprang nur widerstrebend in die Bresche. Er stand Indira Gandhi zuletzt als engster Berater zur Seite und sollte als einer der Generalsekretäre der Kongreß-Partei dieser neuen Schwung und innere Kohärenz verleihen. Die *hochgespannten* Erwartungen hat er bisher nicht erfüllt. *Gleichwohl wurde er wenige Stunden* nach dem Mord an seiner Mutter als neuer Ministerpräsident vereidigt.



Konflikt zwischen Apel und linken Kräften der Berliner SPD

Spitzenkandidat nennt Teilnahme an Anti-Reagan-Demonstration eine „Sauerei"

HANS-R. KARUTZ, **Berlin**

Wenige Tage vor dem SPD-Wahlparteitag am 10. November sieht sich SPD-Spitzenkandidat Hans Apel in einem tiefgreifenden Konflikt mit linken Berliner Sozialdemokraten, die am Vorabend der US-Wahlen gemeinsam mit Kommunisten gegen Ronald Reagan demonstrieren wollen. Apel sprach empört davon einer „Sauerei und Schweinerei". Er fände es „schlimm", wenn Sozialdemokraten an einer solchen Aktion teilnähmen: „So kann man mit mir nicht umspringen!" Die beiden linken Kreisverbände Schöneberg und Zehlendorf haben ohne Kenntnis Apels einen von der kommunistischen SEW inspirierten Aufruf evangelischer Studentengemeinden mit unterzeichnet.

Die Demonstration, zu der rund 10 000 Teilnehmer erwartet werden, soll am Vorabend der amerikanischen Wahlen von der Westberliner City am Kurfürstendamm aus, ausgerechnet zum Symbol deutsch-amerikanischer Freundschaft, dem Luftbrückendenkmal, führen. Neben den beiden linken Kreisverbänden, die Apel schon bei seiner Wahl zum SPD-Spitzenkandidaten Ende März 1984 die Gefolgschaft versagten, unterschrieben auch die Jungsozialisten den Aktionsaufruf. Nach einer Mitteilung im kommunistischen SEW-Blatt „Wahrheit" lautet er:

„Vier weitere Jahre Hochrüstungs- und Bedrohungspolitik – Nein! Vier weitere Jahre Interventionspolitik der USA in Mittelamerika – Nein! Vier weitere Jahre Ausplünderung, Arbeitslosigkeit und Verelendung – Nein!" Zugleich im Namen von Hans Apel machte gestern sein engster politischer Mitarbeiter in Berlin, SPD-Landeschef und Ex-Innensenator Peter Ulrich, gegen diese Absicht linker Genossen Front:

„Die Berliner SPD distanziert sich in aller Form von den geplanten Demonstrationen am Vortag der Wahlen in den USA. Die Unterzeichnung des Aufrufs durch einzelne Gliederungen der SPD ist ohne Kenntnis und Billigung des Landesverbandes erfolgt. Die Berliner Sozialdemokraten bekräftigen ihre Freundschaft mit den USA. Unbeschadet ihrer Kritik an der Außen- und Sicherheitspolitik der gegenwärtigen US-Regierung werden sie die freundschaftliche Zusammenarbeit mit dem vom amerikanischen Volk gewählten Präsidenten, wer es auch sein wird, fortsetzen. Die SPD lehnt eine Einmischung in die US-Wahlen ebenso ab, wie sie ihrerseits eine Einmischung in die Wahlen in Berlin von ausländischer Seite zurückweisen würde." Ulrich forderte alle Berliner Sozialdemokraten dringend auf, „sich an Veranstaltungen, die als Einmischung bewertet werden können, nicht zu beteiligen".

Dieser Erklärung, die Apels Handschrift trägt, waren massive Vorstöße führender Genossen der rechten Mehrheit um den Spitzenkandidaten vorangegangen. Sie drohten der Parteiführung, sich selbst eindeutig gegen die Absichten der beiden Linksaußen-Kreisverbände öffentlich zur Wehr zu setzen, falls die SPD-Spitze nicht energisch gegen derartige Aktivitäten einschreite. Das Thema wird auch die Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstandes am kommenden Montag, wenige Stunden vor der Demonstration, beherrschen.

Zu der Aktion haben neben den beiden SPD-Minderheitskreisen – in Zehlendorf ist der Vize-Landesvorsitzende Norbert Meisner zu Hause – auch die SEW, die Alternative Liste, die Jungsozialisten, die Liberaldemokraten, der Kommunistische Bund, die IG Druck und Papier (Bezirk Nordwest) sowie insgesamt 49 Organisationen in der Stadt aufgerufen. Getragen wird die Aktion von der „Evangelischen Studentengemeinde", die ihren Marsch durch die Berliner City mit einem Flugblatt ankündigte, auf dem Reagan auf dem Fernsehschirm mit einem Atompilz als Hintergrund zu sehen ist.

Hans Apel sieht sich durch die weder angekündigten noch etwa gebilligten Aktionen der SPD-Linksaußen in Berlin schwer desavouiert. Seine unmißverständliche und heftige Reaktion erklärt sich auch daraus, daß er mit dem für Berliner SPD-Kenner nicht ungewohnten Thema der Beteiligung von Genossen an kommunistisch gelenkten Friedens- und Anti-Reagan-Demonstrationen keine praktischen Erfahrungen besitzt. Die beiden SPD-Kreise rechnen zu den Unterstützern seines parteiinternen Gegenkandidaten Alexander Longolius.

Wegen seiner strikten Verteidigung des NATO-Doppelbeschlusses und seiner proamerikanischen Einstellung wird Apel seit seiner Nominierung von linken SPD-Kreisen „geschnitten". Im bevorstehenden Wahlkampf kann er allenfalls mit ihrer technischen aber nicht moralischen Unterstützung rechnen. Die Geschlossenheit der SPD in Fragen gemeinsamer Aktionen mit Kommunisten war bereits im Vorfeld militanter Aktionen beim Besuch von Al Haig im September 1981 und von Präsident Reagan im Sommer 1982 in Berlin in Frage gestellt und heftig umstritten.

„Sichere Renten wichtiger als hohe Steigerung"

pje. **Bonn**

„Preisstabilität und die Sicherheit der Rentenzahlungen sind wichtiger als hohe Rentensteigerungen." Mit diesen Worten begründete Bundesarbeitsminister Norbert Blüm gestern in Bonn die vom Bundeskabinett beschlossene Rentenanpassung zum 1. Juli 1985 um 3,2 Prozent. Da gleichzeitig der Beitrag der Rentner zur Krankenversicherung um weitere zwei Prozentpunkte angehoben wird, ergibt sich eine effektive Rentenerhöhung um etwa 1,1 Prozent.

Bestrebungen auch in der Union, die Renten zum Beispiel durch eine zeitliche Streckung der Beteiligung der Rentner an ihrer Krankenversicherung effektiv stärker zu erhöhen, erteilte Blüm eine Absage. Dies wäre nur durch eine höhere Belastung der Wirtschaft zu finanzieren, was wiederum die Preisstabilität gefährde. Zudem koste eine Erhöhung des Krankenversicherungsbeitrages um ein Prozent die Rentenversicherung 1,4 Milliarden Mark, damit würde bereits Ende 1985 die Mindestrücklage der Rentenversicherung unterschritten.

Blüm betonte, daß das Netto-Rentenniveau einen Stand erreicht habe, den es „seit 1977 nicht mehr gegeben hat". Auch nach der Anpassung Mitte nächsten Jahres bleibe die Stellung der Rentner im Einkommensgefüge unverändert.

„DDR"-Anwalt zur Klärung in Prag

hrk. **Berlin**

Der Ostberliner Rechtsanwalt und Honecker-Vertraute Wolfgang Vogel, der sich auf Bitten Bonns vermittelnd in die Prager Massenflucht von „DDR"-Bewohnern eingeschaltet, hielt sich jetzt offenbar zur weiteren Klärung in der CSSR-Hauptstadt auf. Sechs der etwa 160 „DDR"-Flüchtlinge hatten die Heimreise angetreten, nachdem sie den Versicherungen der Ostberliner Behörden auf Straffreiheit und Bearbeitung ihrer Anträge Glauben geschenkt hatten.

In der deutschen Botschaft in Prag warten die anderen auf eine bindende Entscheidung aus der „DDR". Sie sind offensichtlich zunächst nicht bereit, von Ost-Berlin vorgeschlagene Zwischenlösungen zu akzeptieren.

Stadtkommandanten: „Brutale Praktiken"

hrk. **Berlin**

Als „brutale Praktiken und Menschenleben verachtende Gewalt" verurteilten die drei alliierten Stadtkommandanten die Schüsse auf einen 17jährigen „DDR"-Flüchtling. Er hatte in der Nacht zum Dienstag an der Stadtgrenze zwischen dem Bezirk Neukölln (US-Sektor) und dem „DDR"-Kreis Königs Wusterhausen mit einer Leiter die Mauer überwunden. Dabei feuerten Grenzposten mindestens 20 Schüsse aus Maschinenpistolen ab. Um besseres Schußfeld zu haben, schlugen die Posten die Scheiben ihres Beobachtungsturms ein.

In diesem Jahr registrierten die Westberliner Behörden bisher fünf Flüchtlinge. Zwei von ihnen überwanden die Mauer. Ein 17jähriger, der im Januar die eiskalte Havel durchschwommen hatte, war auf Zureden seiner aus der „DDR" angereisten Großmutter zurückgekehrt.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365.00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster, send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Dorothee Wilms will sich ihr Konzept nicht verwässern lassen

Widerstand gegen Novelle des Hochschulrahmengesetzes aus SPD-regierten Ländern

PETER PHILIPPS, **Bonn**

Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms hat in zwei Minister-Gesprächen mit ihren Kollegen aus den unionsregierten Bundesländern weitgehende Übereinstimmung in den Grundfragen ihrer Novelle zum Hochschulrahmengesetz (HRG) erzielt. Nun soll der Gesetzentwurf voraussichtlich in der zweiten November-Woche in die öffentliche Anhörung kommen, ehe das Bundeskabinett – „noch vor Weihnachten" (Wilms) – darüber beschließt.

Außerordentlich schwierig stellt sich zur Zeit die Situation in den SPD-regierten Ländern dar: Ursprünglich waren fast alle „grundsätzlich bereit", den Wilms-Weg der Novellierung des HRG mitzugehen. Nur das rot-grüne Hessen kündigte „Fundamental-Opposition" an. Inzwischen lassen scharfe Worte der Kritik von Nordrhein-Westfalens Wissenschaftsminister Rolf Krumsiek breiteren sozialdemokratischen Widerstand erwarten, wobei es nicht nur um die Sache, sondern auch um Profilierung geht.

Änderungen erwartet

Deshalb ist auch am vergangenen Wochenende das sorgfältig geplante Vorhaben gescheitert, einen „Koordinator" zu wählen, der in hochschulpolitischen Fragen für die Abstimmung unter den SPD-Ländern sorgt und deren Position nach außen vertritt.

Bei den Unions-Ländern gibt es noch Akzeptanz-Probleme in Einzelfragen des neuen HRG, so daß gewisse Änderungen am jetzt vorliegenden Entwurf zu erwarten sind, obwohl Frau Wilms keinen Zweifel daran läßt, daß sie sich die Grundstruktur nicht von den Ländern verwässern lassen will. Die Handschrift „mehr Qualität durch mehr Freiheit" soll kenntlich bleiben.

Im Kern lassen sich die unionsinternen Schwierigkeiten darauf zurückführen, daß die Ländern sich zwar vom Bund über das Rahmengesetz viel Freiraum geben lassen, aber diesen nicht an die Universitäten weitergeben wollen. Statt dessen sollen die Hochschulen möglichst noch fester angebunden werden als bisher.

So hat das Stuttgarter Wissenschaftsministerium sich lange dagegen gesträubt, die Verfügung über die Drittmittel so weit, wie es im Wilms-Entwurf vorgesehen ist, den Hochschulen zu überlassen, Schleswig-Holstein ging die geplante Freiheit der Universitäten in Fragen der Studienordnung zu weit – und alle sind sich darüber einig, daß die Verlagerung der Studienreform-Kommission zum Wissenschaftsrat nicht der Weisheit letzter Schluß ist.

In der Sorge, daß der dort gleichgewichtig auftretende Bund zu starkes Gewicht erhält, würden sie die Kommission lieber an die Kultusminister-Konferenz anbinden und so den Bund vor der Tür lassen. Dieser Punkt scheint aber vom Bildungsministerium auch als ein Knochen gedacht zu sein, an dem die Länder herumnagen können, damit die wesentlicheren Bestandteile der Novelle eher durchzuboxen sind.

Zu denen gehört die auf der Interpretation eines Gerichtsurteils fußende Neuregelung, daß in den Gremien, die die Universitätsleitung wählen, künftig gesetzlich eine Professoren-Mehrheit vorgeschrieben ist. Wenn die damit zusammenhängenden neuen Bestimmungen tatsächlich von den Ländern geschluckt werden, könnte sich erhebliche Änderungen in der Hochschullandschaft abzeichnen: In Zukunft würden die Hochschulen selbst in ihrer „Grundordnung" festlegen, ob sie sich von einem Rektor, einem Präsidenten oder einem Kollegialorgan leiten lassen. „Als Leiter oder als Mitglied einer kollegialen Leitung einer wissenschaftlichen Einrichtung kann nur ein ihr angehörender Professor gewählt werden", heißt es weiter im Wilms-Entwurf.

Neuer Wahl-Modus

Zwar betont die Bildungsministerin immer wieder, daß sie keineswegs „die Mitbestimmungsrechte anderer Gruppen" zurückdrängen wolle, aber sowohl die Stärkung des Fachbereichsprinzips als auch die herausgehobene Stellung der Professoren im zentralen Wahlorgan seien notwendig.

Für manchen Universitäts-Präsidenten, der gegen den Willen vieler Professoren durch eine zusammengewürfelte Mehrheit aus einzelnen Hochschullehrern, Studenten und dem Mittelbau ins Amt gekommen ist, werden schwere Zeiten anbrechen. Sie müssen bei Inkrafttreten des neuen HRG nicht zurücktreten, aber die Wiederwahl vieler hessischer Fachhochschul-Präsidenten wie ihres Kollegen beispielsweise an der Hamburger Universität erscheint mehr als fraglich.

Im Hause Wilms ist dies gewollt, denn: International habe der Ruf der deutschen Universitäten auch unter der bisherigen Wahlkonstruktion gelitten. „Da wurde häufig gefragt, woher haben denn die Präsidenten eigentlich ihr Mandat."

Nur Dänen, Deutsche und Schweden sind für ein „Sondergebiet" Nordsee

D. GURATZSCH, **Bremen**

Bei der Internationalen Nordseeschutz-Konferenz in Bremen sind die Gegensätze zwischen den Teilnehmerstaaten gleich zu Beginn aufeinandergeprallt. Im Unterschied zur Bundesrepublik Deutschland, Dänemark und Schweden, die eine Ausweisung der Nordsee als „Sondergebiet" forderten, erklärten die Vertreter der westlichen Nordsee-Anrainerstaaten, an der Spitze Großbritannien, daß sie eine derartige Einstufung dieses Meeres nicht befürworten könnten. Damit scheint das wichtigste Ziel der Konferenz, international verbindliche Vereinbarungen über ein Einleitungs- und Verklappungsverbot für gefährliche Stoffe herbeizuführen, in Frage gestellt.

Zu der Bremer Konferenz, der ersten Internationalen Nordseeschutz-Konferenz auf Ministerebene, hatte Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) unmittelbar nach seinem Amtsantritt eingeladen. Sämtliche Anrainerstaaten der Nordsee einschließlich Belgien und Frankreich waren der Einladung gefolgt.

Gegen Panikmache

In seiner Eröffnungsrede erklärte der Bundesinnenminister: „Umweltschutz ist für uns keine Frage von Sentimentalität. Umweltschutz ist zu einer Existenzfrage geworden". Die Gefahr wachse, daß durch Umweltbelastungen „die Zukunft der Menschheit ernsthaft bedroht" werde. Bei weiterer bedenkenloser Inanspruchnahme der Nordsee werde der Küstenbevölkerung die Lebensbasis entzogen. Die Schmutzfracht der Flüsse, chemische Abfälle und Klärschlämme so wie die Ölverschmutzung zeitigten schon heute Jahr für Jahr verhängnisvollere Folgen: Steigende Zahlen verölter Seevögel, wiederholtes Fischsterben, Algenschaumblüten, Ölklumpen und Müll.

Zimmermann wörtlich: „Es besteht Anlaß zur Sorge und zu konkreten Maßnahmen, aber nicht zu blinder Panikmache". Allerdings reichten nationale Einzelmaßnahmen nicht aus. Verschmutzungen dieses lebenswichtigen Meeres machten an den Hoheitsgewässern und Küsten nicht halt. Alle Staaten seien zu „gemeinsamen, gleichgerichteten Anstrengungen und zur Zusammenarbeit über nationale Grenzen" aufgerufen.

Die Statements der Delegationen zeigten, daß es dazu in vielen Ländern noch immer am Willen und an der Überzeugung mangelt. So ignorierten die westlichen Anliegerstaaten die Tatsache, daß sich der von ihren Küsten- und Verklappungsschiffen in die Nordsee gepumpte Schmutz auf Grund der Strömungsverhältnisse in der Deutschen Bucht wie in einem Trichter sammelt. Sie nahmen auch keinerlei Notiz davon, daß damit der – wie Zimmermann sagte – „einmalige Naturraum" des Wattenmeeres und damit die „Kinderstube der Nordseefische", aus der bis zu 60 Prozent des gesamten Fischfangs der Nordsee stammen, gefährdet wird.

Demgegenüber erklärte der Vertreter Großbritanniens, insgesamt befinde sich die Nordsee in einem „befriedigenden Zustand". Probleme gebe es nur an den Küsten und im Ostteil der Nordsee. Um sie zu lösen, müsse das Meer nicht als „Sondergebiet" ausgewiesen werden. Wegen des Wasseraustausches mit dem Atlantik und der starken Gezeiten sei die Nordsee durchaus in der Lage, gewisse Schadstoffmengen ohne Folgen aufzunehmen. Nötig seien bessere Kontrollmaßnahmen für bestehende Regelungen. Im übrigen habe gerade Großbritannien bei der Reinigung der Themse und anderer Flüsse Vorbildliches geleistet.

Auch der Vertreter Norwegens meinte, die mittlere und nördliche Nordsee seien weniger verschmutzt. Im südlichen Teil müßten die Anliegerstaaten mehr tun, um ihre Flüsse sauberzuhalten. Der Vertreter Belgiens wollte „in keinem Fall Entschließungen zustimmen, die im Widerspruch zum Zustandsbericht für die Nordsee stehen".

„Nicht zu lange warten"

Allerdings müsse alles geschehen, um die weitere Nutzung des Meeres für Schiffahrt, Transport, Tourismus und Ausbeutung der Bodenschätzt sicherzustellen. Bei allen Umweltschutzmaßnahmen müßten die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen bedacht werden.

An die Seite der Bundesrepublik, für die Staatssekretär Carl-Dieter Spranger eine spürbare Senkung der Schadstoffzufuhr über Küsten, Flüsse und Luft, den Stopp der Ölverschmutzung so wie Einleitungsverbote (Erklärung zum Sondergebiet) forderte, stellten sich lediglich die Delegationen von Schweden und Dänemark. Solange die Verklappung gestattet werde, bestehe kein Druck zur Entwicklung umweltfreundlicher Technologien, erklärte der Vertreter Schwedens. Man dürfe nicht warten, bis in langwierigen Forschungen nachgewiesen sei, daß sich die Meeresumwelt bereits verändert habe. Der Schwede: „Wenn wir es wissen, ist es zu spät."

Das Bonner Landgericht stoppt die geplante grüne Ehe mit Berliner AL

STEFAN HEYDECK, **Bonn**

Den Grünen sind vom Bonner Landgericht Verstöße gegen das Parteiengesetz und gegen ihre eigene Satzung bescheinigt worden. In einer einstweiligen Verfügung wird dem Bundesvorstand untersagt, Mitgliedern der Alternativen Liste Berlin (AL), die nicht den Grünen angehören, in seinen Führungsgremien Stimmrecht zu gewähren. Das gilt sowohl für den Parteivorstand, die Bundesversammlung und den Bundeshauptausschuß. Mit diesem Urteil erhielten drei Mitglieder der Landesverbände der Grünen aus Berlin und Bayern recht, die das Gericht wegen einer „Vereinbarung" zwischen ihrer Partei und der AL angerufen hatten.

Betroffen von dieser Entscheidung ist unter anderem Rebekka Schmidt von den Alternativen. Sie ist eine von drei Sprechern des elfköpfigen Bundesvorstands und soll im Frühjahr nächsten Jahres für ihren Berliner Abgeordneten Dirk Schneider im Bundestag „nachrücken". Das gilt aber auch für die von der AL nominierten Delegierten für den nächsten Parteitag der Grünen, der Bundesversammlung vom 7. bis 9. Dezember in Hamburg. Denn vor dieser Tagung wird vor dem Landgericht über die Klage in der Hauptsache nicht mehr verhandelt.

Die Vereinbarung über die Zusammenarbeit hatte die Bundesversammlung am 19. November 1983 in Duisburg laut Protokoll „mit mehr als 2/3 Mehrheit" angenommen. Die Beschlußvorlage war vorher noch in einigen Punkten geändert worden. Nach der Vereinbarung soll für die Dauer von zwei Jahren die AL und nicht der Landesverband der Grünen in Berlin die Interessen des Bundesverbandes vertreten. Anschließend soll dann über einen Zusammenschluß beider Parteien entschieden werden. Weiter wurde festgelegt, daß bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus im März 1985 nur die AL antritt.

Dahinter steht offensichtlich die Überlegung, daß die AL bei den Wahlen ein mindestens so gutes Ergebnis wie 1981 erreichen könnte. Damals erhielt sie 7,2 Prozent der Stimmen und neun Sitze im Abgeordnetenhaus. Hinzu kommt, daß die AL in Berlin etwa 3000 Mitglieder hat. Der Landesverband der Grünen zählt dort nicht einmal 200.

Weiter räumten die Bundes-Grünen der AL die gleichen Rechte wie ihren Landesverbänden ein. Daneben wurde beschlossen, daß die AL wie die anderen Landesverbände Mitgliedsbeiträge an die Parteizentrale in Bonn abführt. Dabei soll sie zum Ausgleich dafür, daß sie wegen der Nicht-Teilnahme an den Bundestags- und Europawahlen nicht in den Genuß der Wahlkampfkostenerstattung kommt, Gutschriften erhalten.

Wegen dieser Vereinbarung hatten die zwei Berliner Grünen zunächst das Landesschiedsgericht angerufen, das sich aber mit dem Fall nicht befaßte. Am 5. Mai vereinbarten dann die drei beteiligten Parteien in einem außerschiedsgerichtlichen Verfahren in Hannover, die Rechte des Landesverbandes zu verbessern und ein Doppelstimmrecht von Mitgliedern, die sowohl der AL als auch den Grünen angehören, sowie eine doppelte Anrechnung auf den Delegiertenschlüssel auszuschließen. Das Bundesschiedsgericht wies dann im Juli die Klagen als unzulässig zurück und verneinte seine Zuständigkeit.

Die Dringlichkeit der einstweiligen Verfügung, in der festgestellt wird, daß die Vereinbarung mit der AL „gegen wesentliche Bestimmungen der Bundessatzung" der Grünen verstößt, ergibt sich nach Auffassung des Gerichts daraus, daß Rebekka Schmidt als Nicht-Mitglied der Grünen deren ständig tagendem und Beschlüsse fassendem Parteivorstand angehört. Außerdem müsse Nicht-Mitgliedern sofort das Stimmrecht in den Gremien untersagt werden, weil noch vor der Hauptverhandlung der Bundeshauptausschuß tagt und der Hamburger Parteitag stattfindet. Denn bei einer „Unwirksamkeit" der Vereinbarung würde es für alle Parteimitglieder „wesentliche Nachteile mit sich bringen", wenn satzungswidrig bestellte Mitglieder von Parteigremien „fortgesetzt ihr Stimmrecht ausüben" könnten.

Außerdem würde es sich „auch besonders zum Nachteil" der Partei auswirken, wenn ein etwaiges Fehlverhalten eines Vorstandsmitglied nicht satzungsgemäß mit Ordnungsmaßnahmen oder sogar einem Ausschlußverfahren geahndet werden könnte, weil dieses nicht Parteimitglied ist.

Darüber hinaus kommt das Gericht zu dem Ergebnis, daß der Delegiertenschlüssel für die Bundesversammlung verzerrt wird, wenn die AL dorthin nicht den Grünen angehörende Vertreter schicken kann. Dies würde zu einer Überrepräsentation der Berliner führen und gleichzeitig die Abstimmungschancen der Delegierten aus den anderen Landesverbänden reduzieren.

Ein Satzungsverstoß liegt auch darin, daß es nach Paragraph 6 für jedes Gebiet nur einen Verband geben darf. Dagegen kommt nach der Vereinbarung der AL eine mindestens gleiche, wenn nicht stärkere Rolle zu als den Berliner Grünen.

Fristlose Kündigung von Vietor gerechtfertigt

Klage des ehemaligen Chefs der Neuen Heimat abgewiesen

gs/JB. Hamburg

Die Klage des ehemaligen Chefs der Neuen Heimat, Albert Vietor, auf Rücknahme der Kündigung und Nachzahlung von Gehältern und Renten in einer Höhe von insgesamt mehr als einer Million D-Mark ist vom *Hamburger Landgericht abgewiesen* worden. Wie der Vorsitzende Richter Urban in seinem Urteil erklärt, sei Vietor weit über das Maß hinausgegangen, das die Pflichten eines Geschäftsführers gebietet. Durch seine Beteiligung an der Münchener Terrafinanz, die an Grundstücksgeschäften mit der Neuen Heimat kräftig verdient hatte, habe er sich in einen Interessenkonflikt mit der Neuen Heimat begeben. Das Verhalten Vietors müsse für alle Gewerkschaftsmitglieder enttäuschend gewesen sein und er habe der Bewegung schweren Schaden zugefügt. Schon deshalb sei die fristlose Kündigung gerechtfertigt gewesen. Eine stillschweigende Genehmigung und Billigung der Gesellschafter und des Aufsichtsrats der Neuen Heimat gab es nach Ansicht des Gerichtes nicht.

Einen Teilerfolg in dem Prozeß erzielte auch die Neue Heimat selbst, die ihrerseits Klage gegen Vietor erhoben und rund 10 Mill. DM Schadenersatz gefordert hatte. Aufgrund dieser Klage wird Vietor aufgefordert, sein bisher beharrliches Schweigen über Tätigkeiten außerhalb der NH-Geschäftsführung aufzugeben. Er muß nach Beschluß des Gerichts Auskunft und Rechenschaft über seine Beteiligungen direkter und indirekter Art an der Terrafinanz, an den Wölbern-Gesellschaften und an den Teletherm-Firmen geben. Außerdem soll er Rede und Antwort stehen über Art und Umfang seiner Beteiligungen und Treuhänderverträge, über seine Funktionen in den Gesellschaften, über Gewinne, Erlöse und Steuervorteile.

Das Gericht hat zudem einen Beweisbeschluß zum Komplex Terrafinanz erlassen. Dazu sollen 23 Zeugen gehört werden, vermutlich auch der frühere DGB-Vorsitzende Vetter. Falls sich die Ansprüche der Neuen Heimat aus dem Komplex Terrafinanz nicht herleiten lassen, soll nachträglich auch über alle anderen Tätigkeitsbereiche ein Beweisbeschluß ergehen.

Die Entscheidung zeigt, daß die Schilderungen des Rechtsanwaltes Helmut Seifert über die Leistungen seines Mandanten Vietor für die Neue Heimat beim Gericht offenbar wenig Eindruck gemacht hatten. Eine Pressekampagne, die auch auf den Neidkomplex der Leser setzte, so Seifert, habe in der Öffentlichkeit ein verzerrtes Bild vom Sachverhalt entstehen lassen. Dabei habe der Konzern es verstanden, die ursprünglich gegen die Neue Heimat gerichteten Vorwürfe auf die damaligen Geschäftsführer umzulenken.

Tatsächlich sei es doch so gewesen, daß Vietor, der als Angestellter 1950 von der Neuen Heimat aus Kassel nach Hamburg versetzt worden war, sich im Bemühen, die Wohnungsnot zu lindern, große Verdienste erworben habe. Die Nebentätigkeiten des neue Heimat-Chefs seien im Unternehmen bekannt und in Ordnung gewesen.

Für den beklagten Konzern versicherte Rechtsanwalt Rabe, es gehe nicht darum, was Herr Albert Vietor Verdienstvolles tue, sondern darum, was dieser auch getan habe. Und dabei hätten allein die Geschäfte der Terrafinanz in Bayern, an der Vietor beteiligt war, für die vom ehemaligen Konzern-Chef angefochtene fristlose Kündigung ausgereicht. Im Vergleich zu einem Gewinn von rund 43 Millionen Mark aus dem Grundstücksgeschäft für die Trabantenstadt Neuperlach seien alle anderen Erlöse aus Nebentätigkeiten „Peanuts". Solche „Peanuts" bezifferte der Neue-Heimat-Anwalt immerhin mit rund zwei Millionen Mark allein für den Verkauf eines Abschnitts von Wohnungsanteilen in Berlin.

Medien-Kompromiß gescheitert?

In der SPD melden sich die Gegner des privaten Rundfunks wieder stärker zu Wort

GERNOT FACIUS, Bonn

Sind die Ministerpräsidenten der Union von ihren sozialdemokratischen Amtskollegen getäuscht worden, als am 19. Oktober der Bremerhavener Kompromiß über die künftige Medienstruktur ausgehandelt wurde? Diese Frage rückt ins Zentrum der medienpolitischen Diskussion, nachdem sich Tag für Tag Spitzenpolitiker der SPD und Gliederungen der Partei von dem Einigungspapier distanzieren, das sowohl den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten als auch den privaten Programmanbietern gerecht werden soll. „Wir glaubten, es mit verläßlichen Partnern zu tun zu haben", beschreibt Hanns Schreiner, Sprecher der rheinland-pfälzischen Landesregierung, die Gemütslage der sogenannten B-Länder, also der von der Union geführten Landesregierungen. Für Rheinland-Pfalz gibt es wie auch für die anderen Unionsländer „kein Zurück hinter Bremerhaven". Schreiner im Gespräch mit der WELT: „Wenn es nicht dabei bleibt, ist der Konsens zerstört."

Querschüsse aus der SPD

Dabei richtet sich der Groll nicht so sehr gegen den hessischen Ministerpräsidenten Börner (SPD), der in Bremerhaven dem Kompromiß zustimmte („eine Einigung sollte an meiner Person nicht scheitern") und im Landtag, offensichtlich unter dem Druck der in Wiesbaden mitbestimmenden Grünen, auf Distanz zu seiner eigenen Entscheidung ging. Man ist eher verärgert über sozialdemokratische Querschüsse aus Nordrhein-Westfalen, Bayern, Hamburg und Schleswig-Holstein gegen die generelle SPD-Position, sich der Zulassung privater Sender nicht mehr zu versagen. Vor allem Ministerpräsident Johannes Rau muß sich der Attacken aus dem eigenen Lager erwehren. In einem Positionspapier, das unter anderem von Landtagspräsident John van Nes Ziegler mitgetragen wird, heißt es: „Wenn die ARD formal nur dadurch zusammengehalten wird, daß der zweitgrößte Sender Europas, der WDR, *in seinem Bestand geschwächt* wird, dann ist auch die ARD nicht mehr erhaltenswert." In dem Papier ist von einer Benachteiligung der öffentlich-rechtlichen Anstalten zugunsten Privater die Rede. So erhalte der WDR „eine unerträgliche Beschränkung in der Hörfunkwerbung durch den Staatsvertrag" und auch ein Werbeverbot auf Satelliten, weil bundesweite Ausstrahlung von Landesanstalten unterbunden werden soll.

Die Bremerhavener Einigung aber gestattet dem WDR, was bisher nicht möglich war, Werbung in seinem Hörfunkprogramm. Im Protokoll heißt es: „Landesrundfunkanstalten, die in ihrem Sendegebiet keine Werbung im Hörfunk betreiben, ist die Möglichkeit künftiger Werbung in dem Umfang eingeräumt, *der heute für die* Rundfunkanstalt gilt, die den geringsten Werbeumfang hat." Das heißt, der WDR darf künftig im selben Umfang wie der NDR werben, 32 Minuten pro Werktag. Der geschätzte Bruttoertrag aus dieser Werbung: rund 50 *Millionen DM jährlich.*

Zu der umstrittenen Einführung von Werbung im Dritten Fernsehprogramm des Hessischen Rundfunks sagt das Protokoll von Bremerhaven nichts Konkretes. Man zog sich auf *die Formulierung zurück, die zur Zeit* geltenden Zeiten, Strukturen und Verbreitungsgebiete der Werbung würden für die öffentlich-rechtlichen Anstalten sowohl im Hörfunk als auch im Fernsehen beibehalten. Fachleute fragen aber: Was ist damit gemeint? Ist es die Zeit vor dem Beschluß über die Einführung von Fernsehwerbung im HR, ist es die Zeit bei der in Aussicht genommenen – und jetzt fraglich gewordenen – Unterzeichnungen des Staatsvertrages oder soll das Ratifizierungsdatum gelten?

Mediengigant WDR?

Hinter den Kritikern in NRW sammeln sich die Kräfte, die den WDR zu einem Mediengiganten aufbauen wollen. Anders ist die Formulierung in dem „Positionspapier" nicht zu deuten: „NRW ist bereit, alle deutschsprachigen Programme in unserem Lande empfangbar zu machen, wenn Vollprogramme aus Nordrhein-Westfalen in die Kabelanlagen der anderen Bundesländer eingespeist werden. Der WDR alleine oder in Zusammenarbeit mit privaten Kooperationspartnern, die seinen gesetzlichen Programmauftrag respektieren, produzieren ein Vollprogramm."

Die SPD-Zentrale *in Bonn* zeigt Betroffenheit. Am 19. und 20. November wollen sich Parteivorstand und Parteirat mit der Absetzbewegung von Bremerhaven befassen. Die Kompromißlinie ist schon skizziert. Mittelfristig, so hieß es gestern, müsse *sichergestellt* werden, daß neue, sprich private Veranstalter, verpflichtet werden, einen angemessenen Anteil an Eigenproduktionen zu senden. Nach einer Übergangszeit von etwa drei Jahren sei als angemessen derjenige Anteil zu betrachten, der heute *in den öffentlich-rechtlichen Anstalten* als Eigenproduktion ausgestrahlt werde.

„Eine Nachbesserung wird es nicht geben"

Uwe Barschel zur Medien-Vereinbarung der Länder

HERBERT SCHÜTTE, Hamburg

Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Uwe Barschel bescheinigt seinen vier Kollegen von den sozialdemokratisch regierten Ländern, sie hätten „seriös, hart und sachorientiert" verhandelt, doch *Nachbesserungen in der Medien-Vereinbarung* von Bremerhaven seien nicht „drin". „Es bedarf auch keiner Nachbesserungen", sagte Barschel in einem Gespräch mit der WELT, „denn dieser Kompromiß ist in der Sache gut."

Die „Sache" läßt gegenwärtig die Wogen des Widerstands innerhalb des SPD hochschlagen. In Hamburg formiert sich der Protest, den vor allem der Bundestagsabgeordnete und Medien-Experte der Bonner SPD-Fraktion, Peter Paterna, artikuliert. Er sieht in der Bremerhavener Vereinbarung „keine annehmbare Grundlage" und wirft dem Hamburger Bürgermeister Klaus von Dohnanyi – Wortführer der SPD-Länder bei der Ausarbeitung des Abkommens über die Neuordnung des Rundfunkwesens – vor, er habe die Gefechtslage im Poker mit den CDU-Ländern „falsch eingeschätzt".

Ministerpräsident Barschel sieht für den Fall einer Verweigerung von seiten der SPD-Länder eine Vereinbarung zwischen den CDU-Ländern in Sachen Neue Medien als notwendige Konsequenz an. „Die unschöne Folge wäre" – so räumt er ein –, „daß zum Beispiel in Hessen das DDR-Programm empfangen wird, es aber per Regierungsbeschluß nicht erlaubt sein würde, die in unionsregierten *Ländern rechtmäßig zugelassenen* Programme zu empfangen."

Der Kieler Regierungschef hält es für möglich, daß auch SPD-geführte Länder in einen Unions-Medien-Verbund einscheren werden. „Ich denke hier vor allem an Hamburg und die anderen Stadtstaaten", sagte er. Denn für Hamburg gehe es um seine Stellung als bedeutender Medienplatz.

Der CDU-Politiker fuhr fort: „Wir würden dann natürlich in Schleswig-Holstein und Niedersachsen versuchen, den Schaden für die norddeutsche Region in Grenzen zu halten. Gerade deshalb richtet sich mein Appell an die nordeutschen Sozialdemokraten, daß es nicht um irgendeine Medienpolitik geht, sondern um handfeste regionale Interessen." Der Hamburger Bürgermeister habe dies klar erkannt. Doch die regionalen Interessen, die eigentlich Hamburg noch mehr am Herzen liegen müßten als Schleswig-Holstein und Niedersachsen, könnten „den Bach runtergehen, wenn die norddeutschen Sozialdemokraten sich an einer Sabotage des Staatsvertrages oder seiner Ratifikation beteiligen".

Im Falle eines Scheiterns würde Uwe Barschel seinen Parteifreunden in der Ministerpräsidenten-Konferenz trotzdem raten, die Tür offenzuhalten. „Wir sind dann zwar nicht mehr an die eine oder andere Kompromißlinie gebunden", sagte er, „aber um deutlich zu machen, daß wir niemanden erpressen wollen, würde ich es für richtig halten, den Medien-Kompromiß von Bremerhaven gleichwohl einzuhalten. Wir machen hier keine extreme Medien-Politik, sondern es ist im Grunde jeder eingeladen, sich auch in Zukunft auf dieser Basis des Kompromisses zu beteiligen."

Belastungszeugen sind schweigsam geworden

Ein Ende des Hoffmann-Prozesses nicht abzusehen

PETER SCHMALZ, Nürnberg

Wollte man den Worten des Angeklagten Glauben schenken, dann säße der des Doppelmordes beschuldigte Rechtsradikale Karl-Heinz Hoffmann seit Tagen schweigsam hinter seinen beiden Verteidigern. Am 12. Verhandlungstag kündigte der Angeklagte totale Redensverweigerung an, falls ein Psychiater beigezogen würde. Der Sachverständige sitzt seither im Raum, aber Hoffmanns Redefluß sprudelte auch gestern am 20. Verhandlungstag in Nürnberg ungebremst weiter. „Der kann doch keinen halben Tag schweigen", meinte gestern Psychiater Professor Heinz Dietrich in einer Verhandlungspause.

Manchem Zeugen scheint dagegen die Lust am Plaudern, die sie noch bei den Polizeivernehmungen empfunden haben, vorerst vergangen zu sein, weshalb der Angeklagte des öfteren über seinem Vollbart ein triumphierendes Grinsen erkennen läßt. Hatte er doch schon in seinem 50-Stunden-Monolog dem Staatsanwalt angekündigt, die Belastungszeugen seien faul und würden umfallen, wenn sie ihm Auge in Auge gegenüberstehen.

Ein 34jähriger etwa, einst Mitglied in Hoffmanns Wehrsportgruppe, hatte seinen früheren Chef erheblich belastet: Von Mißhandlungen hatte er den Vernehmungsbeamten berichtet und von Hoffmanns Satz, er werde eines Tages etwas machen, „da werden alle schauen". Die Staatsanwälte deuten dies als Hinweis auf den Mord an dem jüdischen Verleger Schlomo Lewin und dessen Lebensgefährtin Vrida Poeschke im Dezember vor vier Jahren. Nun aber mag sich der Zeuge an die Äußerung nicht mehr zu erinnern, und die Mißhandlung eines Kameraden, die laut Protokoll „auf brutale Weise mit Fäusten und Füßen" erfolgt sein soll, verniedlicht sich nun zu einer Ohrfeige und einen Tritt ins Gesäß. Der angeblich erinnerungsschwache Zeuge wurde vereidigt, worauf Oberstaatsanwalt Otto Horn gestern verkündete, gegen den Mann sei ein Ermittlungsverfahren wegen des Meineidverdachts eingeleitet worden.

Ein anderer Zeuge, ebenfalls ein WSG-Mann, räumte zumindest ein, er habe Hoffmann zu einem Spezialisten gefahren, der alte Waffen wieder scharf machen könne, und diesem auf Hoffmanns Anweisung einen länglichen Gegenstand in einer Plastiktüte übergeben. Mit einer wieder funktionstüchtig gemachten Maschinenpistole des WSG-Chefs Hoffmann wurden Lewin und Poeschke ermordet. Als aber Widersprüche zwischen seiner Aussage vor Polizei und Gericht auftraten, meinte der Zeuge frech: „Bei der Polizei braucht man nicht die Wahrheit zu sagen, oder?"

Richter Rudolf Koob, gibt aber zu erkennen, daß ihm der immerwährende Wortschwall nicht das Gespür verdorben hat, zwischen Wahrheit und Dichtung zu unterscheiden. Die Mordwaffe hatte unzweifelhaft einen Schalldämpfer, wie ihn Hoffmann vor der Tat im Schloß seiner ebenfalls angeklagten Freundin Franziska Birkmann hergestellt hat. Diese verräterische Handwerksarbeit erklärt Hoffmann nun damit, er habe geübt, weil er im Libanon eine Fabrik zur Schalldämpferproduktion aufbauen wollte. Der Richter fragt sich freilich, weshalb man ausgerechnet im Libanon Schalldämpfer brauche.

Gestern beantragte Hoffmann die Vernehmung von zwei Dutzend weiteren Zeugen, die bekunden sollen, gegen ihn sei in der Vollzugsanstalt Straubing ein Komplott geschmiedet worden. Das Gericht beriet darüber und lehnte vorerst ab. Ein Abschluß des Verfahrens, in dem bisher 60 Zeugen geladen sind, ist in diesem Jahr nicht mehr zu erwarten.

Richterbund warnt Bonn

H.-H. H., Bonn

Vor Angriffen der Exekutive auf die Rechtsprechung hat der Vorsitzende des Deutschen Richterbundes, Helmut Leonardy, gewarnt. Leornardy wandte sich zum einen gegen die geplante Rückstufung der „gefährlichen Waffendelikte" vom Verbrechen zum (bloßen) Vergehen. Er sieht darin den Versuch einer „klitzekleinen Amnestie" für einige Manager der Firma „Rheinmetall", gegen die wegen unerlaubten Waffenexportes Verfahren anhängig sind. Leonardy kritisierte auch Pläne, ein Strafverfolgungshindernis wegen „öffentlicher Vorverurteilung" zu schaffen. Der Richter befürchtet, damit wolle die Regierung – nachdem eine direkte Amnestie keinen Erfolg hatte – Geldempfänger der Firma Flick ihren gesetzlichen Richtern auf Umweg entziehen.

Gericht bestätigt Lehrer-Entlassung

W. K. Hannover

Die niedersächsische Landesregierung will 14 beamtete Lehrer, die für die DKP kandidiert haben, aus dem Schuldienst entfernen, nachdem das Hannoversche Verwaltungsgericht als höchste Instanz jetzt die Entlassung des Lehrers Udo Paulus von der Hildesheimer Robert-Bosch-Gesamtschule für Rechtens erklärt hat. Kultusminister Oschatz betonte, es gehe nicht darum, die pädagogische Arbeit des Lehrers zu beurteilen, sondern um sein Bekenntnis zur DKP, das in der Kandidatur zum Ausdruck komme. In der Urteilsbegründung wurde darauf hingewiesen, daß im DKP-Programm mit dem Sozialismus eine Herrschaftsordnung festgeschrieben sei, „die Freiräume nicht dulden kann". Mit seinem Eintreten für die DKP habe der Lehrer gegen die Treuepflicht des Beamten verstoßen.

Moskaus Vorgehen ist auch gegen Bonn möglich

Werner Marx über die Boykottdrohungen gegen London

Die Einmischung der Sowjetunion in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Landes mittels Boykottdrohungen haben auch in Bonn Befürchtungen über die Zuverlässigkeit der Sowjets als Handelspartner aufkommen lassen. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages, Werner Marx, äußert sich dazu. Das Gespräch führte Evi Keil.

WELT: Die Sowjetunion hat den Briten ein „totales Embargo" bei Brennstofflieferungen angekündigt. Nährt die Einmischung der Sowjetunion in den Bergarbeiterstreik nicht alte deutsche Befürchtungen, daß wir eines Tages ebenso von sowjetischen Erdgaslieferungen abgeschnitten werden?

Marx: Was die Sowjetunion heute mit einem fadenscheinigen Grund gegenüber den Engländern tut, kann sie natürlich morgen auch gegenüber anderen Ländern, zum Beispiel der Bundesrepublik Deutschland, tun. Damit bestätigt sich in der Tat eine alte Befürchtung, man werde sich bei uns zu sehr in die sowjetischen Hände begeben. Ich muß in diesem Zusammenhang darauf verweisen, daß die Sowjets schon einmal Lieferungen gestoppt haben. Sie sagten zunächst, die Kälte in Sibirien sei zu groß, später hieß es, der Boden sei aufgetaut, es sei die große Wärme gewesen, es habe technische Probleme gegeben. In jedem Falle ist man zu sehr in sowjetischer Hand und öffnet, wenn man sich mit ihr in solche Handels- und Abhängigkeitsverhältnisse begibt, eine Flanke, die tiefe Auswirkungen haben kann, politisch und ökonomisch.

WELT: Halten Sie es für möglich, daß die Sowjetunion das Mittel des Embargos als „Druck auf Berlin" einsetzen könnte?

Marx: Bei den Deutschen war natürlich wichtig die sowjetische Zusage, daß Berlin-West mitversorgt werden kann. Das hat eine große Rolle gespielt, als man damals bereit war zu sagen, man mache dieses Geschäft. Man wußte, daß die Energiemengen für Berlin in der nächsten Zeit nicht ausreichen werden. Ursprünglich sollte ja ein Atomkraftwerk bei Königsberg gebaut werden. Berlin sollte von dort her mit Atomstrom versorgt werden. Das ist dann von den Russen unter dem Vorwand, die „DDR" habe sich geweigert, über ihr Territorium den Strom zu befördern, fallengelassen worden. Es blieb diese Erdgasleitung übrig. Aber die jetzige Situation macht natürlich deutlich, daß man auch wegen West-Berlin über einen bestimmten Druckapparat verfügen kann.

WELT: Hat die Sowjetunion vielleicht einen ganz neuen Weg gefunden, um Streiks auch bei uns zu beeinflussen?

Marx: Ich glaube nicht, daß wir mit ähnlichen Streiksituationen bei uns in überschauberer Zeit zu rechnen haben. Ich kenne bei uns keinen führenden Gewerkschafter, der über eine so massive marxistische trotzkistische Ausbildung verfügt wie Arthur Scargill in Großbritannien. Und ich kenne außer einigen Grünen auch niemanden aus der Gewerkschaftsführung, der bereit wäre, zu Khadhafi zu fahren, und sich dort mit ihm in einer der Öffentlichkeit gar nicht bekannten Weise abzusprechen. Jedenfalls ist der zeitliche Zusammenhang zwischen der Reise der Gewerkschaftsfunktionäre zu Khadhafi und dieser sowjetischen Maßnahme, von der es ja heißt, der sowjetische Gewerkschaftsbund habe sie beantragt, offenkundig. Es ist daher die Vermutung erlaubt, daß darüber auch in Tripolis gesprochen worden ist.

WELT: Im Fall Afghanistan hat die Sowjetunion wütend auf westliche Embargos reagiert.

Marx: Die Sowjetunion hat mit empörter Stimme gegen jede Form des Boykotts ihr gegenüber wegen ihres Einfalls in Afghanistan reagiert. Sie wendet nun jenes Instrument an, von dem sie selbst sagt, es sei untauglich. Und heute ist es ein Akt der politischen Feindseligkeit gegen einen Staat, mit dem sie normale Beziehungen hat. Darauf muß man hinweisen. Viele Leute glauben, der ideologische Charakter der sowjetischen Politik sei abgestorben. Die Zusammenhänge zwischen Sowjetunion, Libyen und britischer Bergarbeiter-Gewerkschaft machen deutlich, daß man hier etwas durchaus Ideologisches tut.

WELT: Hätten die Deutschen, die Energie ja auch aus anderen Quellen bekommen können, dieses Erdgas-Röhrengeschäft überhaupt machen sollen, zumal man heute weiß, daß die Sowjetunion ihr Leitungssystem dazu benutzt, um Industrien zu versorgen, die Rüstungsgüter herstellen?

Marx: Wir wissen sehr genau, wie die sowjetischen Erdgasleitungen in der Sowjetunion selbst gelegt worden sind und noch gelegt werden. Aus dem Hauptarm, den wir geliefert haben, werden erhebliche Erdgasmengen abgeleitet – ohne daß die Sowjetunion ihre Verpflichtung uns gegenüber vernachlässigt – und in die verschiedensten sowjetischen Landschaften geleitet, zur Versorgung der Industrie und für den privaten Verbrauch. Die sowjetische Rüstungsindustrie ist allgegenwärtig.

Protest gegen Pinochet: Acht Tote

Ausgangssperre nach Unruhen / Ende der „Apertura"? / USA überprüfen Beziehungen

rtr/dpa, Santiago

Bei den Demonstrationen gegen die chilenische Regierung sind nach offiziellen Angaben acht Menschen ums Leben gekommen und etwa 50 Personen verletzt worden. Landesweit wurden 300 Personen festgenommen. Auf die neue Welle des „nationalen Protests", die vor 18 Monaten begann, reagierte die Regierung am Dienstag mit der Verhängung einer nächtlichen Ausgangssperre. Starke Truppen- und Polizeiaufgebote setzten Tränengas gegen Demonstranten ein, die trotz der Ausgangssperre in den Armenvierteln der Hauptstadt Santiago Barrikaden besetzten.

Unter den Todesopfern befinden sich nach Polizeiangaben sechs Zivilisten. Auch ein achtjähriges Kind zählt zu den Opfern. Die Demonstranten hatten eine Reihe von Bombenanschlägen gegen Strommasten, öffentliche Verkehrsmittel und Geschäfte verübt.

Augenzeugen berichteten, nach Einbruch der Dunkelheit habe die Zahl der Zusammenstöße zugenommen. Die Redaktion der Zeitung „La Tercera de la Hora" sei angegriffen worden: das Blatt steht wie der Großteil der Tagespresse des Landes auf seiten der Regierung. Eine Gruppe maskierter Männer überfiel auch das Büro der linksgerichteten Demokratischen Volksbewegung, die die Protestaktionen unterstützt hatte. Die Männer sperrten 30 Personen ein.

Die Opposition und die Arbeitnehmer-Organisationen hatten zu den Protestkundgebungen und zu einem Generalstreik aufgerufen. Die Gewerkschaften teilten mit, der öffentliche Verkehr sei durch den Generalstreik zu 95 Prozent zum Erliegen gekommen. Ein Regierungssprecher dagegen bezeichnete den Streik als Fehlschlag.

Gewerkschaften und Opposition fordern neben Einkommensverbesserungen und der Schaffung neuer Arbeitsplätze die Rückkehr zur Demokratie. Vorgesehen ist dies gegenwärtig für das Jahr 1989. In seiner Rede hatte es Staatschef General Augusto Pinochet vor zwei Tagen abgelehnt, mit der Opposition über eine Beschleunigung des Demokratisierungsprozesses zu sprechen.

Gabriel Valdes, der Führer der oppositionellen Christlichen Demokraten, sagte dazu: „Seine Rede hat nur bestätigt, daß er (Pinochet) das Haupthindernis bei der Suche nach einem friedlichen Ausweg aus der schweren Krise Chiles ist".

Nach Ansicht von Diplomaten hat sich Pinochet in Gegensatz zu dem Kurs gesetzt, der von seinen Anhängern, der Kirche und den Vereinigten Staaten befürwortet wird. Der vor einem Jahr eingeleitete Kurs der „Apertura" (Öffnung) hatte Befürworter bei Pinochets Anhängern und der konservativen Opposition gefunden.

Die amerikanische Regierung hat ihre „tiefe Besorgnis" über die Lage in Chile bekundet. Das Außenministerium gab bekannt, daß Washington seine Beziehungen zu Chile überprüfen werde. Man werde untersuchen, wie sich die jüngsten Ereignisse auf die amerikanischen Interessen auswirkten. Man bedaure die Gewaltanwendung der „nichtdemokratischen Linken" in Chile als auch das Versäumnis des Staatsapparates, dem Wunsch der Mehrheit der Chilenen nach einer friedlichen Rückkehr zu demokratischen Verhältnissen zu entsprechen.

Die Hausmacht von Marcos schwindet

Wachsende Unruhe auf den Philippinen / Autoritätsverlust auch bei den Militärs

CHRISTEL PILZ, Manila

Der ehemalige philippinische Oppositionsführer, Benigno Aquino, sagte einst vor Freunden: „Sollte ich ermordet werden, wird Präsident Marcos es schwer haben, sich mein Blut von seinen Händen zu waschen." Aquino wurde ermordet am 21. August 1983. Marcos und seine Militärs erklärten den Mord als eine Verschwörung der Kommunisten. Jetzt aber kam die mit der Morduntersuchung beauftragte Kommission unter dem Vorsitz von Frau Agrava zu dem Schluß, der Mord sei eine Verschwörung der Militärs gewesen. Marcos hat sofort reagiert, Generalstabschef Fabian Ver von dessen militärischer Schlüsselposition suspendiert und erklärt, ihn und 25 Militärs vor ein Sondergericht zu stellen.

„Alles nur Schau", sagen dazu Sprecher der in allen Landesteilen rege gewordenen Anti-Marcos-Bewegung. Sie bezweifeln, daß das Sondergericht willens und fähig sein wird, den Militärs ihre Schuld nachzuweisen. Und zum ersten Mal seit dem Aquino-Mord stellen die Sprecher der Protestbewegung öffentlich die Frage, wer denn die Militärs befehlige. Und da ist niemand anders als Präsident Marcos, der Oberkommandierende der Streitkräfte.

Nie, so sagt die Opposition heute, hätten General Ver und andere Militärs auch nur gewagt, ihre Hand an Aquino zu legen, wäre der Mord nicht von oben befohlen worden. So sieht es auch die Witwe des Ermordeten. In einer verhaltenen, aber eindeutig gefaßten Erklärung zum Ergebnis der Untersuchungskommission erinnert Cory Aquino an die eben zitierten Worte ihres Mannes. Cory Aquino ging am Tag nach der Veröffentlichung der Untersuchungskommission mit Tausenden besorgter Bürger auf die Straße. Der Marsch brachte eine Verhärtung im Anti-Marcos-Protest. Seither richtet sich der Mordverdacht direkt gegen Marcos selbst.

Marcos ist in den Sog der totalen Krise geraten: Sie betrifft die Politik, die Moral, die Wirtschaft. Um ihn herum bröckelt seine Autorität Stück für Stück ab. Minister und Parteimitglieder wagen ihm plötzlich zu widersprechen. Das hat es vorher nicht gegeben. Niemand im Volk scheint Marcos noch zu glauben. Er hat das Vertrauen verloren. Selbst Kardinal Sin als Oberhirte der katholischen Kirche spricht von einem „sterbenden Regime". Der Internationale Währungsfonds und die kommerzielle Bankenwelt wollen dem Marcos-Regime die dringend benötigten Kredite zur Umstrukturierung seiner Auslandsschulden in Höhe von sechsundzwanzig Milliarden US-Dollar nicht mehr geben. Tausende von Unternehmen haben im letzten Jahr schließen müssen. Die Industrie steht vor dem Zusammenbruch. Die Arbeitslosigkeit wächst rapide. Die Inflation kletterte auf 60 Prozent. Sie dürfte weiter steigen. Auf allen Inseln des philippinischen Archipels begannen Streiks und wirtschaftliche Protestaktionen. Arbeiterführer planen einen landesweiten Generalstreik. Die Menschen sind hungrig geworden. Niemand sieht einen Ausweg, solange Marcos am Amt des Präsidenten festhält.

Unruhe herrscht auch unter den Militärs. Der Aquino-Mord hat ihren Ruf befleckt. Jüngere Offiziere fordern die Bestrafung der Verantwortlichen. Sie fragen sich, wo in diesen Zeiten der nationalen Krise ihre Loyalitäten und Pflichten liegen. Bisher waren die philippinischen Streitkräfte eine rein professionelle Institution. Jetzt sehen sie sich, ob sie es wollen oder nicht, in den Strudel der Politik gezogen.

An Vers Stelle rückte, wenn auch fürs erste nur provisorisch, sein bisheriger Stellvertreter, Generalleutnant Fidel Ramos. Mit Ramos, Schüler der amerikanischen Militärakademie Westpoint, haben die Militärs einen Mann, der allseitigen Respekt genießt und der, sollte ein Eingreifen der Militärs notwendig werden, sich auch auf das Vertrauen des Volkes stützen kann.

Tornado bleibt Eckstein der NATO-Strategie

Unbegründete Spekulationen um ein Kampfflugzeug

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

Weder die britische Royal Air Force (RAF), noch die italienischen Luftstreitkräfte oder die deutsche Luftwaffe haben die Absicht, ihr Kampfflugzeug Tornado zu ändern. Der Tornado fliegt mit erstaunlich wenigen Kinderkrankheiten. Dabei haben die bisherigen Erfahrungen mit dem Tornado alle Erwartungen übertroffen. Die vollen Einsatzmöglichkeiten der Maschine wird man vermutlich erst 1986 erflogen haben.

So lange dauert der Prozeß der Eingewöhnung an ein Waffensystem, das im Hinblick auf sein Leistungsspektrum von keinem Flugzeug der Welt übertroffen wird. Zwei Ereignisse haben den Tornado ins Gerede gebracht: Vor einiger Zeit stürzte ein Tornado unweit des Senders von Radio Freies Europa bei Holzkirchen westlich von München ab. Man sprach davon, daß die Strahlung des Senders die automatische Fluglageregelung des Tornado beeinflußt haben könnte, ein Verdacht, der immer noch besteht. Ebenfalls vor einiger Zeit wurde ein Luftfahrtingenieur aus einer jener Firmen unter Spionageverdacht verhaftet, die maßgeblich am Tornado-Projekt beteiligt sind. Daran wurde die Spekulation geknüpft, durch Verrat sei das ganze Waffensystem Tornado dem Osten bekannt und dieser brauche nun nichts weiter zu tun, um im Fall der Fälle alle Tornados mit Radiowellen serienweise zum Absturz zu bringen.

Der Sender von Radio Freies Europa bei Holzkirchen ist der stärkste Strahler in Europa. Fest steht, daß der Flugunfall auf einen Pilotenfehler zurückgeht, weil dieser den befohlenen Minimumabstand zu dem Strahler unterschritten hatte. Von Anfang an befand sich in den Tornado-Handbüchern ein Hinweis auf mögliche Gefährdungen durch starke Strahler, die es mit geringen Sicherheitsabständen zu umfliegen gelte, solange die Härtung der elektronischen Systeme des Tornado noch nicht weiter verbessert sei. Die Härtung wurde nicht etwa leichtsinnig vernachlässigt, sie ergibt sich nämlich logisch aus den Erfahrungen beim Erfliegen der Einsatzgrundlagen für den Tornado. Mit anderen Worten: Es handelte sich um einen bewußt eingeleiteten technischen Prozeß der Reifung des Flugzeugs bei der Truppe. Das bedingt auch Sicherheitsauflagen im Friedensbetrieb.

Der Standort starker Strahler ist jeder Tornado-Besatzung bekannt. Sie zu umfliegen ist mit Hilfe des unvergleichlichen Tornado-Navigationssystems problemlos: Dieses System „erzählt" der Besatzung morgens beim Besteigen des Flugzeugs als erstes, an welchem exakten Punkt auf der Erdoberfläche die Maschine abgestellt worden war. Wenn die Sowjets versuchen wollten, den Unfall von Holzkirchen nachzuvollziehen, müßten sie ihr Territorium im Abstand von wenigen hundert Metern mit Sendemasten bepflastern, die eine Leistung wie Radio Freies Europa abstrahlen. Mutmaßungen, mit Radiowellen sei der Tornado einfach zum Absturz zu bringen, sind unbegründet: Ein zweiter Tornado flog Kreise um den Sender von Holzkirchen auf der Suche nach dem Wrack – ohne Unfall.

Militärs, die mit dem Tornado zu tun haben, haben den Generalbundesanwalt im Verdacht, nach der Festnahme des spionageverdächtigen Ingenieurs vorschnell etliche Spekulationen über den Verratsfall, einschließlich einiger Schlußfolgerungen im Hinblick auf das Waffensystem, in Umlauf gebracht zu haben. Darüber besteht ein gewisses Maß an Erstaunen. Der *Generalbundesanwalt und seine Gehilfen sind Juristen.* Ihre Aufgabe besteht darin, dem Inhalt eines möglichen Verrats auf den Grund zu gehen. Wenn das geschehen ist, müssen sie ihren abschließenden Bericht an das Militär schicken. Nur Tornado-Experten sind überhaupt in der Lage, den Umfang eines Verrats zu beurteilen. Den Juristen sollte man inzwischen raten, sich ihrer Aufgabe zu widmen.

Ein Verratsfall aus dem Bereich der Industrie wäre ernst zu nehmen, weil der Sowjetunion, die ihre modernen Waffen weitgehend auf westlicher Technologie aufgebaut hat, vielleicht wichtige Arbeit bei der Entwicklung modernster Flugzeuge erspart worden ist. Das wirkliche Geheimnis des Tornado ist die Integration seiner elektronischen Systeme, die um den digitalen Prozeßrechner, das Herzstück des Tornado-Bombers, gruppiert sind. Wäre das verraten worden, wären die Sowjets ein erhebliches Stück weiter.

Bei den unmittelbar betroffenen drei Luftstreitkräften ist man naturgemäß über den berichteten Spionagefall besorgt, weil niemand es gerne sieht, wenn Einzelheiten eines Waffensystems dem Gegner bekannt werden. An der Tagesarbeit der Luftwaffen mit dem Waffensystem Tornado und der Gewißheit, ein der gültigen NATO-Strategie entsprechendes Flugzeug zu besitzen, hat das jedoch nichts geändert.

Die NATO-Strategie besagt verbindlich, daß der Westen niemals als erster zu den Waffen greift. Würde er aber angegriffen, ist der Tornado die Waffe der ersten Wahl, den Gegner tief in seinem Hinterland zu treffen: Gegenangriff ist die beste Verteidigung. (SAD)

Tokio hebt Sanktionen gegen Pjöngjang auf

AFP, Tokio

Die japanische Regierung hat gestern mit einem Kabinettsbeschluß die nach dem Bombenattentat auf dem Flughafen von Rangun verhängten Sanktionen gegen Nordkorea aufgehoben. Mit Wirkung vom 1. Januar 1985 sollen Kontakte auf Diplomatenebene in Drittländern wieder erlaubt sein, nordkoreanische Politiker können wieder nach Japan einreisen, und Flugzeugen aus oder nach Nordkorea soll auf japanischen Flughäfen wieder Landeerlaubnis erteilt werden. Tokio trägt damit der Annäherung zwischen Nord- und Südkorea in den vergangenen Monaten Rechnung.

Japan, das die Sanktionen ursprünglich schon vom November an aufheben wollte, nahm nach Angaben eines Kabinettssprechers mit der Verschiebung Rücksicht auf südkoreanische Bedenken. Angesichts nicht existierender diplomatischer Beziehungen werde es keine Änderungen in der Politik gegenüber Nordkorea geben.

Das Außenministerium in Seoul mißbilligte gestern die japanische Entscheidung, weil Nordkorea seine Verantwortung für das Attentat von Rangun weiterhin leugne und zu einem innerkoreanischen Dialog eine „unklare" Einstellung zeige.

Der südkoreanische Präsident Chun Doo Hwan hatte bei einem Tokio-Besuch im September die japanische Regierung aufgefordert, die Beziehungen zu Pjöngjang nicht zu vertiefen.

Für den Attentatsversuch gegen den südkoreanischen Staatspräsidenten Chun Doo Hwan auf dem Ranguner Flughafen im Oktober 1983, bei dem 17 Südkoreaner (darunter vier Minister) und vier Birmanen getötet wurden, waren im vergangenen Dezember zwei nordkoreanische Heeresoffiziere von einem birmanischen Gericht zum Tode verurteilt worden.

Auch wenn in Südkorea von einem Komplott Pjöngjangs gesprochen wurde, akzeptierte Seoul in letzter Zeit doch nordkoreanische Hilfe für die Opfer einer Flutkatastrophe und die Wiederaufnahme der Rot-Kreuz-Gespräche über die Zusammenführung koreanischer Familien. Mitte November sollen außerdem Handels-Gespräche zwischen beiden Staaten beginnen.

Sie waren nur bewaffnete Hände der Operation Wojtyla

Von ALPHONS DALMA

Die Nachricht über die Eröffnung eines Gerichtsverfahrens gegen bulgarische und türkische Täter und Komplizen des Attentats auf den Papst wurde in Italien mit großem Interesse aufgenommen. Man muß sich dieser diplomatischen Formel bedienen, um die Kühle darzustellen, mit der die Weltöffentlichkeit insgesamt und die diplomatische Welt im besonderen die Tatsache zur Kenntnis nimmt, daß ein internationales Komplott aufgedeckt worden ist.

Der römische Untersuchungsrichter Ilario Martella hat ganze Arbeit geleistet, die formaljuristisch betrachtet zu einem Indizienprozeß ausreicht. Er stand lange allein. Seine jahrelange Beschäftigung mit den Details wurde auch von westlichen Geheimdiensten mit Skepsis oder Ironie beobachtet. Man konnte den Eindruck haben, Mächte hätten sich gegen die Aufdeckung verschworen. Die sowjetische Regierungszeitung „Iswestija" nannte die Anklageerhebung „eine der skandalösesten Provokationen unserer Zeit".

Wer die Vorgänge nach dem Attentat auf Johannes Paul II. im Mai 1981 systematisch verfolgt hat, weiß von den vielen Einschüchterungen, denen die italienischen Untersuchungsbehörden ausgesetzt waren, und er erkennt auch die objektive Schwierigkeit der Aufklärung einer typisch geheimdienstlichen internationalen Verschwörung. Untersuchungsrichter Martella sagt selbst, daß eine lückenlose Beweisführung schwer zu erbringen sein wird. Wie immer auch das Urteil gegen die angeklagten Attentäter am Ende lauten mag – einen Freispruch infolge erwiesener Unschuld wird es mit Sicherheit nicht geben.

Die Überzeugungskraft der Anklageschrift wird vielleicht für einen skrupelhaften oder gar diplomatisch verängstigten Richter nicht ausreichen – für einen Zeithistoriker jedoch sagt sie aus, was war. Es ist nicht vermessen, Parallelen in der Historie zu suchen: Cesare Borgia hat seinen Bruder Juan de Gandia ermorden lassen, Stalin seinen revolutionären Rivalen Trotzkij. Der letzte Beweis für die Behauptung hat in allen Fällen gefehlt, aber Macchiavellis Gefolgschaft ist geschichtlich durch unleugbare Zusammenhänge nachgewiesen.

In der emotionslosen juristischen Sprache des Anklagevertreters in Rom wurde die neue und erstaunliche Mitteilung gemacht, daß nicht nur Ali Agca, sondern auch ein zweiter Türke auf den Papst geschossen und ihn zumindest an der Hand getroffen hat. Das ist eine erwiesene Tatsache, die sich aus ballistischen Untersuchungen und Amateurfotos ergibt. Die Enthüllung ist deshalb so wichtig, weil sich mit der Existenz und mit der Person des Omar Celik, des zweiten Attentäters, eine Reihe von Weiterungen verknüpft: der Verschwörungscharakter der Tat, ein Einblick in die Vorgeschichte und ein Hinweis auf das Nachspiel. Noch mehr als Ali Agca war der zweite Mann, ein Organisator im terroristischen Untergrund, ausgestattet mit älteren Beziehungen zu Bulgarien. Unmittelbar nach dem Attentat wurde er dank seiner „Bulgarian connection" in einem Fernlastwagen von Rom ins Ausland und dann nach Bulgarien verfrachtet, wo allerdings sein Schicksal einer totalen Verdunkelung verfällt.

Nach einem Jahr Haft war das Eis gebrochen

Ali Agca und sein Freund Celik erscheinen jedoch in der Anklageschrift lediglich als die bewaffneten Hände einer vom bulgarischen Geheimdienst organisierten Verschwörung und Attentatsplanung. Das hat Ilario Martella in seiner geduldigen Untersuchungsarbeit belegt. Da Ali Agca am 13. Mai 1981 bei frischer Tat auf dem Petersplatz festgenommen werden konnte, ließ das Urteil auf lebenslange Haft nicht auf sich warten. Bereits in der Urteilsbegründung hatte die römische Strafkammer festgehalten, daß die Tat einen breiten und internationalen Hintergrund gehabt habe. Das mußte automatisch zur Fortsetzung der Untersuchung führen. Die Wende trat ungefähr ein Jahr nach dem Mordversuch ein, als der Attentäter Agca, der sich zunächst als Krieger des Islam darstellte, einsehen mußte, daß seine verschlüsselten Warnungen an die Auftraggeber und Drahtzieher nicht zur Befreiung aus dem Gefängnis führen würden.

Von da an flossen seine Aussagen an Martella – motiviert zuerst durch die Angst vor der physischen Liquidierung durch den bulgarischen Geheimdienst, später aber auch durch eine immer stärker werdende und schließlich in der persönlichen Begegnung mit dem Papst in der Gefängniszelle gipfelnden Reue. Obwohl von bulgarischer Seite alles unternommen wurde, um die Aussage des verurteilten Türken als unglaubwürdig zu diskreditieren, konnte keine bulgarische Stelle im Gegenzug auch nur eine einzige überzeugende Theorie für Ali Agcas Beweggründe angeben. Die von Sofia konstruierten Alibis zugunsten des verhafteten Angestellten der Fluglinie „Balkan Air", des Bulgaren Sergey Antonow, und der weiteren verdächtigen Agenten aus dem Osten wurden von den Staatsanwälten und vom römischen Untersuchungsrichter als Machenschaften entkräftet.

Die festgestellte internationale Verschwörung besteht also nach dem bisherigen Ergebnis aus zwei verschiedenen Bereichen: aus einer Gruppe von türkischen Emigranten und aus einem bulgarischen Hintergrund. Die Täter vom Petersplatz, Omar Celik und Ali Agca, entstammen einem nationalistischen mohammedanischen Milieu, das von einer mächtigen, in Sofia etablierten türkischen Mafia von Waffen- und Drogenschmugglern gelenkt wird.

Der Anführer dieser Verbrecherorganisation, der in Sofia stadtbekannte Lebemann Bekir Celenk, steht jetzt unter römischer Anklage, genauso wie die Mitglieder des bulgarischen Befehlsstabes, die als Diplomaten getarnten Geheimdienstoffiziere Todor Ajwasow und Sotir Kolew Wassilew. Nicht anders als jetzt in Polen nach der Ermordung des Pfarrers Popieluszko ist auch im Falle des geplanten Mordes am Papst die Rückprojektion aller gesammelten Tatbestände auf die Hintermänner und Auftraggeber [illegible] Aufgrund von bekannten [illegible] tionsschemata ud Befehlssträngen ist eine Verbindung enthüllt, die zum Zentrum des bulgarischen Geheimdienstes KDS und am Ende zur Spitze des sowjetischen KGB führt.

Eine besondere Methode der politischen Operation, der sich die sowjetische Strategie bedient, hat in Martellas Anklageschrift eine gerichtliche Notifizierung gefunden. Sie besteht in der physischen Liquidierung von politisch und moralisch wichtigen Schlüsselpersonen, ob es sich um den Papst Wojtyla oder um den Pfarrer Popieluszko, um ein großes oder ein kleines Ziel also, handelt.

Erzeugt werden sollte Hoffnungslosigkeit

Am Ende soll die Einschüchterung einer Widerstandsbewegung stehen oder gar die Verbreitung von Hoffnungslosigkeit. Maßgeblich für die Zielperson ist deren individuelle Gefährlichkeit für die Interessen des Imperiums oder deren Wirkung als Symbol der Hoffnung in einer unterdrückten Provinz.

Nach der kommunistischen Machtübernahme in den Ländern Mittel- und Südost-Europas ist diese Methode durch Hinrichtungen, jedenfalls aber durch Schauprozesse gegen alle potentiellen Gegner angewendet worden. Wenn die Methode, an die sich das müde westliche Denken gewöhnt hat, einmal in westlichen Ländern gegen prominente Dissidenten und Oppositionelle im Exil gekehrt wird, kann sie wieder Aufsehen erregen. Die bulgarischen, mit Gift ausgestatteten Regenschirmspitzen von London und Paris prägen sich in die Erinnerung ein.

In der Analyse der Operation Wojtyla unterscheidet der italienische Ankläger zwischen der ursprünglichen und der nachträglichen Vernebelungstaktik. Die bulgarischen und die sowjetischen Beschuldigungen der amerikanischen CIA, die in Form von Presseveröffentlichungen in die Welt gesetzt wer[illegible]nheit. [illegible]lichen Untermauerung, vor allem aber einer plausiblen Analyse von eventuellen Beweggründen. Weder der amerikanische noch der italienische Geheimdienst hätten den geringsten Anlaß gehabt, einen Propheten der Menschenrechte und des Glaubens aus der Welt zu schaffen. Die Auftraggeber der Attentäter fanden nur ein Moment, mit dem sie die öffentliche Meinung hintergehen konnten: Sie konstruierten einen radikalen türkischen und einen radikalen islamischen Hintergrund.

Bemerkenswert ist die Zeitabfolge des Komplotts, die Richter Martella sorgfältig analysierte. Kardinal Wojtyla wurde im Oktober 1978 zum Papst gewählt, was international als eine Wende empfunden wurde. Im Frühling 1979 befreite Omar Celik seinen Freund Ali Agca aus einem türkischen Gefängnis, veranlaßte diesen zu einigen demonstrativen Drohungen gegen den Papst, worauf sich beide illegal nach Bulgarien begaben. Zwischen 1979 und 1981 reisten sie in Europa herum, verfügten über offensichtlich unbegrenzte Geldsummen und kehrten immer wieder nach Sofia zurück, bevor sie im Frühling 1981, nachdem alle Spuren verweht schienen, nach Rom geschickt und dort von den Agenten des bulgarischen Geheimdienstes beschirmt und für das Attentat vorbereitet wurden.

Es ist auffallend, mit welcher Ungläubigkeit nach dem Attentat die von der römischen Justiz ausgehenden Enthüllungen im Westen aufgenommen wurden. Claire Sterling beklagt in ihrem Buch „Die Zeit der Mörder" besonders die geradezu unduldsame Skepsis der großen amerikanischen Zeitungen „New York Times" und „Washington Post". Die Aufdeckung der westlichen Verschwörung war geeignet, die Denkbewegungen der Entspannung und der Forderung nach westlichen Vorleistungen im Bereich der Rüstungen zu unterbrechen. Denn diese Sicherheitsphilosophie setzt die Annahme voraus, daß der östliche Gesprächspartner vertrauenswürdig sei und von einem „guten Willen" beherrscht werde. Ein Mord am Papst paßt dazu nicht, also durfte es ihn nicht geben.

Zu den großen Hemmungen kamen schließlich noch die kleinen: Italiens Kommunisten versäumten es nicht, auf den Wert des italienisch-bulgarischen Handels hinzuweisen.

Telegramm von „Solidarität" an Sacharow

DW. Bonn

Eine Grußadresse an den Friedensnobelpreisträger Andrej Sacharow und seine Frau Jelena Bonner hat die „Regionale Koordinationskommission der unabhängigen und selbstverwalteten Gewerkschaft Solidarität", Region Masowien, geschickt. Wie die Gesellschaft Kontinent, der das Schreiben zuging, mitteilte, ist das Telegramm von vier prominenten Vertretern der verbotenen Gewerkschaft unterzeichnet, unter ihnen Zbigniew Bujak.

„Der Kampf, den ihr unter doch ungleich schwierigeren Bedingungen führt als wir in Polen, ist für viele von uns ein weiterer Quell der Inspiration und eine zusätzliche Verpflichtung." Die „Solidarität" verfolge „mit großer Aufmerksamkeit und Hoffnung" den Kampf der Sacharows und warte immer wieder auf Nachricht über das Ehepaar. „Wir sind uns der uns alle verbindenden Gemeinsamkeit in unseren Idealen und Zielsetzungen bewußt." Diese Gemeinsamkeit ermögliche – bei allen Schwierigkeiten zwischen beiden Völkern – „den Glauben daran, daß eine Zeit kommen wird, in der das Verbindende stärker sein wird als alles Trennende. Nehmt unser Wirken in Polen auch als Ausdruck der Solidarität mit Euch."

Tokio: Eine Frau in Nakasones Kabinett

AFP, Tokio

Drei Tage nach seiner Wiederwahl zum Chef der liberal-demokratischen Regierungspartei LDP hat der japanische Ministerpräsident Nakasone seine dritte Regierung vorgestellt. Zu den wichtigsten Änderungen gehört, daß er eine Frau in den Kabinettsrang erhoben hat. Neue Staatsministerin für Umweltschutz wurde die Krankenschwester Shigeru Ishimoto. Damit ist zum drittenmal, seit die Japanerinnen 1945 das Wahlrecht erhielten, eine Frau zum Minister ernannt worden. Die wichtigsten Schlüsselministerien hat Nakasone nicht neu besetzt. Außenminister bleibt Shintaro Abe und Finanzminister Noboru Takeshita. Beide werden der neuen Generation japanischer Politiker zugerechnet, die schon in zwei Jahren Chancen auf die Regierungsspitze haben könnten.

Das letzte Interview der indischen Ministerpräsidentin

Indira Gandhi: „Geschichte vollzieht sich ohne Rücksicht auf uns"

In einem letzten Interview, das Indira Gandhi kurz vor ihrem Tode der Herausgeberin der vierteljährlich erscheinenden Zeitschrift „Indo-Asia", Gisela Bonn, gewährte, äußerte sich die indische Ministerpräsidentin zu den wichtigsten innen- und außenpolitischen Problemen des Landes.

Von GISELA BONN

Frage: Frau Ministerpräsidentin, Ihr Vater schrieb einmal aus dem Gefängnis einen Brief: „Geschichte zu lesen ist gut, besser ist es jedoch, mitzuhelfen, Geschichte zu machen." Haben Sie das als Herausforderung angesehen?

Indira Gandhi: In Wahrheit ist jeder Augenblick Geschichte. Unsere Einwirkungsmöglichkeiten sind gering. Die Geschichte vollzieht sich ohne Rücksicht auf uns. Wir Inder versuchen, mit der Geschichte Schritt zu halten und womöglich unser Schicksal zu *meistern*.

Frage: Ihr Vater sagte in der Nacht vor Erlangung der Unabhängigkeit am 15. August 1947, Indien stehe vor einem Rendezvous mit der Geschichte. Konnte nach Ihrer Meinung Indien diese Verabredung mit der Geschichte einhalten, das heißt, eine Rolle in ihr spielen?

Indira Gandhi: Ich liebe solche großen Worte nicht. Jemand sagte einmal, an Indien sei alles groß, der Umfang, der Reichtum an Bodenschätzen, der Geist, die Armut, die religiösen und kommunalen Spannungen. Wir müssen noch einen langen Weg gehen, wenn wir Großes vollbringen wollen. Gewiß, wir haben auf einigen Gebieten Erhebliches geleistet, in der Landwirtschaft, beim Aufbau der Industrie. Wir haben uns bestimmte Aufgaben gestellt, die man, wenn sie erfüllt würden, historisch nennen könnte. Wir wollen den säkularen Staat, den religiösen und kommunalen Frieden in unserem Land, die friedliche Koexistenz mit allen anderen Staaten, die internationale Zusammenarbeit, die Überwindung von Vorurteilen. In diesem Sinn haben wir unsere Verabredung mit der Geschichte eingehalten.

Frage: Zu Ihren Aufgaben gehört die Bewahrung der Einheit der Nation. Indien besteht aus 22 Bundesstaaten und 9 Bundesterritorien demokratisch und kulturell divergie*render Bevölkerung. Ist die Gefahr* einer Aufspaltung heute größer als zuvor?

Indira Gandhi: Es gibt keine Gefahr der Desintegration.

Frage: In diesem Zusammenhang würde ich gerne wissen, wie Sie die Unruhen und Feindschaft erklären. Ist es hauptsächlich ein innenpolitisches Problem, oder glauben Sie, daß vielleicht ein fremdes Land seine Hand in diesem politischen Spiel hat? Oder daß gar viele *fremde Nationen hier mitmischen?*

Indira Gandhi: Es hat ohne Zweifel politische und finanzielle Unterstützung von außen gegeben. Dementis können Mutmaßungen nicht unterbinden. Und sicher steht eines fest: Die Terroristen trainierten sich nicht selbst. Noch sammelten sie ihre logistische Erfahrung im Goldenen Tempel bei den Vätern ihres Aufstandes. Bhindranvale war nicht ihr militärischer Lehrmeister. Mit dem Hochspielen des Sikh-Terrors in der indischen und ausländischen Presse hingegen verloren viele Beobachter das Augenmaß. Der Zusammenhalt der Indischen Union kann nicht durch separatische Gelüste ernsthaft gefährdet werden. Was heute trotz aller regionalen Konfrontationen noch immer gilt über Kasten, Rassen und Religionen hinaus – ein Inder hat nationale Einheit zu fühlen –, gilt auch für die Masse der Sikhs. Deshalb glaube ich, ist es jetzt Zeit, die Wunden zu heilen.

Die Opposition wird ihr Äußerstes tun, um uns zu besiegen. Unser Kampf wird fair bleiben, was auch immer ihre Methoden sein mögen. Es ist aber verhängnisvoll, daß sie die kommunalen Leidenschaften anheizen und versuchen, eine Gruppe der anderen zu entfremden und den Regionalismus zu annexieren.

Frage: Sie haben oft darüber gesprochen, aber lassen Sie mich noch einmal fragen, ob Sie nicht im Sinn haben, einen Nachfolger aufzubauen?

Indira Gandhi: Das ist nachgerade eine ermüdende Frage geworden. In einer Demokratie kann niemandes Nachfolge manipuliert werden. Das Volk wird jene Partei wählen, von der es die besten Dienste erwartet. Und die Partei wird als ihren Führer eine Persönlichkeit wählen, die dazu fähig ist. Mein Sohn Radjay könnte niemals etwas anderes erwarten.

Frage: Was nun die internationalen Beziehungen Indiens angeht, so sagten Sie unlängst wieder in einem Interview, sie hätten Indien immer in entscheidenden Augenblicken geholfen.

Lassen Sie mich umgekehrt fragen: Teilt Indien den sowjetischen Standpunkt in bezug auf Afghanistan? Ich glaube, es gibt da eine starke Kluft zwischen russischen Worten und russischen Taten. Konnte Indien irgend etwas tun, um das Afghanistan-Problem zu lösen? Und wenn ja, was?

Indira Gandhi: Nein, Indien kann nichts tun. Sie sagen, daß es einen großen Unterschied gibt zwischen sowjetischen Worten und Taten. Stimmt das unglücklicherweise nicht auch für die meisten anderen Länder?

Sikhs verziehen Frau Gandhi nicht

P. DIENEMANN, Neu-Delhi

„Für das, was Frau Gandhi uns angetan hat, wird sie noch bezahlen müssen", verkündeten noch vor wenigen Wochen Sikh-Extremisten aus dem indischen Untergrund. Und Jagjeevan Singh Chauhan, der für einen unabhängigen Sikh-Staat Khalistan plädiert, hatte im Juni, kurz nach dem Sturm indischer Truppen auf den Goldenen Tempel in Amritsar in einem BBC-Interview Ministerpräsidentin Indira Gandhi Mord angedroht.

Tatsächlich hatte der von ihr veranlaßte Sturm auf das größte Heiligtum der Sikh-Glaubensgemeinschaft und die anschließende Verfolgung mutmaßlicher Sikh-Terroristen auch jene Sikhs gegen die indische Zentralregierung aufgebracht, die den separatistischen Gedanken ihrer Glaubensbrüder bis dahin keine Sympathien entgegengebracht hatten.

Der Streit zwischen der indischen Zentralregierung in Neu-Delhi und den vornehmlich im nordindischen Bundesstaat Pandschab lebenden Sikhs (13 Millionen) hatte unmittelbar nach der Machtübernahme Frau Gandhis im Januar 1980 begonnen. Im Bemühen, auch in jenen indischen Bundesstaaten, die von der neuen Opposition beherrscht waren, eine Regierung ihrer Partei zu etablieren, gelang es ihr – angeblich mit Hilfe des späteren Extremistenführers Sant Jarnail Singh Bhindranwale –, die im Pandschab regierende Sikh-Partei zu spalten und schließlich bei den Wahlen zum Landesparlament in die Opposition zu drängen. Die gespaltene und enttäuschte Akali-Dal-Partei öffnete sich in der Folgezeit immer mehr jenen Sikhs, die die seit der Unabhängigkeit Indiens bestehende Forderung nach einem eigenen Sikh-Staat, Khalistan, neu aufleben ließen.

Die Akali-Dal-Partei unter ihrem Führer Harchand Singh Longowale stellte darüber hinaus an die indische Zentralregierung zahlreiche religiöse und territoriale Forderungen, wie die Erklärung Amritsars zur Heiligen Stadt, Sendezeit im staatlichen Rundfunk zur Übertragung von Gottesdiensten aus dem Goldenen Tempel und die Einbeziehung der im Nachbarstaat Haryana gelegenen Stadt Chandigarh in den Pandschab, dessen Hauptstadt sie ist.

Die Haltung Indira Gandhis und ihrer Regierung, die in den letzten sechs Monaten keine Verhandlungen mehr mit den Sikh-Politikern führte, blieb hart. Allmählich gewannen die Extremisten unter Sant Jarnail Singh Bhindranwale die Oberhand über die Akali Dal, die sich weiter zerstritt.

Bhindranwale und ein harter Kern von mindestens 400 jungen Sikhs, die Khalistan forderten, bewaffneten sich nach indischer Meinung mit ausländischer Hilfe. Durch Mordanschläge und Bombenattentate auf Regierungsgebäude lösten sie eine Welle des Terrors im Pandschab aus. Ihren Höhepunkt erreichte die Krise im Mai dieses Jahres. Indira Gandhi ließ die indische Armee die Macht im Bundesstaat übernehmen, der schon sechs Monate zuvor von Neu-Delhi aus direkt regiert wurde, nachdem Parlament und Ministerien aufgelöst worden waren.

In der Nacht zum 5. Juni schließlich stürmte die Armee auf Geheiß Indira Gandhis den Goldenen Tempel – nach langem Zögern, da nach indischer Tradition Tempel für Polizei und Armee unantastbar sind. Bhindranwale und seine engsten Mitarbeiter wurden getötet.

Sikhs in der ganzen Welt, vor allem aber in den indischen Zentren, protestierten gegen die Aktion der Armee. Extremisten, die Bhindranwale jetzt als Märtyrer verehren, erklärten Frau Gandhi und führende Armee-Generale zu ihren Hauptfeinden. Auch jetzt, vier Monate nach dem Sturm auf den Goldenen Tempel, bei dem riesige Waffenlager der Terroristen gefunden wurden, ist die Ruhe im Pandschab noch nicht wieder voll hergestellt.

Sikhs sind stolz darauf, sich noch nie in der Geschichte ihres Glaubens einer nicht freundlich gesinnten Regierung gebeugt zu haben. Ursprünglich als pazifistische Reformsekte unter ihrem Gründer Guru Nanak Singh, der zwischen Hindus und Moslems vermitteln wollte, im 16. Jahrhundert entstanden, wurde dieser pazifistische Gedanke in der im Gegensatz zum Hinduismus monotheistischen Religion von den nachfolgenden neun Gurus (Lehrern) bald abgelegt.

Nach schweren Verfolgungen durch den Moslemherrscher Aurangzeb wurden die Sikhs ein kriegerisches Volk, das im 18. und 19. Jahrhundert zahlreiche Gebiete im Westen des Pandschab und Teile Kaschmirs eroberte. Auch den englischen Kolonialherren leisteten Sikhs erbitterten Widerstand, um später allerdings als „tapfere und loyale" Soldaten als Hilfstruppen in das britische Heer aufgenommen zu werden.

Die bärtigen und turbantragenden Sikhs – sie dürfen sich aus religiösen Gründen weder Bart- noch Haupthaar schneiden, nicht rauchen, sie tragen stets einen „Kirpan", ein dolchartiges Messer, und einen stählernen Armreif – haben sich in allen Bereichen des öffentlichen Lebens in Indien behauptet und sind auch im Ausland für ihren Fleiß und ihr Unternehmertum bekannt. Ihr Anteil in der Armee Indiens mit 15 Prozent ist bedeutend größer als ihr Anteil an der indischen Bevölkerung (1,9 Prozent).

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Lösung mit Widerhaken

Eine weitere Geschwindigkeitsbegrenzung auf Landstraßen bzw. auf Autobahnen würde folgende Nachteile erbringen:

● Wegen des dann zu erwartenden geringen Tempounterschieds zwischen der zulässigen Höchstgeschwindigkeit von 80 km/h und eines Lkws mit ca. 65 bis 75 wäre ein De-facto-Überholverbot die zwangsläufige Folge.

● Die sich bildenden Kolonnen würden nicht aufgelöst werden können.

● Durch diese Kolonnenbildung entsteht bei den Kraftfahrern großer Streß.

● Da viele der zur Zeit auf dem Markt befindlichen Autos mit Schonganggetrieben ausgerüstet sind, wäre eher eine Verbrauchssteigerung als eine Verbrauchsreduzierung zu erwarten. Erfahrungsgemäß fahren die wenigsten Personen auf Grund der Motorcharakteristik zwischen 60 und 80 km/h mit dem größten Gang, was eben zur Spritverbrauchserhöhung führen wird.

● Eine Senkung der Emission von NOX um ca. 26 Prozent ist mit Sicherheit zu hoch gegriffen, da praktisch kein Kfz eine Spritverbrauchsreduzierung um mehr als 15 Prozent zwischen Tempo 100 und Tempo 80 aufweisen kann. Da diese Meßwerte nur bei konstantem Tempo ermittelt werden können, sind sie wenig realitätsbezogen. Die Verbrauchsangaben bei Tempo 120 haben auf der Landstraße ohnehin keine Bedeutung.

● Gerade der in den letzten Jahren steigende Anteil an Dieselkraftfahrzeugen mit dem entsprechenden Ruß- und Schwefelanteil am Abgas würde eine zusätzliche, nicht zuletzt kanzerogene Belastung für die Verkehrsteilnehmer werden, wenn verhältnismäßig dicht aufeinander in der Kolonne gefahren werden muß.

● Wenn auch auf den Autobahnen eine generelle Geschwindigkeitsbeschränkung eingeführt würde, wären diese, so weit sie nicht bereits beschränkt sind, keine Alternative mehr zu den Landstraßen und wären deshalb eine der eklatantesten finanziellen und kulturhistorischen Fehlleistungen. Gerade in Bayern gibt es zur Autobahn praktisch kein alternatives Verkehrsmittel ähnlicher Qualität.

● Eine noch weitreichendere Geschwindigkeitsbegrenzung wäre auch insofern besonders verhängnisvoll, da in Deutschland bezüglich des Führerscheinentzugs die strengsten Vorschriften in ganz Europa herrschen. Bei verstärkten Kontrollen wäre deshalb die Gefahr, den Führerschein zu verlieren, in Deutschland unverhältnismäßig hoch, im Vergleich zu anderen europäischen Staaten, die bereits generelle Geschwindigkeitsbeschränkungen haben, die jedoch erfahrungsgemäß nicht eingehalten werden.

G. A. v. Aretin, Haidenburg

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

hinter der Beharrlichkeit, mit der gewisse politische Kreise neuerdings eine Geschwindigkeitsbegrenzung für Kraftfahrzeuge auf Autobahnen und weitere Begrenzungen auf Landstraßen fordern, scheint Methode zu stecken. Die Befürworter dieser Geschwindigkeitsbegrenzung haben sich bislang, soweit mir erkennbar, mit folgenden Fragen nicht auseinandergesetzt:

● Ist es erwiesen, daß und in welchem Umfang der Zustand der an den Straßen stehenden Bäume schlechter ist als der Baumbestand in den Wäldern, d. h. der fernab vom Straßenverkehr aufgewachsenen Bäume?

● Wird der Ausstoß von Schadstoffen, wenn der Wagenführer sein Fahrzeug bei 80 km/h im 4. Gang und damit niedrigtourig fährt, überhaupt geringer?

● Wird dieser Ausstoß ebenfalls geringer, wenn ein Wagen mit hohen PS-Zahlen zur Schonung des Motors bei 80 km/h im 3. Gang gefahren wird?

● Werden sich die Staus auf Autobahnen bei einer 100-km-Begrenzung überhaupt noch oder nur unter erheblich längerem Zeitaufwand und damit unter Verlängerung der Fahrdauer auflösen können, mit der Folge, daß sich die Umweltbelastung für Mensch und Natur also erheblich vergrößert – ganz zu schweigen von der dadurch erhöhten Unfallgefahr?

● Werden sich nicht überhaupt die Fahrzeugkolonnen auf Landstraßen und Autobahnen vergrößern und das Unfallrisiko erhöhen, ohne – wegen ständig wechselnder Geschwindigkeiten in den Kolonnen – die Umweltbelastung zu verringern?

● Welche Entwicklung werden die Automobilindustrie und ihre Zulieferfirmen nehmen, wenn in Zukunft mehr Kleinwagen als Wagen der gehobenen Mittelklasse gekauft werden? Werden sich Auswirkungen auf die dortigen Arbeitsplätze ergeben, zumal Kleinwagen erfahrungsgemäß weniger komfortabel ausgestattet sind?

● Sind, weil mehr Kleinfahrzeuge gefahren werden, Steuerausfälle bei der Kfz-Steuer, Umsatzrückgänge bei Tankstellen und damit Rückgänge im Umsatzsteuer- sowie Mineralölsteueraufkommen zu befürchten?

Sicher ist dieser Fragenkatalog nicht erschöpfend; er müßte aber von den Befürwortern der neuen Geschwindigkeitsbegrenzungen aus dem Stand beantwortet werden können.

Mit freundlichen Grüßen
R. Neumann, Norden 1

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

verfolgt man die Diskussion um Auto, Umweltschutz und Tempolimit, so möchte man sich oft angewidert abwenden, wenn man merkt, daß rücksichtsloser Egoismus gepaart mit Unwissenheit noch immer Triebfeder vieler Argumente ist.

In einer der letzten Ausgaben meinte z. B. jemand den WELT-Lesern vorrechnen zu können, daß in längerer Fahrzeit mit geringerer Geschwindigkeit genausoviel Benzin verbraucht wird, wie in entsprechend kürzerer Zeit mit hoher Geschwindigkeit. Ihm ist offensichtlich der simple Sachverhalt entgangen, daß die eindeutig geringeren Emissionswerte bei Tempo 100 nicht pro Zeiteinheit, sondern pro gefahrenem Kilometer gemessen wurden.

Es sollte im übrigen langsam jedem klar sein, daß die besorgniserregenden Prozentzahlen tödlich kranker Wälder in allen Teilen der Bundesrepublik keine Erfindung rot-grüner Panikmacher sind. Genauso klar ist, daß nicht nur *ein* umweltbelastender Faktor dafür verantwortlich ist. Es ist deshalb genauso falsch wie verantwortungslos, den Schwarzen Peter ständig hin- und herzuschieben. Notwendig ist statt dessen eine drastische Verringerung der Schadstoffe in *allen* Bereichen, und zwar nicht irgendwann, sondern möglichst sofort.

So geht es bei der Tempolimitierung nicht, wie Herr Kollmann (WELT vom 20. Oktober) meinte, um die „Verteufelung des Automobils", sondern darum, die Schadstoffemission auf einem der möglichen Gebiete zu verringern.

Es geht auch nicht darum, daß irgend jemand den Individualverkehr behindern oder langfristig ganz unterbinden will, sondern darum, den Preis, den wir für unsere Unabhängigkeit zahlen müssen, möglichst gering zu halten.

Es kann wohl auch niemand ernsthaft darüber streiten, daß eine Tempobegrenzung einen Beitrag dazu leisten kann, sondern bestenfalls darüber, *wie hoch dieser Beitrag sein* würde.

Mit freundlichem Gruß
T. Ehrhorn, Braunschweig

Wort des Tages

„Gott und der andere Mensch gehören untrennbar zusammen. Gott verschwindet, wenn mir der Nächste abhanden kommt. Ohne Gott verliert der andere Mensch, der Nächste, seine Würde. Wenn der Verlust Gottes stattgefunden hat, kann wohl noch eine Weile das Ideal der Menschlichkeit bestehen bleiben, leidet aber mehr und mehr an Auszehrung."

Adolf Sommerauer, deutscher Theologe (geboren 1909)

Kein Maßstab

Zu Ihrem Artikel im „Landesbericht Baden-Württemberg", betitelt „Auch Umweltthemen ziehen nicht" (WELT vom 25. Oktober), nur eine kleine Anmerkung (geschrieben einige Tage vor der Gemeinde- und Kreistagswahl):

Dieses Wahlverfahren ist derart kompliziert, daß es viele abschreckt, andere verwirrt oder zu ungültigen Stimmen führt.

Dieses System ist gut gemeint, hat aber allerlei Nachteile, zu denen auch das von Ihrem Korrespondenten erwähnte langwierige Auszählverfahren gehört. Als Maßstab für größere politische Trends kann ein solches Wahlsystem, ganz auf kommunale und regionale Gegebenheiten abgestellt, nicht dienen.

Mit freundlichen Grüßen
Hans Wendt, Bonn/Hinterzarten

Nicht vergessen

„Eine Radikalkur für die alte Miss Liberty"; WELT vom 24. Oktober

Im allgemeinen mag Auguste Bartholdi (1834–1904) vergessen sein, doch den Besuchern des Elsaß wird in seiner Heimatstadt Colmar zumindest der Name begegnen, und sie erhalten genügend Hinweise auf seine monumentalen Werke. In der schönen Stadt sind elf von dem berühmten Bildhauer geschaffene Denkmale zu sehen; weitere 20 Großbildnisse von Bartholdi sind anderwärts bekannt. So z. B. außer der Freiheits-Statue an der New Yorker Hafeneinfahrt der berühmte und viel besuchte „Löwe von Belfort" (22 Meter lang, elf Meter hoch) am Fuß der dortigen Festung.

F. Nadler, Freiburg im Breisgau

Personalien

AUSZEICHNUNGEN

Die geschäftsführende Gesellschafterin des in Konstanz erscheinenden „Südkuriers", **Brigitte Weyl**, ist mit dem Bundesverdienstkreuz Erster Klasse ausgezeichnet worden. Der Freiburger Regierungspräsident **Norbert Nothhelfer** würdigte bei der Übergabe der Ehrung die Verdienste von Brigitte Weyl um die Presse, das Hochschulwesen und die deutsch-französische Freundschaft. Die Verlegerin – ursprünglich Ärztin – kam in den 50er Jahren zum „Südkurier", den ihr Vater 1945 in Konstanz gegründet hatte. Sie ist seit 1969 Mitglied im Aufsichtsrat der Deutschen Presse-Agentur (dpa). Außerdem gehört sie seit 1974 dem Deutschen Presserat an.

*

Der französische Journalist **Jean-Marie Brunet** hat das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse erhalten. Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** würdigte mit dieser Auszeichnung dessen Einsatz für die deutsch-französische Verständigung. Brunet gehört zu den Organisatoren der seit 25 Jahren durchgeführten katholischen deutsch-französischen Publizistentreffen. Seit mehreren Jahren ist er Präsident des französischen Verbandes Katholischer Publizisten.

*

Josef Anselm Graf Adelmann von Adelmannsfelden, katholischer Rundfunkpfarrer beim Süddeutschen Rundfunk, wurde mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet. Seit 1973 hat sich Graf Adelmann mit seinen religiösen Beiträgen eine große Hörergemeinde erworben. Zahlreiche seiner Predigten sind in Buchform erschienen. Neben seiner Arbeit als Hörfunkbeauftragter der Diözese Rottenburg-Stuttgart ist Graf Adelmann auch ein gesuchter kunstverständiger Berater der Kirchengemeinden und des Bischöflichen Ordinariats. Seit 1979 ist er Vorsitzender des Kunstvereins des Bistums.

*

Mit der Ernst-Reuter-Plakette, eine der höchsten Auszeichnungen, die die Stadt Berlin zu vergeben hat, ehrte Berlins Senat **Horst Elfe**, den langjährigen Präsidenten der Industrie- und Handelskammer. In einer Würdigung wies Berlins Regierender Bürgermeister **Eberhard Diepgen** darauf hin, daß sich Elfe an die Unternehmertugenden wie Leistungsbereitschaft, Innovationsfreude, Pflichterfüllung und Sparsamkeit gehalten hat. Horst Elfe habe Anteil an der spürbar verbesserten wirtschaftlichen Lage Berlins. Der Präsident der Industrie- und Handelskammer habe sich „als gut geöltes Scharnier zwischen Wirtschaft und Senat" bewährt.

KIRCHE

Im November wird zum erstenmal seit zehn Jahren wieder eine Ordensfrau das „Wort zum Sonntag" sprechen. Dazu ausersehen ist Schwester **Isa Vermehren**, 66 Jahre alt, die Anfang der 30er Jahre zu den Mitwirkenden in **Werner Fincks** Berliner Kabarett „Die Katakombe" gehört hatte. Von 1944 bis 1945 war Isa Vermehren von den Nationalsozialisten in die Konzentrationslager Ravensbrück, Buchenwald und Dachau gebracht worden. Über diese Zeit berichtete sie 1946 in ihrem Buch „Reise durch den letzten Akt". Frau Vermehren, die in Lübeck geboren ist, gehört seit 1951 dem Orden der Schwestern vom Heiligsten Herzen Jesu an, dessen Hamburger Gymnasium „Sophie Barat-Schule" sie von 1969 bis 1983 leitete. Die Sendungen sind für den 10. und 24. November im Ersten Deutschen Fernsehen vorgesehen.

ERNENNUNGEN

Die Türkei entsandte einen neuen Generalkonsul nach Essen. Die Bundesregierung erteilte **Aykut Cetirge** das Exequatur. Zu seinem Konsularbezirk gehören die Regierungsbezirke Arnsberg, Detmold, Münster sowie die Städte Essen und Mülheim.

*

Generalkonsul der Niederlande in München ist **Jonkheer Drs. David Meinard Schorer**. Sein Konsularbezirk umfaßt das Land Bayern.

In London schwere Vorwürfe gegen Bastian

„Moskau unterstützt Generale für den Frieden"

SIEGFRIED HELM, **London**

Die Organisation „Generale für den Frieden", zu denen die ehemaligen Bundeswehrgenerale Günter Vollmer und Gert Bastian gehören, ist im britischen Oberhaus unter schweren Beschuß gekommen. Die 1980 von ehemaligen NATO-Generälen und Admiralen ins Leben gerufene Organisation finanziere sich durch Zuwendungen des eigens für diesen Zweck ins Leben gerufenen und inzwischen als Wohltätigkeitsorganisation anerkannten „Caroline Gourlay's Trust" und trete mit „schreiender pro-sowjetischer Propaganda" an die Öffentlichkeit, erklärte Baronin Cox in der bemerkenswerten Oberhausdebatte.

Lady Young, Staatsminister im Foreign Office, meinte, hier profitiere eine Vereinigung von den Privilegien von Wohltätigkeitsorganisationen, die das Sprachrohr sowjetischer Propaganda sei: „Die Regierung ist sich über die Aktivitäten dieser Organisation im klaren, die aus den Erörterungen während eines Kongresses des Weltfriedensrats in Sofia 1980 hervorging. Die kollektive Meinung der Generale für den Frieden steht im Gegensatz zu jener der Regierung und unserer Verbündeten." Die Regierungssprecherin fügte hinzu: „Es ist Politik der Regierung, die Sicherheit des Vereinigten Königreichs und des westlichen Bündnisses zu gewährleisten."

„Wir wissen genau Bescheid"

Zu dem Einwurf von Lord Chalfont, Vorsitzender des Verteidigungsausschusses im Oberhaus und einst Staatsminister im Foreign Office, vier Mitglieder der Generalsgruppe gehörten der „notorischen sowjetischen Fassadenorganisation" Weltfriedensrat an, sagte die Regierungssprecherin: „Wir wissen genau Bescheid über die engen Bande von vier der ursprünglichen Sponsoren und fünf der heute 14 Mitglieder der sogenannten Generalsgruppe mit dem Weltfriedensrat."

Baronin Young versprach: Wenn sich herausstelle, daß diese Gruppe von dem gemeinnützigen Status einer anerkannten Stiftung profitiere, werde dieser Fall von der zuständigen Kontrollbehörde untersucht werden, wobei auch der erste Kronanwalt eingeschaltet werden könne.

Lord Chalfont ging auf das Treffen der Generale mit Generalen des Warschauer Pakts in Wien ein und wollte wissen, ob Kontakte zwischen ehemaligen NATO-Offizieren und „aktiven sowjetischen Generalen" nicht Anlaß zu „schwerer Sorge" seien. Lady Young: „Dem pflichten wir bei." Das war in vielerlei Hinsicht ein Geschenk für die sowjetische Propaganda. Das Treffen wurde von dem Friedensinstitut inszeniert, das sowjetischer Kontrolle untersteht.

Das internationale Institut ist eine untergeordnete Organisation des Weltfriedenskongresses, die als Nachfolgeorganisation gegründet wurde, als der Kongreß wegen „staatsfeindlicher" Aktivitäten in Paris und dann Wien verboten wurde.

Ein Propagandainstrument

Der britische Brigadegeneral Michael Harbottle, der seit 1983 als Nachfolger des Berliner Administrators von „Generale für den Frieden", Dr. Gerhard Kade, an der Spitze dieser Gruppe steht, hatte einen Zusammenhang zwischen dem Institut und der Wiener Begegnung in diesem Jahr widersprochen.

Auch der ehemalige Premierminister Lord Home bezeichnete „Generale für den Frieden" als ein „Propagandainstrument".

Über die jetzt von London aus dirigierte Kampagne der Ex-Generale und Admirale mit Brigadier Harbottle an der Spitze sagte Lady Young: „In einer freien Gesellschaft kann dieser General seine Ansichten wie jedermann bekunden. Doch ist es eine gefährliche Angelegenheit, wenn davon die Rede ist, daß diese Leute im Namen der NATO sprechen oder schreiben, obwohl sie doch Generale im Ruhestand sind."

In den vergangenen Monaten war bekannt geworden, daß die Sowjetunion auf verschiedenen Kanälen den Kontakt mit General a.D. Bastian und seinen Sympathisanten suchte. Auch im Zusammenhang mit einem deutsch-deutschen Offiziersdialog wurde der Name Bastian genannt.

Popieluszkos Mörder hörten die Telefongespräche des Priesters ab

Auftrag von hoher Stelle? / Spekulationen um die Rolle des General Milewski

DW. **Warschau**

Der Verdacht, daß die Entführer und Mörder des Warschauer Priesters Jerzy Popieluszko einflußreiche Hintermänner haben müssen, verstärkt sich immer mehr. Die Täter, denen nach polnischem Recht die Todesstrafe droht, gehörten der Abteilung des Sicherheitsdienstes an, die üblicherweise Abhöraufträge ausführen. Die Überwachung von Telefongesprächen setzt die Billigung des zuständigen Abteilungschefs im Warschauer Innenministerium voraus. Diesen weitgehenden Vollmachten waren, wie gestern bekannt wurde, die jetzt verhafteten Offiziere versehen. Sie hatten nach zuverlässigen Informationen seit langem den Auftrag, die Kontakte des Paters Popieluszko zu überwachen und dem Priester auch nachzufahren. Der Ermordete hat diese Darstellung auch in seinem Brief bestätigt, der Ende vergangenen Jahres in den Westen gebracht wurde. Das Schreiben gilt als Vermächtnis des 37jährigen.

Aufträge zur Kontrolle des Telefonverkehrs und zur Überwachung von Personen, wie im Falle Popieluszko geschehen, werden von der Leitungsebene des Staatsicherheitsapparats erteilt. Das heißt, ein Oberst oder sogar ein General ist der Verantwortliche.

Der jetzt immer wieder genannte General Milewski hat eine „Bilderbuchkarriere" als Geheimdienstler hinter sich. In Lipsk an der Biebrza geboren, geriet er zu Kriegsende in die Fänge der Sowjets und machte als „Regimentssohn" eines polnisch-kommunistischen Parlamentes als 16jähriger den Einmarsch in Polen mit. Kurze Zeit darauf wurde er zur neugegründeten Geheimpolizei abkommandiert. In einer jetzt erschienenen Dokumentation von Exilpolen über die Verbrechen dieser Geheimpolizei im ersten Jahrzehnt der Volksrepublik Polen wird er ausdrücklich erwähnt. In der Ära Gomulka steigt er in die obersten Ränge des Innenministeriums auf. Unter Gierek wird er Vizeinnenminister. 1978 wird er zum Minister und Polizeigeneral befördert. Außerdem rückt er ins ZK der Partei auf. Seine Karriere erleidet auch unter Jaruzelski keinen Bruch. Er wird der Reihe nach Politbüromitglied und ZK-Sekretär, muß aber das Innenressort an den ehemaligen Chef des militärischen Geheimdienstes, General Czeslaw Kiszczak abgeben. Seitdem steht er in Konkurrenz zu General Jaruzelski. Noch heute steht Milewski, dessen Bruder bei der Deutschen Welle in Köln als Redakteur tätig war, der dogmatisch nationalistischen „Patriotischen Front Grunwald" nahe, der auch die im Fall Popieluszko verhafteten Offiziere angehören sollen. Von Milewski ist bekannt, daß er beste Beziehungen zu den Vertretern des sojwtischen Geheimdienstes KGB in Warschau unterhält.

Zielte die Bemerkung von Regierungssprecher Urban, die Entführung des Priesters sei von langer Hand vorbereitet worden, auf General Milewski? Urban hatte auf seiner wöchentlichen Pressekonferenz von Personen gesprochen, die seit einiger Zeit beabsichtigt hätten, den Geistlichen zu entführen. Urban: „Sie warteten nur auf den geeigneten Moment, dies zu verwirklichen." Die polnische Regierung hatte von Anfang an von „einer Provokation" gegen die derzeitige Führung in Warschau gesprochen, eine Ansicht, die von Arbeiterführer Walesa offenbar geteilt wird. Walesa warnte vor „Zornesausbrüchen", die zu Spannungen führen könnten.

Das Testament des Priesters Popieluszko

DW. **Warschau**

„Ich bin zu allem entschlossen", dieser Satz steht in einem Ende 1983 verfaßten Brief des ermordeten Priesters Popieluszko. Das in den Westen gelangte Schreiben hat testamentarischen Charakter. Die WELT zitiert aus dem Text:

„Im Kampf gegen mich versuchten die Behörden vielmals eine Pression auf die Kurie, auf den Bischof auszuüben. Man schrieb Briefe, in denen man sehr oft ausgedachte Vorwürfe formulierte. Ich erinnere mich, daß im Mai ein von einem Milizgeneral unterschriebener Brief dort ankam, in dem mir vorgeworfen wurde, ich hätte am 13. Mai in der Heilig-Kreuz-Kirche eine Messe gelesen und in der Predigt Formulierungen gebraucht, die für das heilige Haus unpassend seien. Am 13. Mai saß ich hingegen im Beichtstuhl in einer Kirche. In der Heilig-Kreuz-Kirche habe ich nie in meinem Leben eine Messe gelesen.

Genügt es denn nicht, den Priester mit dem zu belasten, was er wirklich gesagt hat? In der letzten Zeit hat doch die Staatsanwaltschaft schon eine Information in ihrer internen Presse verbreitet, in der es heißt, sie habe gegen mich wegen Mißbrauchs der Freiheit, des Gewissens und der Religionsausübung ein Verfahren eingeleitet. Wie kann man die Freiheit des Gewissens mißbrauchen? Die Freiheit des Gewissens kann man beschränken, aber man kann sie nicht mißbrauchen.

Wenn es Menschen gibt, die trotz ihrer Verantwortung für ihre Familien und Kinder in Gefängnissen leiden, wieso sollte ich als Priester nicht mit ihnen gemeinsam leiden? Deswegen wollen mich die Behörden belästigen. Es waren sehr primitive Versuche und sie werden sich sicherlich wiederholen. Zum Beispiel am 13. und 14. Dezember um 2 Uhr in der Nacht, als ich sehr müde war, kingelte es an der Tür. Ich bin nicht aufgestanden. Einen Augenblick später erfolgte eine Detonation. In die Wohnung war ein Ziegelstein mit Sprengstoff gefallen, die Explosion riß zwei Fenster aus dem Rahmen. Zweimal wurde eingebrochen, die Täter blieben unbekannt. Ich wurde ständig überwacht. Auf dem Wege nach Danzig wurde ich angehalten und verbrachte acht Stunden lang auf einer Milizwache bei Warschau.

Das sind alles sehr primitive Versuche, mich zu belästigen, aber es gibt Sachen, die größer sind. Und ich bin überzeugt, daß das, was ich tue, richtig ist. Und deswegen bin ich zu allem entschlossen."

Industrie: Parteispenden ohne Gegenleistung

BDI fordert Fairneß / Kohl: „Diese Republik ist nicht käuflich"

DW. **Bonn**

Die große Mehrheit der deutschen Unternehmer hat nach Meinung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) in der Vergangenheit politische Parteien durch Geldspenden unterstützt, ohne dafür mittelbare oder unmittelbare Gegenleistungen zu erwarten. In einer in Bonn veröffentlichten Stellungnahme zur Parteifinanzierung forderte der Spitzenverband der deutschen Industrie die Bundesregierung auf, dem „Krisengerede" entgegenzutreten, das in Verbindung mit der Parteifinanzierung geschürt werde. Die Verallgemeinerung von Einzelvorgängen verselbständige sich und wirke inzwischen über unsere Grenzen hinaus.

Unsachliche Diskussion

Besonders unverantwortlich sei dabei die bewußte Vermischung ganz unterschiedlicher und meist noch ungeprüfter Sachverhalte. Es sei völlig abwegig, von einer allgemeinen Verwischung der Verantwortungsgrenzen zwischen Politik, Staat und Wirtschaft zu reden. Die Diskussion um die Parteispenden werde zunehmend von Unsachlichkeit bestimmt. Es fehle in der Politik immer mehr an Bereitschaft, sich an das zu erinnern, woran Politiker aller Parteien bei Bitten um Spenden zu appellieren pflegten, nämlich an die staatsbürgerliche Verantwortung der Unternehmer.

Nach Auffassung des BDI komme es jetzt entscheidend darauf an, daß die politischen Parteien zu einer gemeinsamen Grundlage in der Bewertung und öffentlichen Behandlung der Parteienfinanzierung finden. Parlamentarischer Untersuchungsausschuß, Gerichte und Staatsanwaltschaften sollten ohne öffentlichen Druck und öffentlicher Vorverurteilung die einschlägigen Verfahren fair und rasch zu Ende führen.

Bei der Auseinandersetzung um die Flick-Parteispenden-Affäre geht es nach Auffassung des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Alfred Dregger nicht mehr um „Augenblicksvorteile zwischen Regierung und Opposition, sondern um die Zukunft des demokratischen Systems in der Bundesrepublik Deutschland".

Dieses schrieb Dregger in einem Schreiben an den ehemaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt und forderte ihn auf, mitzuhelfen, daß die Tatsachen sauber aufgeklärt und daß daraus Schlüsse gezogen würden, die im Interesse der Bundesrepublik und ihrer freiheitlichen Verfassung lägen.

Auf der 35. Delegiertenversammlung der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels wandte sich Bundeskanzler Helmut Kohl in Hamburg gegen die generelle Verurteilung der bisherigen Praxis der Parteispenden. Bürger, die mit Spenden politische Parteien unterstützt haben, hätten „in staatsbürgerlicher Gesinnung" gehandelt. Diese Thema müsse jetzt „ausgetragen" werden. Wegen dieser Spenden dürften jedoch die Parteien nicht von interessierter Seite „ins Zwielicht" getaucht werden. „Diese Republik ist nicht käuflich", erklärte Kohl. Dieser Vorwurf werde in einer bestimmten Absicht erhoben, „der wir uns entschieden entgegenstellen wollen".

FDP-Generalsekretär Helmut Haussmann trat in einem Interview der „Bremer Nachrichten" der Meinung Helmut Kohls entgegen, daß es sich bei der Aufdeckung der Parteispenden-Affäre lediglich um eine „Kampagne" bestimmter Kreise handele. Es ginge seiner Partei darum, alle Fakten dieser Affäre aufzudekken.

Politiker zweiter Klasse

Der mittelstandspolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Josef Grünbeck, will sein Bundestagsmandat niederlegen, wenn die Abgeordneten ihre Vermögens- und Einkommensverhältnisse offenlegen müssen. Dies teilte der Abgeordnete in einem Fernschreiben an CDU-Generalsekretär Heiner Geißler mit.

Grünbeck vertrat die Meinung, man werde durch die Aufhebung des Steuer- und Bankgeheimnisses die betroffenen Abgeordneten zu Politikern zweiter Klasse diskriminieren. In seinem Schreiben stellte er die Frage, ob man durch dieses Vorgehen das Kräfteverhältnis im Bundestag, „in dem Unternehmer sowie intelligente und leistungsbewußte Arbeitnehmer ohnedies kaum noch vertreten sind", zugunsten des öffentlichen Dienstes weiter verschieben wolle.

Geld stinkt nicht

Ha. (Brüssel) – Ums Geld geht es wieder einmal, wenn sich die Außenminister der EG am Wochenende in einem irischen Schloß zu informellen Beratungen treffen. Sie müssen sich klar darüber werden, ob die Gemeinschaft es bei ihrem bisherigen Finanzangebot an die 66 afrikanischen, karibischen und pazifischen Entwicklungsländer belassen oder sich – um den Abschluß des Lomé-III-Abkommens nicht zu gefährden – zu einer letzten finanziellen Anstrengung durchringen soll.

Früher galt es als beinahe anstößig, die Außenpolitiker mit so profanen Verhandlungsthemen zu konfrontieren. Sie gleichsam in die Rolle von Geschäftsleuten zu zwängen, die über Vorschüsse und Kreditfazilitäten feilschen. Die modernen Praktiken der internationalen Politik kennen keine solchen ästhetischen Maßstäbe. Mit Geldentzug wird offen gedroht, und Hilfsangebote gehen um so leichter von den Lippen, je sicherer man sein kann, daß sie schon an irgend einem der Partner scheitern werden. Gerade die EG-Staaten wissen sich da je nach der eigenen Interessenlage stets in ein günstiges Licht zu setzen.

Im Falle des AKP-Abkommens stehen die Finanzminister der Bundesrepublik und Großbritanniens einträchtig gegen die Handelsminister Frankreichs, Italiens und Griechenlands, die die Abschottung des europäischen Marktes durch großzügige finanzielle Hilfen erkaufen wollen und zugleich mit umfangreichen Exportaufträgen liebäugeln. Die Außenminister müssen auch noch an das Verhältnis zu den Lomé-Staaten denken.

Modeberuf

Mk. – Daß schlechte Beispiele abschrecken, ist eine Weisheit, die leider zu wenig beherzigt wird. In den sechziger Jahren waren es die Soziologie und die Politologie, die bei den Studenten hoch im Kurs standen. Und das, obwohl die Berufsaussichten nicht gerade rosig waren. Eine ähnliche Entwicklung bahnt sich jetzt bei „grünen" Akademikern an. Im Zuge des wachsenden Umweltbewußtseins stürzen sich immer mehr Abiturienten in Studienrichtungen im Bereich der Ökologie. Die Folgen sind nicht überraschend. Nach Angaben des Landesverbands des Niedersächsischen Landvolkes hat sich die Zahl der arbeitslosen Diplomlandwirte in sechs Jahren vervierfacht. Bundesweit seien im Sommer 1800 arbeitslose Diplom-Agraringenieure gezählt worden. Und die Studentenzahlen steigen noch. Sicher nimmt auch der Bedarf zu, werden auch mehr Absolventen später in und mit der Natur ihr Brot verdienen können, viele aber eben nicht, wie es bei Modeberufen häufiger der Fall war.

EINZELHANDEL / Bundeskanzler Kohl will für besseres Investitionsklima sorgen

HDE-Präsident Hinrichs bedauert die Verwilderung des Wettbewerbs

HANNA GIESKES, Hamburg

„Der deutsche Einzelhandel vertritt einen entscheidenden Teil des Mittelstands." Vor der Delegiertenversammlung der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels hob Bundeskanzler Helmut Kohl gestern in Hamburg die starke Innovations- und Risikobereitschaft des Handels hervor. Er appellierte an die Delegierten, im kommenden Jahr noch einmal zusätzliche Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen, „wie Sie das 1984 in beispielhafter Weise getan haben".

Der Kanzler bedauerte, daß ein Abbau der Arbeitslosigkeit bisher noch nicht gelungen sei: „Unser Problem ist, daß es ganze Regionen gibt, wo die Situation deutlich schlechter ist als in anderen." Hier müßten Bund, Länder und Gemeinden gemeinsam alle Anstrengungen unternehmen, um diesen Bereichen zu helfen.

Wenig Verständnis zeigte Kohl für die ständige Beschwörung des Gespenstes „japanische Herausforderung". Er sehe nicht, daß die japanische Wirtschaft der deutschen überlegen sei.

Dem Handel versprach Kohl, daß er dazu beitragen wolle, „ein Gesamtklima zu schaffen, in dem sich Investitionen wieder lohnen". Dazu zählten beispielsweise die Bemühungen der Bundesregierung zur Entbürokratisierung etwa im Baubereich: „Wir haben das perfekteste Baugesetz der Welt, aber es wird darum hier nicht besser gebaut als anderswo." Auch der „ganze Unsinn" an Statistik, der etwa von der Brüsseler Bürokratie komme, habe keinen erkennbaren Nutzen. Überbürokratie bewirke nur, daß jeder Wille zur Selbständigkeit abgetötet werde.

Zur Klimaverbesserung zählt der Kanzler auch die Bereitschaft der Gesellschaft, Leistung wieder anzuerkennen, „und das nicht nur im Hochleistungssport". In der Wirtschaft provozierten Leistungen oft nur Sozialneid.

Der deutsche Einzelhandel habe den Strukturwandel bis jetzt ohne staatliche Hilfe bewältigt, „und das werden wir auch weiterhin versuchen", betonte der neue Präsident der Hauptgemeinschaft, Wolfgang Hinrichs. Er verhehlte allerdings nicht, daß ihm die niedrige Eigenkapitalquote im Handel Sorgen macht und vor allem die Ertragssituation, „die deutlich schlechter ist als in anderen Wirtschaftszweigen". Die Umsatzrenditen im Facheinzelhandel seien mittlerweile auf rund 2,5 Prozent vor Steuern gefallen, beklagte der Präsident. Mancher Einzelhändler könne heute nicht einmal das Gehalt eines Filialleiters verdienen.

Vor allem Überkapazitäten bedrückten den Handel: „Wir haben in den letzten Jahren oft vor einer Entwicklung gewarnt, bei der die Schaffung neuer Verkaufsflächen die Umsatzsteigerung überstieg", sagte Hinrichs. Die Folgen seien nun Konzentration und eine Zunahme des Dienstleistungswettbewerbs, der auch heute noch Tausende an sich leistungsfähige Existenzen zur Aufgabe zwinge. Er wisse zwar, daß Wettbewerb „keine Veranstaltung eines Mädchenpensionats" sei, sagte der Präsident weiter, aber der Verwilderung des Wettbewerbs müsse Einhalt geboten werden. Die Hauptgemeinschaft hoffe nun auf die von den Verbänden beschlossene Fortschreibung der gemeinsamen Erklärung zur Sicherung des Leistungswettbewerbs und auf das „Berliner Gelöbnis", in dem der Handel den Präsidenten des Bundeskartellamts Anfang Oktober den Verzicht auf Verkäufe unter dem Einstandspreis versprochen hatte. Nur wenn beides nicht zum Erfolg führe, werde die Hauptgemeinschaft für eine gesetzliche Regelung plädieren. Hinrichs appellierte an die Konsumgüterindustrie, diesen Erfolg nicht durch die Gewährung ungerechtfertigt hoher Rabatte zu behindern, die sie auf Grund ihrer Überkapazitäten oftmals dem Handel gäben, allerdings nur an große Nachfrager.

Der deutsche Einzelhandel setzte in den ersten acht Monaten dieses Jahres 3,2 Prozent mehr um als im gleichen Zeitraum des Vorjahres, teilte die Hauptgemeinschaft mit. Real ist das ein bescheidenes Plus von 0,6 Prozent. Die Beschäftigungslage wird dagegen als „überraschend" stabil bezeichnet.

ENTWICKLUNGSPOLITIK

Die Mischfinanzierung wird noch stärker ausgebaut

HEINZ HECK, Bonn

Die Bundesregierung wird auch beim Ausbau der Mischfinanzierung ihre entwicklungspolitischen Ziele nicht vernachlässigen. Das erklärte der Parlamentarische Staatssekretär Volkmar Köhler zu den Bonner Bemühungen, dieses Instrument (also die Mischung von Kapitalhilfen und kommerziellen Krediten) künftig noch stärker auszuweiten. Allerdings läßt sich nicht sagen, in welchem Ausmaß dies geschehen wird.

Seit 1983 hat der Umfang der Mischfinanzierung „erheblich zugenommen". Köhler erinnerte an einen einstimmigen Beschluß des Deutschen Bundestages vom 5. März 1982, der die Bundesregierung zum verstärkten Einsatz ermuntert. 1983 erreichte das Volumen rund 1,3 Milliarden Mark, davon 758 Millionen Mark Kapitalhilfe und 572 Millionen Mark kommerzielle Kredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KW) in Frankfurt. Bis September 1984 haben die Zusagen bereits 1,2 Milliarden Mark erreicht, davon die Hälfte Kapitalhilfe. Diese Entwicklung zeigt zweierlei: Es wurde nicht nur das Volumen kräftig erhöht, sondern auch der Anteil der Kapitalhilfe reduziert. Diese „Streckung" gestattet folglich ein höheres Finanzierungsvolumen beim gleichen Einsatz von Kapitalhilfe.

Für die KW-Kredite gibt Bonn eine Hermes-Deckung. Da diese grundsätzlich nur für die Finanzierung deutscher Lieferungen gewährt wird, führt die Mischfinanzierung zwingend zu hohen deutschen Lieferanteilen mit positiven Beschäftigungseffekten. Ob mit einem bestimmten Entwicklungsland Mischfinanzierungen vereinbart werden können, hängt somit auch von der Frage ab, ob im Einzelfall Hermes-Deckung gewährt werden kann oder aber der Deckungsrahmen bereits ausgeschöpft ist.

Die Bundesregierung will mit der neuen Marschrichtung nicht den internationalen Konditionenwettlauf anheizen. Köhler erwähnte beispielhaft, daß keine „Lockvogelangebote" geplant seien. Dabei werden zum Beispiel bestimmte Beträge an Kapitalhilfe und kommerziellen Krediten für die Plazierung von Großaufträgen in Aussicht gestellt.

Die Bundesregierung hatte in diesem Zusammenhang bereits bei der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) die Einrichtung einer Evidenzzentrale vorgeschlagen, um solche Praktiken nachzuweisen, bisher jedoch ohne Erfolg.

Daß zentrale entwicklungspolitische Ziele der Bundesregierung nicht unter der Mischfinanzierung leiden, verdeutlicht Köhler mit einigen Zahlen. Danach entfielen 1982 (Ist) auf Projekte der Grundbedürfnisorientierung 25,3 Prozent der Zusagen, 1984 (Soll) werden es etwa 28,5 Prozent sein. Für die ländliche Entwicklung lauten die Zahlen 16,1 und 20,1 Prozent und für Energievorhaben 28,6 und 31,8 Prozent.

Apotheker an die Kandare

Von PETER JENTSCH

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm hat die Linie vorgegeben, die den „Medizinbetrieb" zum Handeln zwingt: Die Bundesregierung, so mahnte er jüngst, sei nicht bereit, eine weitere exorbitante Kostensteigerung im Gesundheitswesen und damit eine Gefährdung der Beitragsstabilität in der gesetzlichen Krankenversicherung hinzunehmen.

Aus offensichtlichen Gründen: Eine weitere Belastung der Arbeitnehmer durch höhere Sozialabgaben schwächt die Kaufkraft und verführt zu höheren Tarifforderungen. Und richtig ist auch, daß die Lohnnebenkosten, die Soziallast der Arbeitgeber, nicht weiter steigen darf, sollen nicht der wirtschaftliche Aufschwung und damit weitere Arbeitsplätze gefährdet werden.

100 Milliarden Mark zahlt allein die gesetzliche Krankenversicherung jährlich für die Gesundheit ihrer Versicherten, ohne daß diese Summe erkennen ließe, daß deren Gesundheit auch wirklich wächst. Bei 11,8 Prozent des Bruttoarbeitsverdienstes liegt mittlerweile der durchschnittliche Beitragssatz. Und ginge es in diesem System nur nach Angebot und Nachfrage, könnte die Zahl der Ärzte, Zahnärzte und Apotheker weiterhin ungehindert wachsen und die Kliniken mehr als notwendig behandeln, wären weiteren Beitragssteigerungen Tür und Tor geöffnet. Bereits in diesem Jahr droht der gesetzlichen Krankenversicherung ein Defizit von 3,5 bis vier Milliarden Mark.

Blüm hat deutlich gemacht, daß er einer solchen Entwicklung nicht tatenlos zusehen will. Er hat in diesem Sinne eine Reform der Krankenhausfinanzierung auf den Weg gebracht, deren Erfolg freilich am Eigensinn der Länder zu scheitern droht. Und er hat zugleich deutlich gemacht, daß er nach dieser „Hausaufgabe" die Ärzte und die Pharmaindustrie an die Kandare nehmen will. Wobei er nicht müde wird zu bekunden, Lösungen aus der Selbstverwaltung Vorrang einzuräumen vor staatlichen Maßnahmen.

Nach dem Scheitern der Verhandlungen zwischen den Krankenkassen und der Pharmaindustrie über eine Begrenzung der Arzneimittelausgaben (die Gespräche werden indes fortgesetzt) ist jetzt eine Lösung zumindest dieses Teilproblems in Sicht, das die Krankenkassen aber kurzfristig um immerhin 1,4 Milliarden Mark entlasten könnte. Eine Lösung, die freilich auf dem Rücken der quantitativ schwächsten Gruppe im Gesundheitswesen, den rund 16 000 Apothekern ausgetragen werden wird.

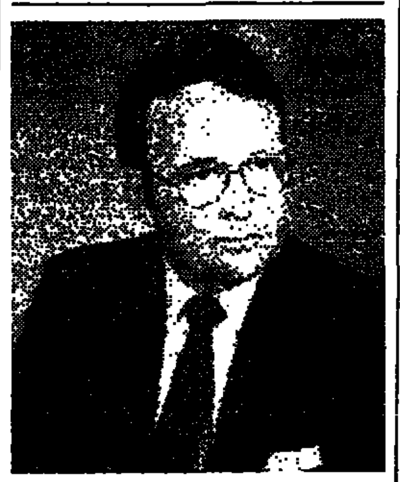
Die Lösung: Hand in Hand mit den Kassenärztlichen Vereinigungen (KV) wollen die Ortskrankenkassen das Verordnungsverhalten der Ärzte beeinflussen, um die Arzneimittelverordnungen um etwa zehn Prozent zu senken. Rund 14 Milliarden Mark zahlen die Kassen jährlich für Arzneimittel aus Apotheken. Eine Verminderung dieser Aufwendungen um zehn Prozent entlastet die Kassen um 1,4 Milliarden Mark, entzieht aber auch den Apothekern den entsprechenden Umsatz – jedem Apotheker durchschnittlich 87 500 Mark. Es ist abzusehen, daß diese Lösung einigen Apothekern die Existenzgrundlage entziehen wird.

Dennoch ist dieses vom Vorsitzenden des Bundesverbandes der Ortskrankenkassen, Willy Heitzer, favorisierte Modell im gesamtwirtschaftlichen Interesse zu bejahen. Denn anders als etwa der nur langfristig zu schaffende Bettenabbau in den Krankenhäusern oder die nur ebenso langfristig zu steuernde Entwicklung der Arztzahlen, bietet sich hier eine kurzfristige Lösung, die den Kassen schnell Luft verschafft. Und nur diese „Luft" kann noch verhindern, daß bereits spätestens Anfang 1986 die Beiträge wieder gewaltig steigen werden.

Kartellrechtliche Probleme werden sich im übrigen kaum ergeben, wenn sich die Kassen und die Kassenärztlichen Vereinigungen einig sind. Letztere signalisieren aber bereits ihre Zustimmung, da sie andererseits nicht damit rechnen können, Mitte nächsten Jahres Honorarerhöhungen durchzusetzen. Und schließlich soll ja kein Arzt gezwungen werden, notwendige Medikamente nicht zu verordnen; er soll nur über verbesserte Arztinformationen und Preisvergleichslisten angehalten werden, günstiger zu verordnen.

Auch die Pharmaindustrie wird dieser Lösung positiv abwartend gegenüberstehen. Die sieben umsatzstärksten Pharmaunternehmen erreichen auf dem deutschen Markt nur 33 Prozent ihres Umsatzes. Drei Prozent weniger macht sie auch nicht ärmer.

AUF EIN WORT



„Unser Wirtschaftswachstum basiert auf der Entscheidungs- und Risikobereitschaft des freien Unternehmertums. Eine Einschränkung muß die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und damit auch die soziale Stabilität unseres Landes drosseln."

Edgar v. Hobe, geschäftsführender Gesellschafter Riensch & Held GmbH & Co., Hamburg. FOTO: RIENSCH + HELD

Stromverbrauch nimmt weiter zu

dpa/VWD, Berlin

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) rechnet für dieses Jahr mit einem Zuwachs von 4,5 Prozent beim Verbrauch von elektrischer Energie in der Bundesrepublik, prophezeit für 1985 und für die folgenden Jahre aber eine durchschnittliche Erhöhung von „lediglich zwei Prozent". Dies würde für 1990 ein Bruttostromverbrauch von etwa 450 Mrd. Kilowattstunden (kWh) bedeuten. Für das laufende Jahr wird mit 400 Mrd. kWh gerechnet. In den ersten sieben Monaten 1984 war die Erzeugung auf Kernenergiebasis um 43 Prozent höher als im Vorjahreszeitraum, auf das Jahr hochgerechnet dürften es über 20 Mrd. kWh beziehungsweise fast ein Drittel mehr als 1983 sein.

OPEC-KONFERENZ

Einigung über Kürzung der Produktionsquoten

IRENE ZÜCKER, Genf

Nach zweieinhalb Tagen intensiver Verhandlungen wurde die 71. Opec-Sonderkonferenz mit einem sehr mageren Resultat beendet. Beschlossen wurde, den gegenwärtigen Richtpreis für „Arabian Light" von 29 Dollar zu verteidigen sowie die Marktsituation durch einen Produktionsschnitt von 17,5 auf 16 Millionen Barrels pro Tag zu konsolidieren. Von der Produktionsreduktion von 1,5 Millionen Faß ab 1. November 1984 werden zehn Opec-Mitglieder zusammen eine Solidaritätsmenge von gemeinsam 0,853 Millionen Faß übernehmen, während sich Saudi-Arabien für die Differenz von 0,647 Millionen Faß verpflichtet hat.

Nicht-Opec-Konferenzbeobachter Ägypten und Mexiko werden auf je 13 000 Barrel Produktion verzichten. Nur Irak und Nigeria haben sich standhaft geweigert, ihre Fördermenge zu kürzen. Zudem wurde Nigeria gestattet, seinen einseitig gesenkten Preis bis Ende 1984 zu behalten.

Weiter haben sich die Konferenzmitglieder verpflichtet, sich in den kommenden Monaten an die Opec-Preise und die ihnen zugestandenen Förderquoten auch effektiv zu halten. Drittens wurde ein ministerielles Komitee für Preisunterschiede (Differentials) gegründet. Dieses Komitee wird sich mit der Preisspanne zwischen schwerem und leichtem Rohöl befassen und der Opec-Konferenz vom 19. Dezember 1984 in Genf Empfehlungen vorlegen.

Nach Ansicht der in Genf anwesenden Ölgesellschaften und Experten des Spot-Marktes ist der mäßige Produktionsschnitt von 1,5 Millionen Barrel viel zu gering, um einen weiteren Preisverfall aufzuhalten.

SAARSTAHL-HILFE

EG gab Zustimmung nur unter strenger Auflage

WILHELM HADLER, Brüssel

Die EG-Kommission hat ihren Einspruch gegen die aus Landesmitteln geplante neue Beihilfe für die Arbed Saarstahl GmbH in Höhe von 77 Mill. DM zurückgezogen und dem notleidenden Unternehmen damit das vorläufige Überleben gesichert. Ausschlaggebend für diesen Beschluß war die Bereitschaft der Bundesregierung, die internationale Beratungsfirma McKinsey mit der Ausarbeitung eines Gutachtens über den Restrukturierungsplan von Arbed Saarstahl zu beauftragen und sich – unabhängig von dem Ergebnis dieser Untersuchung – an die Folgerungen McKinseys zu halten.

Die Beihilfe war von Bonn Ende September zur Genehmigung präsentiert worden. Der zuständige holländische Wettbewerbskommissar, Frans Andriessen, hatte sie jedoch unter Berufung auf den Beihilfenkodex für die europäische Stahlindustrie für unzulässig erklärt. Nach den EG-Bestimmungen dürfen staatliche Beihilfen nur noch dann – und zwar bis Ende 1985 befristet – vergeben werden, wenn durch sie die Lebensfähigkeit der begünstigten Unternehmen sichergestellt wird. Der bisherige Plan von Arbed Saarstahl gab nach Ansicht der Kommission keine hinreichenden Garantien in dieser Hinsicht. Die neue Beihilfentranche ist eindeutig eine Subvention zur Deckung der laufenden Betriebskosten.

Das geplante Gutachten soll spätestens in drei Monaten vorliegen. Das bedeutet, daß die saarländische Landesregierung noch vor den Landtagswahlen Farbe bekennen muß, welche Opfer für die weitere Sanierung des Unternehmens unerläßlich sind. Bisher hat die Kommission für Arbed Saarstahl Beihilfen von 277 Mill. DM genehmigt.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Bleifrei sieben Pfennig teurer

Hamburg (dpa/VWD) – Ab Anfang November werden die großen Mineralölgesellschaften in der Bundesrepublik den Vertrieb von bleifreiem Normalbenzin an nahezu 60 Autobahnstationen und je nach Marke an mehreren Dutzend Straßentankstellen aufnehmen. Wie aus Kreisen der Benzinfirmen gestern zu erfahren war, dürfte bleifreier Kraftstoff um sieben Pfennig je Liter teurer sein als der bisher übliche verbleite Treibstoff. Neben den bereits vorhandenen bleifreien Tankstellen entwickelt sich voraussichtlich bis zum Jahresende ein Netz von etwa 500 solcher Zapfstellen.

Mehr Arbeitslose

Brüssel (rtr) – Die Zahl der Arbeitslosen wird nach Schätzung der EG-Kommission im kommenden Jahr in der Europäischen Gemeinschaft (EG) trotz realen Wirtschaftswachstums zunehmen. Die Arbeitslosenquote werde sich auf 11,5 Prozent von elf Prozent in diesem Jahr erhöhen, hieß es in einem gestern veröffentlichten Konjunkturausblick. Die wirtschaftliche Erholung gewinne zwar an Schwung, doch werde ein reales Wirtschaftswachstum von 2,3 Prozent im kommenden Jahr nicht zum Abbau der Arbeitslosenzahl führen.

Umschuldung verzögert

New York (VWD) – Die wachsenden Zinsrückstände auf Auslandsverbindlichkeiten der privaten Wirtschaft Venezuelas verzögern eine neue 90tägige Umschuldung der venezolanischen Auslandsschulden. Dies verlautete aus Bankenkreisen am Rande der seit zwei Tagen laufenden Verhandlungen zwischen Venezuela und dem Lenkungsausschuß der Gläubigerbanken des Landes. Diese Kreise schätzen die Zinsrückstände aus dem privaten Bereich auf mittlerweile mehr als eine Mrd. Dollar.

Eurocheque-Limit erhöht

Bonn (dpa/VWD) – Italien und Jugoslawien erhöhen die garantierten Höchstbeträge für in Landeswährung ausgestellte Eurocheques ab 1. Januar 1985 auf 250 000 (200 000) italienische Lire (400 Mark, bisher 325 Mark) und 20 000 (10 000) jugoslawische Dinare (330 Mark, bisher 165 Mark). Auch in Island können jetzt 5 000 statt bisher 3 000 isländische Kronen eingetauscht werden.

Golfstaaten für IDA

Manama (dpa/VWD) – Arabische Öllãnder am Persischen Golf sind bereit, zur Auffüllung der Mittel der zur Weltbank gehörenden Entwicklungsgesellschaft International Development Association (IDA) sowie zur Erhöhung des Weltbank-Kapitals beizutragen. Dies verlautete gestern anläßlich der Gespräche des Wektbankpräsidenten Alden W. Clausen aus Finanzkreisen am Golf.

Kernenergie-Stopp

Paris (dpa/VWD) – Die französische Regierung fährt ihr einst ehrgeiziges Kernenergieprogramm kräftig zurück. Der Ministerrat beschloß gestern den Bau von jeweils nur noch einem Kraftwerksblock mit einer Leistung von 1 300 Megawatt in den nächsten beiden Jahren, bestätigte Energie-Staatssekretär Martin Malvy.

Auftrag aus der UdSSR

Duisburg (dpa/VWD) – Das Duisburger Handelshaus Klöckner und Co. hat aus der Sowjetunion einen Großrohrauftrag im Gesamtwert von rund 300 Millionen DM erhalten. Die Rohre werden von der Firma Bergrohr GmbH (Herne) gefertigt und in den ersten neun Monaten des kommenden Jahres ausgeliefert. Klöckner übernimmt die kaufmännische Abwicklung.

„Orgatechnik" erfolgreich

Düsseldorf (Py.) – Die Ergebnisse der jetzt beendeten 5. Internationalen Büromesse „Orgatechnik 84" hat nach Auskunft der Messeleitung die Erwartunmgen der Branche weit übertroffen. Auf der Messe waren unter den 1253 Ausstellern 323 ausländische Firmen vertreten.

Bestand erhalten

Bonn (dpa/VWD) – Bei dem jetzigen Versorgungsstand ist der Wohnungsneubau nicht mehr das entscheidende, erklärte Wohnungsbauminister Oscar Schneider gestern auf einem Seminar. Wesentlicher seien die Bestandinvestitionen, die noch mehr zunehmen müßten. Schon jetzt ist ihr Anteil an den gesamten Wohnungsbauinvestitionen von 20 Prozent im Jahre 1973 auf derzeit 35 Prozent gestiegen.

DEUTSCHE BUNDESBAHN

Im Durchschnitt werden die Tarife um 2,5 Prozent steigen

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die Tarife der Bundesbahn steigen bereits zum 1. Januar im Durchschnitt um 2,5 Prozent. Betroffen davon seien, wie sie mitteilt, nur Teilbereiche. Allerdings geht die Tariferhöhung über den für das nächste Jahr erwarteten Anstieg der Lebenshaltungskosten hinaus. Von dieser Tariferhöhung verspricht sich die Bundesbahn Mehreinnahmen von rund 100 Millionen Mark.

Im Berufs- und Schülerverkehr werden die Wochenkarten je nach Entfernung um mindestens 60 Pfennig teurer, die Monatskarten um mindestens eine Mark. Auch für den Busverkehr bewegen sich die Erhöhungen etwa in gleicher Größenordnung.

Unverändert bleiben die Preise für Pässe, Zuschläge und die Tourenkarten. Teurer werden im Nahverkehr die Einzelfahrausweise über 15 Kilometer und im Fernverkehr bis 71 Kilometer, von 120 bis 161 Kilometer und über Strecken, die länger als 180 Kilometer sind. Die Nahverkehrskarten zwischen 16 und 50 Kilometern kosten künftig 20 Pfennig mehr.

Seit einigen Jahren verfolgt die Bundesbahn in ihrer Tarifpolitik die Strategie, sich den Möglichkeiten des Marktes anzupassen. Verkehrsexperten haben Bedenken, ob angesichts der hohen Arbeitslosigkeit und der kaum steigenden Realeinkommen sowie der stagnierenden Kraftstoffpreise selbst solche Preiserhöhungen ohne Einbußen beim Fahrgastaufkommen durchgesetzt werden können.

Einige Preisbeispiele: Die Fahrkarte zweiter Klasse Heidelberg–Mannheim (18 Kilometer) kostet heute 3,60 Mark und wird im Januar um 20 Pfennig teurer. Kiel–Basel (983 Kilometer) kostet heute 174, künftig 178 Mark.

SCHLESWIG-HOLSTEIN / Minister Westphal zur Entwicklung des Landes

Wachstumsrate im Bundestrend

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Das Schlagwort vom Süd-Nord-Gefälle läßt der schleswig-holsteinische Wirtschaftsminister Jürgen Westphal nicht für sein Land gelten. Vielmehr hat sich seiner Meinung nach Schleswig-Holstein in den letzten Jahren zu einem modernen Industriestandort mit einer breit gefächerten Produktpalette entwickelt.

Als einziges norddeutsches Land habe Schleswig-Holstein, so Westphal in einem Gespräch mit der WELT, seinen Anteil am realen Bruttoinlandsprodukt der Bundesrepublik erhöhen können. Zwischen 1970 und 1983 habe das Bruttoinlandsprodukt in Schleswig-Holstein real um 38 Prozent zugenommen. Damit wurde das nördlichste Bundesland nur noch von Bayern mit 44 und Hessen (40 Prozent) übertroffen. Heute liegen die Wachstumsraten Schleswig-Holsteins im Bundestrend.

Die Industriestruktur des Landes habe sich in den vergangenen Jahren erheblich gewandelt. Während die zukunftsträchtigen Branchen des Maschinenbaus, der Chemie und der Elektrotechnik ihre Position ausbauen konnten, seien die Beschäftigtenanteile der Textilindustrie und des Schiffbaus kontinuierlich gesunken.

Wie im Süden der Bundesrepublik, so seien auch in Schleswig-Holstein wesentliche Wachstumsimpulse aus dem Dienstleistungsbereich gekommen. Wenn trotzdem von Süd-Nord-Gefälle gesprochen werde, so könne dies nur für Nordrhein-Westfalen und die Nord-West-Küstenregion im Raum Bremen/Hamburg gelten.

Schleswig-Holstein habe seit Monaten die niedrigste Arbeitslosenquote aller norddeutschen Länder. Daß sie trotzdem über dem Bundesdurchschnitt liege, führt Westphal auf die ungünstigere demographische Entwicklung zurück.

Die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" habe entscheidend zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in entwicklungsfähigen Wirtschaftsbereichen beigetragen. Sie habe die Wirtschaftskraft und Wettbewerbsfähigkeit des Landes nachhaltig verbessert. Die Landesregierung in Kiel sieht in diesem Instrument der regionalen Strukturpolitik ein geeignetes Mittel zur Bewältigung noch anstehender Probleme.

Westphal: „Um das interne Entwicklungspotential des Landes weiter zu stärken, setzt sie sich dafür ein, daß neben der Industrie auch beschäftigungsintensive und moderne Dienstleistungs- sowie Handwerksbereiche in die Förderung der Gemeinschaftsaufgabe einbezogen werden." Überdies müsse Norddeutschland stärker bei der Vergabe von Forschungsgeldern berücksichtigt werden. Hier sei der Bund gefordert.

COMECON-TAGUNG

Mehr Hilfe für die ärmeren Staaten

AFP, Havana

Der Rat für gegegenseitige Wirtschaftshilfe der Ostblockstaaten (Comecon) hat auf seiner Tagung in Havana seine Absicht bekräftigt, die Hilfe für die am wenigsten entwickelten Comecon-Länder – Kuba, Vietnam und Mongolei – zu verstärken. Der sowjetische Ministerpräsident Nikolai Tichonow betonte, die UdSSR werde in diesen Ländern einen Entwicklungsstand versuchen zu erreichen, der mit dem der europäischen Comecon-Länder vergleichbar ist.

Der Ministerpräsident der „DDR", Willy Stoph, hob hervor, sein Land werde gemäß den Beschlüssen der Gipelkonferenz des Comecon in Moskau seine Anstrengungen fortsetzen, „die wirtschaftliche Entwicklung der ärmsten Länder des Comecon zu beschleunigen". Auf dieser Konferenz des sozialistischen „Gemeinsamen Marktes" im Juni dieses Jahres war die Notwendigkeit einer gerechteren Verteilung der Hilfe für diese Länder innerhalb der Organisation unterstrichen worden.

Auch der Wunsch nach bedeutenden Energieeinsparungen wurde auf der Tagung in Havana bekräftigt. Tichonow akzentuierte, die UdSSR werde ihren sozialistischen Partnern weiter Erdöl und Rohstoffe liefern. Gleichzeitig betonte er jedoch, daß alle Energie sparen müßten. Nikolai Raibakow, wichtigster Planungsverantwortlicher in der UdSSR und innerhalb des Comecon, sprach seinerseits von „Schwierigkeiten, den Ölbedarf (der sozialistischen Länder) zu decken". Um diesen Schwierigkeiten Herr zu werden, müsse der Gasanteil in der Energiebilanz der Länder der Organisation erhöht werden. Er forderte die Mitgliedsstaaten auf, ihre Investitionen für den Bau von Betrieben zur Produktion des zur Verbesserung der Ölraffinage benötigten Materials in der UdSSR zu erhöhen. Dieses Material werde von den sozialistischen Ländern zu oft in den kapitalistischen Staaten erworben.

Der kubanische Staats- und Parteichef Fidel Castro hatte die wirtschaftlichen Erfolge seines Landes – nach Castros Angaben 9,8 Prozent Wachstum 1984 – hervorgehoben und sie der Zusammenarbeit im Comecon zugeschrieben. Er räumte ein, daß Kuba in diesem Jahr seinen Verpflichtungen für Rohstofflieferungen nicht habe nachkommen können.

ITALIEN / In die wirtschaftlichen Krisengebiete fließen erheblich mehr Mittel als in Forschung und Technologie

Nur teilweise konkurrenzfähig mit EG-Partner

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Die italienische Industrie riskiert auch im kommenden Jahr aus den staatlichen Forschungs- und Entwicklungsfonds nur einen Bruchteil der Beträge zu erhalten, die im Staatshaushalt für die Erhaltung von Krisenbereichen vorgesehen sind. Das von der Regierung dem Parlament vorgelegte Finanzgesetz 1985 stellt für Zwecke der Forschung und der Innovations-Förderung jeweils 500 Mrd. Lire (800 Mill. DM) zur Verfügung, während den Werften 600 Mrd. Lire und den Staatsbetrieben für Verlusttilgungen 3000 Mrd. Lire in Aussicht gestellt werden.

Seit Jahren schon hinkt Italien den anderen Ländern der Europäischen Gemeinschaft weit hinterher, was die Finanzierung oder die Förderung von Forschungs- und Entwicklungsprojekten anbelangt. Am Bruttosozialprodukt gemessen erreichen die Ausgaben dafür nur etwas mehr als die Hälfte von dem, was die anderen EG-Partner aufwenden. Mehr als 50 Prozent davon bringen die Unternehmen auf. Von den Mitteln, die der Staat für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben ausgibt, gehen dagegen nur acht Prozent an die Industrie, gegenüber immerhin 25 Prozent im Falle Frankreich. Dabei ist zu berücksichtigen, daß Italiens Bruttosozialprodukt noch immer wesentlich niedriger ist als das der anderen großen EG-Partnerstaaten.

Eine Trendwende schien sich erstmals vor zwei Jahren abzuzeichnen, als neben dem Staatsfonds für angewandte Forschung, der 1982 „dereguliert" und den Wünschen der Unternehmen nach schnelleren Vergabeverfahren besser angepaßt wurde, auch ein Fonds zur Förderung technologischer Innovationen entstand. Schon nach einer kurzen Anlaufzeit stellte sich aber heraus, daß die Bürokratie stärker war als die Deregulierung. In beiden Fällen blieb die Auszahlung der Fördermittel weit unter den bereitgestellten Beträgen. Hinzu kommt: Knappe Haushaltsmittel fließen dieses Jahr den staatlichen Verlustbetrieben zu.

Trotz dieser Wettbewerbsnachteile gehört die italienische Industrie zweifellos zur internationalen High Tech-Riege, was den Bau von Personal-Computern, numerischen Steuerungssystemen und Industrierobotern anbelangt. Firmen, wie beispielsweise Europas größtes Informatik-Unternehmen Olivetti und die Fiat-Tochter Comau, bieten hier Spitzenprodukte, die es mit der japanischen und US-Konkurrenz aufnehmen können. In anderen Bereichen wie der Nachrichten- und Fernmeldetechnik, die heute für die Büroautomation von ausschlaggebender Bedeutung geworden ist, haben die italienischen Hersteller technologisch dagegen nicht viel zu sagen und sind heute daher auf Kooperations- und Lizenzvereinbarungen mit ausländischen Unternehmen angewiesen.

An der italienischen Gesamtausfuhr sind High Tech-Produkte seit Jahren ziemlich unverändert mit nur elf Prozent beteiligt. Die italienische Exportwirtschaft konnte sich auf den Weltmärkten bisher dennoch gut behaupten und von Jahr zu Jahr breitere Marktsegmente abschneiden, weil die Unternehmen vital und reaktionsfähig genug waren, um ihre Produktionsprozesse den ständigen technologischen Veränderungen anzupassen. Das betrifft auch solche Traditionsbereiche wie die Bekleidungsindustrie, in der Italien mittlerweile größter Weltexporteur ist. Italiens Erfolge mit der Anwendung und Verfeinerung neuer Fertigungsverfahren haben bislang das schmale Angebot an High Tech-Produkten ausgeglichen.

Die Tatsache, daß sich die Außenhandelsbilanz seit Jahrzehnten im Defizit befindet und in den letzten zehn Jahren der Anteil von Erzeugnissen mit niedriger Technologie an der Ausfuhr von 39 auf 44 Prozent zu-, der von Produkten mit „mittlerer" Technologie hingegen von 50 auf 45 Prozent abnahm, wird in der Industrie inzwischen aber als Alarmzeichen gewertet.

Von entscheidender Bedeutung wird daher in Zukunft sein, welche Unterstützung der Staat zu leisten imstande ist und wie weit der Technologie-Einkauf durch Beteiligungen an ausländischen Venture-Capital-Firmen, durch Lizenz und Kooperationsabkommen es schafft, das Technologiegefälle zu verkürzen. An Geld fehlt es dem Staat nicht. Nur hat die beschäftigungs- und sozialpolitisch motivierte Mittelverteilung noch einen höheren Stellenwert als weitblikkende Industriepolitik.

UNGARN / Kooperation mit westlichen Firmen gesucht

Hohe Auslandsverschuldung

dpa/VWD, Frankfurt

Mit Gemeinschaftsunternehmen unter Beteiligung westeuropäischer Firmen will Budapest die ungarische Exportwirtschaft stärken, den notwendigen Strukturwandel des Landes vorantreiben und es in den Welthandel integrieren.

Für eine bessere Position auf westlichen Märkten fehlt nach Darstellung des Generaldirektors der ungarischen Handelskammer, Gerd Biro, den heimischen Unternehmen vielfach noch der Kontakt zu Weltfirmen. Bislang beschränke sich die Zusammenarbeit mit westlichen Firmen auf kleinere Unternehmen, erklärte Biro in Frankfurt.

Obwohl die Beteiligung ausländischer Gesellschaften an gemeinsamen Produktionsunternehmen gesetzlich auf 49 Prozent beschränkt ist, sieht Biro darin keine Probleme für eine Kooperation. Zum einen gebe es Ausnahmen durch das Wirtschaftsministerium in Budapest, zum anderen seien sämtliche Fortschritte der ungarischen Wirtschaftsreform „durch die Überwindung von Dogmen erreicht worden".

Der ungarische Export geht zur Hälfte in die Länder des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), die andere Hälfte wird in westliche Länder geliefert, wobei die Bundesrepublik – hinter der UdSSR – der wichtigste Außenhandelspartner ist. Bei den Ausfuhren in den Westen stehen landwirtschaftliche Erzeugnisse an erster Stelle. Längerfristig will Ungarn jedoch mehr Umsätze mit industriellen Erzeugnissen erzielen.

Der Überschuß im Außenhandel betrug nach Angaben des Direktors der Ungarischen Handelskammer für die Jahre 1982 und 1983 zusammen eine Milliarde US-Dollar. Auch 1984 dürfte der Aktivsaldo „einige hundert Millionen Dollar" betragen. Der Handelsbilanzüberschuß wird jedoch allein durch die anfallenden Zinsen für Auslandskredite aufgefressen. Westliche Banken schätzen die Verschuldung Ungarns auf rund sieben Milliarden Dollar (rd. 21 Mrd. DM). Für die Tilgung der im Westen aufgenommenen Mittel müssen nach den Worten von Biro neue Kredite – „allerdings zu mittlerweile günstigeren Zinsen" – aufgenommen werden.

Zur Steigerung der Effizienz der Betriebe soll die Mitte der 60er Jahre eingeleitete Wirtschaftsreform weiter vorangetrieben werden.

ÖL / Erster von sieben ausländischen Konzessionären beginnt mit Bohrungen in dänischen Hoheitsgewässern

Dänemarks Preissystem behindert Gas-Absatz

M. DUGGAN, Kopenhagen

Dänemarks Jagd auf Öl und Gas in der Nordsee wird heute in eine neue Runde gehen. Die „British Oil Exploration Company" – kurz Britoil genannt – wird nämlich als erste von sieben Konzessionären mit Bohrungen in dänischem Hoheitsgebiet beginnen und somit die Ära des einstigen Alleinkonzessionärs, des „Dänischen Untergrund Konsortium" (DUC), beenden.

Bereits jetzt deckt die Ölförderung nach Angaben des DUC-Konsortiums, dem die dänische Firma A. P. Moeller ebenso angehört wie Shell, Texaco und Chevron, rund ein Viertel des dänischen Bedarfs, der sich im vergangenen Jahr auf 9,9 Millionen Tonnen belief. Aus ihrem neuen Erdgas-Netz, das Ministerpräsident Poul Schlueter vor kurzem in Betrieb setzte, würden die Dänen mehr und mehr Gas beziehen und bis 1987 rund 25 Prozent ihres Ölverbrauchs ersetzen. Die staatlichen Energieversorgungsunternehmen hatten bisher allerdings Schwierigkeiten, die „eigene Energie" an den Mann zu bringen.

Die dänische Regierung erteilte die übrigen sechs Konzessionen an internationale Konzerne wie Amoco, Phillips, Getty, Aminoil, British Petroleum und Lochhiel. Das DUC-Konsortium hat seit 1963 allein 68 Bohrungen vorgenommen und fünf Ölfelder eröffnet. Die Forschungs- und Produktionskosten beliefen sich auf rund 34 Milliarden Kronen (rund neun Milliarden Mark).

Entscheidend für die Erforschung der Ölvorkommen in der dänischen Nordsee ist der vergleichsweise niedrige Wasserstand von maximal 50 Metern. Die britichen Felder liegen meist in einer Meerestiefe von 150 Metern. Wären die dänischen Gewässer ähnlich tief wie die britischen, so hätten die Kosten für die dann nötigen Riesen-Bohrtürme womöglich das gesamte Unterfangen finanziell untragbar gemacht, teilte ein DUC-Sprecher mit. Das dänische Nordseeöl ist zwar von der als gut angesehenen Qualität des Brent-Typs, aber die Vorkommen sind geringer als die britischen Lagerstätten.

Dort werden schließlich pro Tag 500 000 Barrel (ein Barrel sind knapp 159 Liter) gefördert, wohingegen die Dänen bis 1986 eine Gesamt-Tagesförderung von 50 000 Barrel anstreben. Obwohl die Vorteile des dänischen Öls bei den Wirtschaftsexperten des Landes nicht in Frage gestellt werden, stieß es bei den Verbrauchern im eigenen Land doch auf Widerstand. So hat das staatliche Energieunternehmen „Dansk Olie Naturgas", das sich verpflichtete, für die nächsten 25 Jahre 55 Milliarden Kubikmeter Erdgas von DUC zu kaufen, teilweise aufgrund eines Preissystems, das industrielle Gas-Gebüren im Verhältnis zu der Höhe der Ölrechnungen setzt, Absatzschwierigkeiten.

Die Weigerung der kommerziellen Unternehmen, dieses Preissystem (eine Firma, die eine teure Ölsorte benutzt, muß für Gas mehr zahlen als eine Firma, die billigeres Öl bezog) zu akzeptieren, erzwang schließlich die Revision. Doch die Dansk Olie Naturgas schaffte es auch danach nicht, mehr als 80 Prozent ihrer Gas-Käufe aus dem ersten Jahr weiter zu verkaufen, so daß ein Überschuß von insgesamt 170 Millionen Kubikmetern entstand.

Doch die Mitte-Rechts-Minderheitsregierung und die oppositionellen Sozialdemokraten fanden eine Lösung. Die Elektrizitätswerke sollten das flaue Geschäft überwinden helfen, indem sie bis zu fünf Öl- und Kohlekraftwerke auf Gas umstellten. Unabhängig davon, ob sie das Gas nun benutzt oder nicht – die „Elkraft and Elsan", Muttergesellschaft aller Elektrizitätsfirmen in Dänemark, muß nun 2,5 Milliarden Kubikmeter Gas bis Ende 1991 bezahlen.

NAMEN

Dr. jur. Fritz Meyer-Struckmann, von 1950 bis 1972 persönlich haftender Gesellschafter des Bankhauses Burkhardt & Co., Essen, und danach bis 1973 Seniorpartner des fusionierten Bankhauses Trinkaus und Burkhardt, Düsseldorf, ist im 77. Lebensjahr verstorben.

Hans Koch, Vorstandsvorsitzer der Veba Kraftwerke Ruhr AG (VKR) und Vorstandsmitglied der Veba AG, vollendet am 1. November sein 65. Lebensjahr.

Joachim Simmroß wurde zum stellvertretenden Vorstandsmitglied der Hannover Finanz GmbH, Hannover, und in Personalunion zum Geschäftsführer der Wirtschaftspartner Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin, bestellt.

Armin Schäfer, seit 1974 Geschäftsführer der Finanz-Leasing GmbH, wird aus Gesundheitsgründen zum 31. Dezember in den Ruhestand treten.

Dr. **Josef Schniedermann**, von 1954 bis 1973 Vorstandsmitglied der Siemens Ag, Berlin/ München, ist am 29. Oktober im Alter von 77 Jahren gestorben.

Heinrich Ropers, Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Kartoffelhandels und der Europäischen Union des Kartoffelgroßhandels ist im Alter von 69 Jahren am 27. Oktober verstorben.

Dr. **Eckhard Weber**, Geschäftsführer der Deutschen Chefaro Pharma GmbH, Waltrop, übernimmt zum 1. November 1984 die Geschäftsleitung der Prof. Dr. med. Much AG, Bad Soden. Er wurde zum Vorstandsvorsitzenden für die Much AG und als Geschäftsführer von drei weiteren Unternehmen der Much-Gruppe bestellt.

Sylvester T. Hinkes (52) ist zum Vorstandschef der HAG GF AG, Bremen bestellt worden. Er ist Nachfolger von **Uwe Karsten** und wird gleichzeitig als Area Director für Deutschland bei General Foods Europe in Brüssel tätig sein. Zum weiteren Vorstandsmitglied mit den Ressorts Marketing wurde **Mark Sloan** (43) berufen.

GASTGEWERBE

Urlaubsgeld wird „spitz kalkuliert“

HEINZ STÜWE, **Bonn**

Hotels und Gaststätten gehörten in den letzten Jahren zu den Betrieben, die oft vergeblich Arbeitskräfte suchten. Dies hat sich geändert. Der Präsident des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes (Dehoga), Leo Imhoff, konnte jetzt von einem entspannten Arbeitsmarkt berichten. Der Bedarf an Fachkräften könne überall gedeckt werden. Seit 1979 hat die Branche 56 000 neue Arbeitsplätze geschaffen und zudem im vergangenen Jahr erneut das Ausbildungsangebot um 12 Prozent auf 49 013 Stellen ausgeweitet, betonte Imhoff. Von den insgesamt 800 000 Beschäftigten sind 16 Prozent Ausländer, ein Drittel übt eine Teilzeitarbeit aus.

Das Hauptproblem der 200 000 Betriebe des Gastgewerbes seien die hohen Arbeitskosten, die nach Worten Imhoffs „sehr leicht zu Preisen führen, die vom Gast nicht mehr angenommen werden.“ Hotelgäste profitieren jedoch von einem „irrsinnigen Preiskampf“ aufgrund der Überkapazitäten vor allem in Messestädten. Der Verdrängungswettbewerb treffe vor allem die bescheideneren Häuser, beklagte Imhoff.

Die 1983 um drei Prozent auf 190,8 Mill. gesunkene Zahl der Übernachtungen spiegelt zwei gegenläufige Tendenzen wider, die sich auch 1984 fortsetzten: Auf den Urlaub wird nicht verzichtet, die Zahl der Gäste ist sogar leicht gestiegen, dafür wurde die Urlaubsdauer kürzer. Daß die Urlauber spitz kalkulieren, schließen die Gastwirte daraus, daß sie öfter auf einen Restaurantbesuch verzichten.

Als Umsatzbremse in der diesjährigen Saison wirkte sich der verregnete Sommer aus, unter dem besonders Terrassen- und Gartenwirtschaften und Eisdielen gelitten haben. In den ersten sieben Monaten 1984 verbuchte das Gastgewerbe nach einem Zuwachs von 1,6 Prozent auf 55 Mrd. DM im Vorjahr dennoch ein Umsatzplus von 2,2 Prozent. Das Beherbergungsgewerbe legte um 5,2 Prozent zu, während die Gaststätten-Umsätze mit plus 0,7 Prozent stagnierten. Preisbereinigt ergab sich jedoch wie im Vorjahr (minus 1,5 Prozent) ein Rückgang um 1,4 Prozent. Eine Verbesserung der Zahlen für das ganze Jahr erwartet Imhoff nicht, zumal die Kurzurlauber in der Nachsaison weitgehend ausgeblieben sind.

SAAB-SCANIA / Kapazitäten im Fahrzeugbau werden ausgebaut – Flugzeugentwicklung mit guten Marktchancen

Neue, expansive Aktivitäten versprechen Gewinn

HARALD POSNY, **Hamburg**

Das neugestaltete und in diesem Herbst wiederverwendete Firmensymbol der schwedischen Saab-Scania-Gruppe könnte leicht mißverstanden werden: Mit einer 15jährigen Unterbrechung taucht der gekrönte Greifvogelkopf wieder auf den Produkten des Konzerns auf. Den Gedankenverbindungen zu einem „Phoenix aus der Asche“ will Aufsichtsratsvorsitzender Sten Gustafsson nicht zustimmen. Die Neuorientierung in der längerfristigen Geschäftspolitik aber ist unverkennbar. Und das bedeutet: Konzentration auf die Produktionsbeine Transport und Kommunikationsmittel.

Hier wiederum wird von Gustafsson die Stärke im Segment der schweren Lkw (über 16 t) und im Sektor Pkw die gehobene bis obere Mittelklasse als besonders attraktiv und zukunftträchtig angesehen. Beide Bereiche Scanias (Lastwagen, Busse, Motoren) und Saab Car (Pkw), stellten 1983 vom Gesamtumsatz von 20,8 (18,7) Mrd. skr (100 DM = 294 skr) rund 86 Prozent. Insofern ist Saab-Scania sicher ein Autokonzern geblieben, doch anders ist das Bild, wenn man die Zahl der Mitarbeiter (39 100, davon 7000 außerhalb Schwedens) sieht: 18 500 Scania- und 10 700 Saab Car-Mitarbeitern stehen fast 6200 Beschäftigte im noch jungen, wenngleich expansiven Bereich Saab Aircraft gegenüber, der mit einem Umsatz von 1,5 Mrd. skr (8 Prozent) 16 Prozent der Mitarbeiter hat.

In einer für eine solche Aufgabe außergewöhnlich kurzen Zeitspanne ist in Zusammenarbeit mit dem US-Unternehmen Fairchild ein Flugzeug (Saab Fairchild 340) entwickelt und gebaut worden, deren erste Exemplare schon verkauft waren, als sie noch gezeichnet wurden. Im laufenden Jahr werden 70 Verkäufe und 30 Optionen gebucht. Vier dieser 35sitzigen Zubringer – bzw. im Regionalverkehr (200 km) einsetzbaren Maschinen werden pro Monat gebaut, 72 können es maximal pro Jahr werden. Sten Gustafsson sieht die Marktchancen für das Produkt sehr optimistisch: Bis zum Jahr 2000 werde der Markt weltweit 1500 bis 2000 solcher Maschinen aufnehmen.

Große Anstrengungen und Zuversicht gelten auch den noch jungen Divisions, Saab Scania Combitech (militärische und zivile Raketensysteme, Satelliten-Ausrüstungen, Luftfahrt- und Marine-Kontrollsysteme, Industrie-Elektronik) mit zur Zeit 1700 Beschäftigten und 620 Mill. skr Umsatz und Saab Scania Enertech (Heizkessel, Wärmeaustauscher, Pumpen und Brenner) mit 2000 Mitarbeitern und 903 Mill. skr Umsatz.

Die Neuorientierung konzentrierte sich jedoch auch auf eine stärkere Internationalisierung der Aktivitäten. In den letzten zehn Jahren wuchs der Umsatz um 217 Prozent, der Anteil auswärtiger Märkte aber von 42 auf 59 Prozent. Zu diesem Zweck wurden Unternehmen im Ausland gegründet und Kooperationen, vor allem in den USA (Fairchild) und Europa (Lancia), beschlossen. Vom derzeitigen Umsatz bestreiten zivile und militärische Produkte je die Hälfte.

In einer für die Neuorientierung günstigen Phase zeigt auch der Transportbereich wesentliche Auftriebstendenzen, die vom aufnahmefähigeren Markt aber auch von den eigenen Produkten begünstigt werden. In der Pkw-Fertigung ist die Nachfrage nach dem neuen Saab 9000 so groß, daß die Kapazitäten schon in diesem Jahr beginnend von 105 000 (95 500) auf 120 000 (1985) bis auf 150 000 (1987/88) gesteigert werden.

Im Nutzfahrzeugbereich plant Scania einen Abatz von 23 000 (19 200) Lkw und Bussen. Dieser Bereich hatte schon in den letzten Jahren den höchsten Ertrag gebracht und ermöglicht jetzt auch den Kapazitätsausbau. Stärker als der Umsatz ist schon 1983 der Gewinn vor Rückstellungen und Steuern auf 2 (1,4) Mrd. skr gewachsen. Im laufenden Jahr soll der Umsatz um 25 Prozent, der Gewinn um 35 Prozent steigen.

IATA / Lufthansa-Chef Ruhnau neuer Präsident

Nächstes Treffen in Hamburg

dpa/VWD, **Montreal**

Mit der Wahl des Vorstandsvorsitzenden der deutschen Lufthansa, Heinz Ruhnau, zu ihrem neuen Präsidenten ist in Montreal die Jahresvollversammlung der internationalen Luftfahrtorganisation IATA zu Ende gegangen. Am Vortag war bereits das Lufthansa-Vorstandsmitglied Günter O. Eser zum Nachfolger des ausscheidenden Generaldirektors Knut Hammarskjöld bestellt worden.

Die Vollversammlung der 135 Mitgliedsländer zählenden Vereinigung ziviler Luftfahrtgesellschaften beschloß außerdem, ihre nächste Jahressitzung vom 28. bis 30. Oktober 1985 als Gast der Lufthansa in Hamburg abzuhalten.

In seiner Rede nach der Ernennung zum Jahrespräsidenten betonte Ruhnau, daß sich die wirtschaftliche Situation der Luftfahrtindustrie gebessert habe. Gleichzeitig warnte er aber vor der Gefahr, daß die IATA immer mehr an Einfluß verliere. Während 1960 noch 90 Prozent des internationalen Linienverkehrs von IATA-Mitgliedern abgewickelt worden sei, habe die Rate im letzten Jahr nur noch 70 Prozent betragen.

Ruhnau forderte die Mitglieder auf, angesichts des Drucks von Regierungen und Fluggästen bei der Reform von Tarifsystemen „mehr Flexibilität und weniger Bürokratie“ anzustreben, dabei aber nicht den Schutz des Prinzips eines multilateralen Systems aufzugeben.

In seiner Rede zur Lage der Industrie hatte Hammarskjöld darauf hingewiesen, daß eine anhaltende Aufhellung des allgemeinen Wirtschaftsbildes zu wesentlich besseren Ergebnissen für die IATA-Mitglieder geführt hätte.

Die Bilanz für 1983 habe zwar immer noch Verluste in Höhe von rund einer Viertelmilliarde Dollar ausgewiesen, aber dem stünde eine Fünfjahresserie von minus 6,2 Milliarden Dollar gegenüber, erläuterte Hammarskjöld. Er betonte aber, die Lage sei weiterhin prekär und unsicher.

HAG GF / Aufsichtsrat billigte Umstrukturierung

Personalabbau beschlossen

dpa/VWD, **Bremen**

Der Aufsichtsrat der Hag/GF AG, Bremen hat jetzt die geplanten Umstrukturierungsmaßnahmen beschlossen. Wie das Unternehmen mitteilte, soll die Kundenbetreuung neu-orientiert und der Innendienst gestrafft werden. Im Zuge der Umstrukturierung werde sich die Zahl der Arbeitsplätze bei dem Kaffeeröster, einer Tochtergesellschaft des US-Konzerns General Foods von derzeit 1458 um 346 Stellen vermindern: in Bremen um 133, in Elmshorn um 29 und bei der Vertriebsgesellschaft um 184 Plätze. Sollte der Produktionsbereich „Goldene Tasse“ (Außer-Haus-Verpflegung) nach Berlin verlegt werden, stünden weitere 30 Arbeitsplätze zur Diskussion. Der vorgeschlagene Personalabbau soll mit den Betriebsräten beraten werden, um unter Ausnutzung der natürlichen Fluktuation die Zahl der Kündigungen möglichst gering zu halten.

Mit der Umstrukturierung und der Neubesetzung des Vorstandes – Sylvester Hinkes wurde zum neuen Vorstandsvorsitzenden für den Ende Juli „aus persönlichen Gründen“ ausgeschiedenen Uwe Karsten berufen – soll offenbar versucht werden, die Ertragskraft des Unternehmens zu stärken. Hag/GF schreibt seit einigen Jahren rote Zahlen, zumindest was das Betriebsergebnis betrifft. Für 1983 wurde zwar ein Jahresüberschuß von 12,6 Millionen DM ausgewiesen, er stammte aber aus außerordentlichen Erträgen. Für 1984 mußte aber noch ein Fehlbetrag von 22 Mill. DM vorgetragen werden.

Die Umstrukturierung sieht unter anderem vor, das Markenartikelgeschäft stärker auf Großkunden auszurichten, die Arbeit des Außendienstes mit EDV zu unterstützen und einen schnelleren Service durch ein zentrales Lagersystem zu erreichen. Neben der Konzentration auf ein einziges Zentrallager soll die Kundenbelieferung unter anderem durch spezialisierte Paketdienste erfolgen. Zur Begründung wird auf die fortschreitende Konzentration und den Strukturwandel im Handel verwiesen, der die Industrie zu Anpassungen zwinge.

WAGNISFINANZIERUNGS-GESELLSCHAFT

Auf neue Beine gestellt

INGE ADHAM, **Frankfurt**

Die Deutsche Wagnisfinanzierungs-Gesellschaft mbH (WFG), vor fast 10 Jahren von 29 deutschen Kreditinstituten gegründet und von der Bundesregierung mit einem Risikobeteiligungsvertrag gestützt, wird auf neue Beine gestellt. Künftig wird das Unternehmen ausschließlich Managementfunktionen wahrnehmen und nach einem Fonds-Konzept arbeiten. Die Anteile der „neuen“ Deutschen Wagnisfinanzierungs-Gesellschaft übernehmen jene Gesellschafter, die bisher schon an der WFG mit mehr als 10 Prozent beteiligt sind. Auf die Deutsche Bank entfallen künftig 30, die Dresdner Bank 22, die Commerzbank und die Westdeutsche Landesbank 12 Prozent des neuen Unternehmens.

Starten wird die rein privatwirtschaftlich arbeitende „neue“ WFG zunächst mit der „1. Beteiligungs KG der WFG“; der Fonds soll auf ein verwaltetes Kapital von 100 bis 130 Mill. DM kommen, von dem die genannten Gesellschafter bereits 80 Mill. DM bereitgestellt haben. Die übrigen Gesellschafter der Alt-WFG seien eingeladen, sich an dieser KG zu beteiligen, zusätzlich führe man für die auf rund 10 Jahre angelegte KG Gespräche mit ausländischen Partnern.

Im Mittelpunkt der Fondsaktivitäten stehen Minderheitsbeteiligungen an wachstumsträchtigen mittelständischen Unternehmen, „mit der Absicht, Gewinne zu erzielen“. Dabei soll wie bisher für eine gesunde Verteilung zwischen Neugründungen, jüngeren, wachsenden und älteren Unternehmen gesorgt werden.

Die „alte“ WFG, die ebenfalls im Fondsmodell bis zum Auslaufen der derzeitigen Beteiligungen weitergeführt werden soll, erlebte in ihrem letzten Geschäftsjahr 1983/84 (30. 9.) einen Investitionshöhepunkt: Es wurden 14 neue Engagements mit 20 Mill. DM Investitionen eingegangen. Insgesamt ist die WFG derzeit an 35 Unternehmen beteiligt und hat darin 40 Mill. DM ihres Stammkapitals von 50 Mill. DM investiert, es bestehe also noch eine angemessene Reserve für Nachfinanzierungen.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Unveränderte Dividende

Cuxhaven (VWD) – Die Lohmann u. Co. AG, Cuxhaven, wird für das Geschäftsjahr 1983/84 (30. Juni) eine unveränderte Dividende von sechs Prozent auf die dividendenberechtigten Aktien im Nennwert von 54,5 Mill. DM ausschütten. Für das vorangegangene Geschäftsjahr mußte Lohmann aufgrund erheblicher Verluste im Geflügelschlachtbereich die Dividende von 12 auf 6 Prozent halbieren.

Banktochter in London

Frankfurt (cd.) – Die Deutsche Bank gründet in London eine Tochtergesellschaft unter dem Namen Deutsche Bank Capital Markets Limited. Diese mit 40 Mill. Pfund ausgestattete Gesellschaft, die voraussichtlich im Frühjahr 1985 ihre Tätigkeit aufnimmt, wird im internationalen Investment Banking tätig sein; sie wird sich am zweitwichtigsten Finanzplatz der Welt auf das Emissionsgeschäft vorwiegend in Dollar sowie auf den Handel und die Plazierung von Euroanleihen konzentrieren. Die Londoner Tochter ist quasi eine Schwester der Atlantic Capital Corp. in New York.

Spekulationen um Allianz

Mailand (dpa/VWD) – In Mailänder Versicherungskreisen verdichten sich Spekulationen, daß sich die Allianz Versicherungs-AG , München, maßgeblich an der zweitgrößten italienischen Versicherungsgruppe, der RAS Riunione Adriatica di Sicurta, beteiligt. Die Allianz lehnte einen Kommentar zu den Berichten ab. Die Allianz soll für das Aktienpaket an RAS, die bisher noch von der Finanzholding der Pesenti-Gruppe, Italmobiliare S.P.A. in Mailand, gehalten wird, insgesamt 550 Mird. Lire (900 Mill. DM) geboten haben.

Stahlwerk übernommen

Bonn (DW) – Das Stahlwerk der Mönninghoff GmbH i.K., Hattingen, wird von der Gruppe Erich Georg , Viersen, übernommen und fortgeführt. Nach Angaben der Maklerfirma Horst Angermann, Hamburg, sollen hier zunächst 30 Mitarbeiter beschäftigt werden. Die Firma Erich Georg befaßt sich mit dem Stahlschrotthandel und betreibt eine Walzgiesserei und einen Legierungsbetrieb.

Aktien auf breiter Front fester

Zinssenkung beflügelt die Nachfrage

DW. – Die vorangegangene festere Aktientendenz in New York so wie die sich verfestigenden Hoffnungen auf eine fortschreitende Zinssenkung in der Bundesrepublik haben das Interesse für Aktien wachsen lassen. Von einer kritischen Einstellung gegenüber deutschen Papieren als Resultat der unerfreulichen innenpolitischen Vorgänge kann keine Rede mehr sein. Bankaktien wurden bevorzugt. Zu Sonderbewegungen kam es bei PKI, für die ebenfalls günstige Ertragsaussichten verantwortlich zu machen ist.

Trotz der bei ihnen erzielbaren vergleichsweise hohen Rendite nahmen die Titel der Großchemie am Anstieg nur geringfügig teil. Das Kaufinteresse im Chemiebereich verlagerte ich mehr auf die Spezialwerte, so auf Degussa und Beiersdorf. Auch Chemieverwaltung lagen deutlich fester. Am Bankenmarkt erzielten die Papiere der Dresdner Bank einen überdurchschnittlichen Tagesgewinn. Von der am 28. November stattfindenden Pressekonferenz erhofft man sich Aufklärung über die Dividendenvorstellungen des Vorstandes für 1984. Trotz der wachsenden Investitionsneigung kamen die Maschinenbauaktien nur partiell voran. Für IWKA lebte das spekulative Interesse zu steigenden Kursen auf. Am Elektromarkt wurde der Siemens-Kurs durch die deutsch-ägyptischen Verhandlungen über den Bau eines Kernkraftwerkes in Ägypten angeregt. Für Lufthansa-Vorzüge ist das Interesse zwar abgekühlt, doch zu einem Rückschlag kam es hier nicht.

Düsseldorf: Audi NSU zogen um 10 DM auf 390 DM an, Heinrich verbesserten sich um 4 DM auf 374 DM und Verseidag stiegen um 3,50 DM auf 130 DM an. Conc. Chemie fielen um 5 DM auf 220 DM und Huta verminderten sich um 3 DM auf 72 DM.

Frankfurt: Frankona Rück verbesserten sich um 10 DM auf 355 DM, Lahmeyer zogen um 10 DM auf 385 DM an und Seitz-Einzinger erhöhten sich um 4 DM auf 265 DM. Parkbräu verminderten sich um 10 DM auf 425 DM.

Hamburg: HEW wagen bei 82,50 DM unverändert und NWK Vz. wurden mit 166,20 DM plus 0,20 DM bezahlt. Phoenix Gummi waren mit 118,50 DM plus 0,50 DM gut behauptet. Beiersdorf zogen auf 365 DM plus 6 DM an.

München: Agrob St. fielen um 7,50 DM auf 210,50 DM, Dywidag verminderten sich um 1 DM und Gehe AG gaben um 1,50 DM nach. Audi NSU zogen um 3 DM auf 388 DM an, Flachglas verbesserten sich um 4 DM auf 520 DM und Krauss Maffei schlossen mit einem Plus von 20 DM auf 1720 DM ab.

Berlin: Herlitz Vz. konnten sich um 4 DM, Herlitz St. um 3 DM und Rheinmetall um 1 DM verbessern. Schering und Tempelhofer Feld gaben um je 5 DM, Berthold um 3,50 DM, Otenstein um 2 DM und DUB-Schultheiss um 1,30 DM nach.

Nachbörse: fest

WELT-Aktienindex: 157,6 (156,6)
WELT-Umsatzindex: 2940 (5290)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München

Aktien-Umsätze

Inlandszertifikate

Inland

Freiverkehr

Ungeregelter Freiverkehr

Unnotierte Werte

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

New York

Toronto

London

Amsterdam

Tokio

Zürich

Madrid

Paris

Mailand

Wien

Brüssel

Kopenhagen

Hongkong

Singapur

Sydney

Optionshandel

...

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 30. 10.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9¾–10	5½–5⅝	4½–4⅝
3 Monate	10⅛–10⅜	5¾–6	5 –5¼
6 Monate	10½–10¾	5¾–6	5 –5¼
12 Monate	11 –11¼	5⅞–6⅛	5 –5¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 31. Oktober folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel)*

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1445,00	1795,50
10 US-Dollar (Indian)**)	1190,00	1449,85
5 US-Dollar (Liberty)	465,00	644,10
1 Sovereign alt	231,00	286,40
1 Sovereign Elizabeth II.	227,00	281,58
20 belgische Franken	178,00	230,28
10 Rubel Tscherwonez	241,00	302,10
2 südafrikanische Rand	228,00	281,58
Krüger Rand, neu	1029,00	1212,96
Maple Leaf	1029,00	1212,96
Platin Noble Man	998,00	1175,34
Außer Kurs gesetzte Münzen)*		
20 Goldmark	235,00	295,26
20 schweiz. Franken „Vreneli"	183,00	232,56
20 franz. Franken „Napoleon"	182,00	231,42
100 österr. Kronen (Neuprägung)	951,00	1147,98
20 österr. Kronen (Neuprägung)	189,00	238,26
10 österr. Kronen (Neuprägung)	99,00	129,96
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	438,00	539,22
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	104,00	141,36

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

31. 10. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs. Frankfurt. Ankfs.-Kurs4)	Sorten*) Ankauf	Sorten*) Verkauf
New York3)	3,0236	3,0336	2,9932	2,97	3,06
London1)	3,683	3,697	3,638	3,62	3,77
Dublin1)	3,081	3,095	3,033	3,76	3,91
Montreal3)	2,2969	2,3049	2,2648	2,24	2,34
Amsterd.	88,565	88,785	88,62	87,50	89,50
Zürich	121,490	121,690	121,42	120,00	122,75
Brüssel	4,945	4,965	4,886	4,79	4,99
Paris	32,490	32,650	32,206	31,71	33,50
Kopenh.	27,600	27,720	27,30	26,50	28,25
Oslo	34,370	34,490	33,77	33,25	35,00
Stockh.**)	35,910	35,070	34,41	34,00	35,75
Mailand2) **)	1,607	1,617	1,571	1,57	1,67
Wien	14,205	14,245	14,173	14,15	14,35
Madrid**)	1,779	1,789	1,747	1,67	1,79
Lissabon**)	1,850	1,870	1,761	1,55	2,35
Tokio	1,2430	1,2360	–	1,20	1,26
Helsinki	47,800	48,000	46,75	46,75	48,50
Buen. Air	–	–	–	–	6,00
Rio	–	–	–	0,05	0,20
Athen*) **)	2,4100	2,4640	–	1,55	2,35
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,5665	2,5855	–	2,50	2,60
Johannesbg.*)	1,6010	1,6200	–	1,50	1,75

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Zu einem Stimmungsumschwung am New Yorker Devisenmarkt kam es am 31. 10. im Hinblick auf die Zinsentwicklung der nächsten Zeit. Der Bondmarkt tendierte fest und der US-Dollar fiel auf 3,0320 zurück. An den europäischen Märkten war man ebenfalls sehr negativ zum Dollar eingestellt, so daß sich Kurse bis 3,0200 ergaben. Die Bundesbank blieb dem Markt fern und trat auch nicht zur Notiz von 3,0296 in Erscheinung. Nach Veröffentlichung der Leading Indicators am Nachmittag (+0,4 für September nach einer Revision des August-Ergebnisses von +0,5 auf ./0,1) und der US-Handelsbilanz die ein kräftiges erhöhtes Defizit von 12,65 Mrd. Dollar aufwies kam Nervosität auf. Der Kurs blieb jedoch schließlich bei 3,0300 stehen. Bei den übrigen amtlich notierten Währungen waren meist Kurskorrekturen vorhanden, die teilweise sehr deutlich ausfielen. Der Japanische Jen fiel um 8,4 Promille auf 1,2345 und der Canadische Dollar um 7,6 Promille auf 2,3000. Überdurchschnittlich abgeschwächt waren auch die nordischen Währungen, Norwegische Krone und Schwedische Krone. Dollar in: Frankfurt 3,0296; Amsterdam 3,4160; Brüssel 61,10; Paris –; Mailand 1861,00; Wien 21,2940; Zürich 2,4917; Ir. Pfund/DM 3,068; Pfund/Dollar 1,2180; Pfund/DM 3,690.

Ostmarkkurs am 31. 10. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,50; Verkauf 22,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Weiter nachgebende Dollar-Zinssätze am Euromarkt (¼ Prozent) bewirkten am 31. 10. nochmals verringerte Abschläge für Dollar gegen D-Mark.

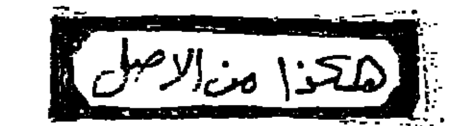
	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,13/1,03	3,27/3,17	6,50/6,30
Pfund/Dollar	0,10/0,08	0,12/0,09	0,04/pari
Pfund/DM	2,20/0,80	4,90/3,50	8,40/7,00
FF/DM	22/06	50/34	93/77

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 31. 10.: Tagesgeld 5,5–5,55 Prozent; Monatsgeld 5,8–5,9 Prozent; Dreimonatsgeld 6,0–6,1 Prozent.

Privatdiskontsätze am 31. 10.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 31. 10.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Oktober 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/9 (Typ A) 5,00 (5,00) – 7,00 (5,97) – 7,25 (6,37) – 7,75 (6,68) – 8,00 (6,91) – 8,50 (7,13). Ausgabe 1984/10 (Typ B) 5,00 (5,00) – 7,00 (6,00) – 7,25 (6,41) – 7,75 (6,74) – 8,00 (6,99) – 8,50 (7,24) – 8,50 (7,42) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,45, 2 Jahre 6,40. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,00, Kurs 99,80, Rendite 7,05.



Warenpreise – Termine

Mit kleinen Einbußen schlossen am Dienstag die Goldnotierungen an der New Yorker Comex. Nur zu bruchteiligen Veränderungen nach beiden Seiten kam es bei Silber. Deutlich fester ging dagegen Kupfer aus dem Markt. Überwiegend etwas fester notierte Kaffee. Leicht unter Vortagesniveau schloß Kakao.

Getreide und Getreideprodukte

	30. 10.	29. 10.
Weizen Chicago (c/bush)		
Dez.	363,25	359,50
März	367,25	364,00
Mai	361,25	358,75
Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	30. 10.	29. 10.
St. Lawrence 1 CW	240,77	241,82
Amber Durum	249,82	249,82
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	140,50	140,00
Dez.	142,50	142,00
März	148,80	148,30
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	119,90	121,00
Dez.	119,10	119,90
März	122,10	123,30
Hafer Chicago (c/bush)	30. 10.	29. 10.
Dez.	183,25	180,00
März	182,00	179,00
Mai	179,00	176,00
Mais Chicago (c/bush)		
Dez.	273,50	274,25
März	280,50	280,75
Mai	286,50	286,75
Gerste Winnipeg (can. $/t)	30. 10.	29. 10.
Okt.	134,50	134,00
Dez.	129,40	128,70
März	132,40	132,00

Genußmittel

	30. 10.	29. 10.
Kaffee New York (c/lb)		
Terminkontr. Dez.	136,40	136,00
März	134,50	134,25
Mai	133,35	133,30
Kakao New York ($/t)	30. 10.	29. 10.
Terminkontr. Dez.	2245	2260
März	2202	2215
Mai	2210	2222
Umsatz	3106	2919
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Jan.	5,35	5,05
März	5,82	5,57
Mai	6,13	5,90
Juli	6,40	6,20
Sept.	6,65	6,25
Umsatz	12 151	7 425
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	30. 10. 4,49	29. 10. 4,58
Kaffee London (£/t) Robusta-	30. 10.	29. 10.
Kontrakt Nov.	2515–2520	2522–2523
Jan.	2359–2350	2345–2346
März	2262–2264	2250–2253
Umsatz	2570	1411
Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Dez.	1950–1952	1939–1940
März	1920–1921	1920–1921
Mai	1924–1925	1923–1926
Umsatz	2125	1933
Zucker London ($/t), Nr. 6		
Dez.	135,60–136,60	135,00–136,60
März	153,80–154,00	151,60–151,60
Mai	160,50–151,00	158,60–155,80
Umsatz	2425	1477
Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	30. 10.	29. 10.
schw. Sarawak spez.	447,50	447,50
weißer Sarawak	697,50	697,50
weißer Muntok	705,00	705,00

	30. 10.	29. 10.
Orangensaft New York (c/lb)		
Nov.	163,45	163,75
Jan.	166,65	156,70
März	167,00	167,00
Mai	166,95	167,00
Juli	166,95	166,95
Umsatz	1100	600

Öle, Fette, Tierprodukte

	30. 10.	29. 10.
Erdnußöl New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	33,00	32,00
Maisöl New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	33,25	30,00
Sojaöl Chicago (c/lb) Dez.	25,92	25,78
Jan	25,85	25,71
März	25,20	25,12
Mai	25,00	24,90
Juli	24,70	24,80
Aug.	24,40	24,50
Sept.	24,28	24,20
Baumwollsaatöl New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk	31,00	31,00
Schmalz Chicago (c/lb) loco lose	28,50	28,50
Choise white hog 4% fr. F.	21,00	20,75
Talg New York (c/lb) top white	21,50	21,50
fancy	21,25	21,25
bleichfähig	19,50	19,50
yellow max. 10% fr. F.	17,25	17,25
Schweine Chicago (c/lb) Dez.	48,10	48,40
Febr.	49,92	50,50
April	47,10	47,75
Schweinebäuche Chicago (c/lb) Febr.	65,40	65,70
März	65,40	64,40
Mai	66,55	67,00

	30. 10.	29. 10.
Häute Chicago (c/lb) Ochsen einh. schwere River Northern	55,00	55,00
Kühe einh. schwere River Northern	46,00	44,00
Sojabohnen Chicago (c/bush) Nov.	613,00	612,50
Jan.	625,20	[illegible]
März	541,50	[illegible]
Mai	564,50	563,50
Juli	563,50	[illegible]
Aug.	564,00	[illegible]
Sept.	655,50	[illegible]
Sojaschrot Chicago ($/sht) Dez.	153,50	152,00
Jan.	156,50	[illegible]
März	152,50	[illegible]
Mai	158,50	[illegible]
Juli	174,00	[illegible]
Aug.	173,00	174,10
Sep.	174,00	[illegible]
Leinsaat Winnip. (can. $/t)	30. 10.	29. 10.
Okt.	346,90	346,50
Dez.	350,50	350,70
März	360,50	[illegible]
Kokosöl New York (c/lb) Westküste fob Werk	30. 10. –	29. 10. 58,00
Erdnußöl Rotterdam ($/t) jegl. Herk. cif	31. 10. 550,00	30. 10. 625,00
Leinöl Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	560,00	565,00
Palmöl Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	610,00	610,00
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	243,00	245,00
Kokosöl Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	1220,00	1235,00
Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	288,00	287,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

	30. 10.	29. 10.
Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2		
Dez.	66,32	66,20
[illegible]	67,95	67,70
[illegible]	69,05	68,85
Juli	70,39	70,25
Okt.	69,90	70,30
Dez.	70,25	70,50
[illegible] New York [illegible] loco [illegible]	43,25	43,00
Wolle [illegible] (c/kg) Kontr. Nr. 2	30. 10.	29. 10.
Dez.	516–520	517–520
[illegible]	518–522	518–521
[illegible]	525–527	527–529
Umsatz	147	228
Wolle [illegible] (F/kg)	30. 10.	29. 10.
Dez.	51,40	unverh.
März	53,40	unverh.
Mai	53,50	unverh.
Juli	53,50	unverh.
Umsatz	–	–
Tendenz: stetig		
Wolle Sydney [illegible]	30. 10.	29. 10.
Dez.	568,5–570,0	570,0–571,0
[illegible]	582,0–584,0	583,0–584,0
[illegible]	582,0–584,0	–
Umsatz	27	13
Sisal London ($/t) [illegible]	30. 10.	29. 10.
[illegible]	680,00	680,00
[illegible]	570,00	570,00
Seide Yokoh. (Y/kg) [illegible]	30. 10.	29. 10.
[illegible]	13 200	13 200
[illegible]	13 200	12 900
Kautschuk [illegible]	30. 10.	29. 10.
[illegible]	60,00–63,00	60,00–63,00
[illegible]	58,50–61,00	59,00–61,00
Dez.	60,00–62,00	60,00–66,80
[illegible]	62,00–64,00	62,00–64,50
		Tendenz: ruhig

	30. 10.	29. 10.
Kautschuk Malaysia (mal. c/kg) Nov.	200,75–201,25	201,50–202,00
Dez.	203,75–204,25	204,50–205,25
Nr. 2 RSS Nov.	191,00–192,00	191,00–192,00
Nr. 3 RSS Nov.	187,50–188,50	187,50–188,50
Nr. 4 RSS Nov.	180,50–181,50	180,50–181,50
		Tendenz: ruhig
Jute London (£/lgt)	30. 10.	29. 10.
BWC	–	–
BWD	–	–
BTC	–	–
BTD	–	–

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	31. 10.	30. 10.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	121,82–122,00	124,36–124,54
drittfolg. Monat	124,68–124,87	127,41–127,59
Zink: Basis London:		
laufend. Monat	235,50–235,87	236,12–236,31
drittfolg. Monat	237,53–237,70	237,23–237,65
Produz.-Preis	273,02	275,36
Reinzinn 99,9%	4075–4115	4068–4108

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	31. 10.	30. 10.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	402,61–404,45	399,89–401,74
Blei in Kabeln	129,50–130,50	132,00–133,00
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller.

Messingnotierungen

	31. 10.	30. 10.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	386–388	385–386
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	431–433	431–433
MS 63	416–420	414–418

Zinn-Preis Penang

	30. 10.	29. 10.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	31. 10.	30. 10.
Leg. 225	370	370
Leg. 226	372	372
Leg. 231	403–405	403–405
Leg. 233	413–415	413–415

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	31. 10.	30. 10.
Platin (DM je g)	33,95	34,20
Gold (DM je kg Feingold) Banken-Vkfpr.	33 000	33 400
Rücknahmepr.	32 250	32 650
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkfpr.	33 310	33 690
Rücknahmepr.	32 480	32 820
verarbeitet	34 950	35 340
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	32 660	33 040
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkfpr.	719,30	725,40
Rücknahmepr.	698,10	704,10
verarbeitet	750,90	757,30

Internationale Edelmetalle

	31. 10.	30. 10.
Gold (US-$/Feinunze) London 10.30	334,50	335,65
15.00	333,50	335,50
Zürich mittags	334,60–335,10	335,30–335,80
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	100 100	101 600
Silber (p/Feinunze) London Kasse	590,50	594,60
3 Monate	605,40	609,70
6 Monate	620,95	626,05
12 Monate	651,95	657,00
Platin (£-Feinunze) London fr. Markt	30. 10. 264,30	29. 10. –
Palladium (£-Feinunze) London f. Händlerpr.	114,80	–

New Yorker Preise	30. 10.	29. 10.
Gold H & H Ankauf	335,50	336,25
Silber H & H Ankauf	722,00	721,00
Platin fr. Händlerpr.	328,00–330,00	328,00–330,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	139,00–140,00	139,00–140,00
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c/Feinunze) Nov.	717,00	716,50
Dez.	722,50	722,00
Jan.	729,10	729,10
März	741,00	741,00
Mai	754,00	753,50
Juli	767,50	767,80
Sept.	781,90	782,40
Umsatz	16 500	14 000

New Yorker Metallbörse

	30. 10.	29. 10.
Kupfer (c/lb) Nov.	58,15	57,25
Dez.	58,80	57,70
Jan.	59,20	58,35
März	60,30	59,45
Mai	61,55	60,55
Juli	62,65	61,70
Sept.	63,75	62,85
Umsatz	7 000	5 500

Londoner Metallbörse

	31. 10.	30. 10.
Aluminium (£/t) Kasse	898,50–899,00	910,00–911,00
3 Monate	925,00–925,00	936,00–937,00
Blei (£/t) Kasse	329,50–330,00	333,00–334,00
3 Monate	337,25–337,75	341,00–342,00
Kupfer Highergrade (£/t) mittags Kasse	1076,50–1077,0	1068,0–1068,5
3 Monate	1102,0–1102,50	1093,5–1094,0
abends Kasse	–	1072,0–1073,0
3 Monate	–	1098,0–1098,0
(Kupfer-Standard) Kasse	1084,5–1085,5	1082,0–1082,5
3 Monate	1103,0–1103,50	1102,0–1102,5
Zink (£/t) Kasse	637,00–638,00	634,00–636,00
3 Monate	642,50–643,00	637,00–639,00
Zinn (£/t) Kasse	9750–9752	9795–9805
3 Monate	9750–9751	9785–9790
Quecksilber $/fl.)	–	300–310
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	80–85

Bundesanleihen

		31. 10.	30. 10.
8 Bund 78 IV	12/84	99,95G	99,95B
6¼ dgl. 79	1/85	100	100bG
8½ dgl. 73 I	3/85	100,85	100,85
7 dgl. 79	4/85	100,45	100,45
7¾ dgl. 79 II	6/85	100,65	100,65
7¾ dgl. 79 I	7/85	101,15	101,15
8 dgl. 76 IV	10/85	101,85	101,65
5½ dgl. 78 II	3/86	99,15G	99,15G
5¾ dgl. 78	5/86	98,85G	98,85
7¼ dgl. 78 I	12/86	101,6	101,45
8½ dgl. 79	1/87	100,15	100,05
7¾ dgl. 76 II	1/87	101,55	101,5
6¾ dgl. 77	4/87	100,6	100,4
6½ dgl. 77	7/87	100,05	100
6 dgl. 77	10/87	99	98,7
6 dgl. 78 I	7/88	98,35	98,15
8½ dgl. 78 I	9/88	98,8	98,75
6½ dgl. 78 II	12/88	99,4	99,15
6¾ dgl. 79	1/89	99,56	99,5
7¾ dgl. 79 I	4/89	100,95	100,65
10 dgl. 81	4/89	110,35	110,26
7½ dgl. 79 I	6/89	101,35	101,28
8 dgl. 79 I	7/89	103,6	103,45
8 dgl. 79 II	8/89	103,75	103,6
7½ dgl. 79 III	9/89	101,8	101,65
7¾ dgl. 79 II	11/89	102,85	102,75
7¾ dgl. 80 I	1/90	102,55bG	102,3
10 dgl. 80	4/90	111,65	111,65
5¾ dgl. 78	5/90	95,5G	95,5
8¼ dgl. 80 I	7/90	104,7	104,3
8¾ dgl. 80 II	11/90	104,75	104,45
7¾ dgl. 82	11/90	102,9	102,5
9 dgl. 81	2/91	107,6	107,1
10¾ dgl. 81	7/91	113,9	113,55G
10¾ dgl. 81	9/91	116,25	116,4
10 dgl. 81 II	12/91	113,25	112,9
9¾ dgl. 82 I	1/92	111,5	111,1
9¾ dgl. 82 II	3/92	111,55	111,2
6 dgl. 78 II	3/93	94,65	94,4
9,5 dgl. 82	4/92	110,35	110,15
9 dgl. 82	5/92	107,55	107,65
8½ dgl. 82	6/92	105,75T	105,35bG
9 dgl. 82	8/92	107,95	107,75G

		31. 10.	30. 10.
F 8 dgl. 79 I	7/89	103,5	102,8
6 dgl. 78 I	3/90	96,6	96,35
8 dgl. 80 II	7/90	103,55G	102,9
9 dgl. 81	3/91	107,8bG	107G
10½ dgl. 81	9/91	115,25G	115
10¼ dgl. 81	11/91	114,45	114,1
8 dgl. 83 I	2/92	103,2	102,5
10 dgl. 82	2/92	113,05G	112,75G
9½ dgl. 82	7/92	110,85	110,3
8 dgl. 82	11/92	103,45	103
7¾ dgl. 83	1/93	102,2	101,45
8¼ dgl. 83	10/93	105,15	104,4
8¼ dgl. 84	6/94	104,2	104,4
7½ dgl. 84	10/94	99,85	–

Bundespost

		31. 10.	30. 10.
F 6½ Bdpost 68	6/88	99,65	99,65G
8 dgl. 72 I	9/87	102,4	102,4
10 dgl. 81	3/89	110,2	110,05
10¾ dgl. 81	6/89	111,65	111,5
8 dgl. 80	3/90	103,4	102,7
7¾ dgl. 80	9/90	102,3	101,85
8¾ dgl. 80	12/90	106,75	106,35
10½ dgl. 81	10/91	115,55	115,05
9¾ dgl. 82	2/92	111,65	111,2
8¾ dgl. 82	6/92	107	106,5
8½ dgl. 82	10/92	105,7	105,15
7¾ dgl. 83	2/93	102,4	101,7
8½ dgl. 83	9/93	106,1	105,5
8¼ dgl. 84	2/94	105,25	104,2
8 dgl. 84		103,35	102,75

Länder – Städte

		31. 10.	30. 10.
S 6½ Bd.-Wttbg. 78	86	99,25	99,25
8¼ dgl. 82	92	103,75G	103,5G
M 7 Bayern 66	86	101,5G	101,5G
6½ dgl. 67	87	102G	102G
6 dgl. 68	85	99,75G	99,75G
6 dgl. 78	86	97,5	97,3
8¾ dgl. 80	90	105,5G	105
8¾ dgl. 82	92	105,9G	105,9
7½ dgl. 83	93	99,9	99,4
8 dgl. 84	94	102,3	102,4
B 8½ Berlin 70	85	101,8G	101,8G

Bundesbahn

		31. 10.	30. 10.
6½ Bdbahn 79	2/85	100,05G	100,05
8½ dgl. 73	2/85	–	100,55
7 dgl. 77	2/87	100,8	100,65
6 dgl. 77	9/87	99G	98,7
6 dgl. 78 II	7/88	98,25	98
6½ dgl. 77	5/89	98,15	97,75

Öffentliche Anleihen gesucht

Da sich die Zweifel an einer Zinssenkung in den USA zu zerstreuen beginnen und die Ausländer verstärkt an deutschen inländischen Anleihen interessiert sind, zogen die Rentenkurse deutlich an. Öffentliche Papiere lagen um 0,40 bis 0,50 Prozentpunkte fester; teilweise gab es Ausrutscher darüber hinaus. Die letzte 7 ¼prozentige Bahnanleihe – bisher weitgehend unplazierbar – wurde zu 99,85, also um 0,10 Prozent über ihren Emissionskurs notiert. Bei den DM-Auslandsanleihen hielten sich die Kursbesserungen in engen Grenzen.

	31. 10.	30. 10.
M 7 dgl. Pf 20	99,75G	99,75G
B 5 Berl. Pfandb. Pf 7	103G	103G
7 dgl. Pf 31	100,5G	100,5G
6 dgl. Pf 34	97,5G	97,5G
6½ dgl. Pf 37	99G	99G
8 dgl. Pf 51	100,25	100,25
Ha5 BrHann. Hypo. Pf 1	118G	118G
7 dgl. Pf 80	93,25G	93,25G
7½ dgl. Pf 87	99,5G	99,5G
6 dgl. KS 29	84,5G	84,5G
7 dgl. KS 30	100,6G	100,6G
D 5 Dt.Centbod. Pf 44	119,5G	119,5G

	31. 10.	30. 10.
Hn8 dgl. Pf 10	100,7G	100,7bG
9 dgl. KO 53	101,3G	101,3G
7½ dgl. IS 6	102G	102G
10 dgl. IS 37	100,3G	100,3G
F 5 Pfalz Hypo. Pf 48	115G	115G
6 dgl. Pf 58	88,3G	88,3G
6 dgl. Pf 95	80T	80T
7 dgl. Pf 114	100G	100G
D 5 RW Bodencr. Pf C	126G	126G
5½ dgl. K	109,5G	109,5G
4 dgl. Pf 18	104G	104G
6 dgl. Pf 29	97G	97G

	31. 10.	30. 10.
F 7½ dgl. RS 27	101,5G	101,5G
6½ dgl. RS 60	99,5G	99,5G
7 dgl. 94	100,5G	100,5G
7 dgl. 89	100,2G	100,2
8 dgl. 101	103G	103
7½ dgl. 102	101,25G	101,25
9½ dgl. 126	105,75G	105,75G
D 8 LAG TS 76	101,6	101,6G
6½ dgl. TS 77	99,5	99,5
5½ dgl. 78	97,1	97,1G
7 dgl. 79	100,1	100,1

	31. 10.	30. 10.
M 6 Lbk. Ausb. IS 15	99,1G	99,1G
6 dgl. IS 16	98,5G	98,5G
6 dgl. IS 17	97,75G	97,75G
8½ dgl. KO 49	101,7G	101,7G
8½ dgl. KO 48	101,4G	101,4G
M 7½ Bay. Lbkgz. Pf 103	101,5G	99,75G
9½ dgl. IS 736	100,85G	100,85bG
M 5 Bayer. Vereinsb. Pf 11	119,5G	119,5G
5 dgl. Pf 4	94,75bG	95,5G
6½ dgl. Pf 3	91G	91G
6½ dgl. Pf 12	90,5G –	90,5G –

	31. 10.	30. 10.
H 6 Lbk.S-Holst Pf 89	85,5G	85,5G
7 dgl. Pf 97	94,75G	94,75G
10 dgl. Pf 33	100,5G	100,5G
6½ dgl. KS 78	99G	99G
10 dgl. IS 95	106,75G	106,75G
11½ dgl. IS 96	110,75G	110,75G
M 6½ Münch.Hypo.Pf 100	88G	88G
H 4½ Nordhyp.WBK Pf 24	105	105
6½ dgl. Pf 42	99,9G	99,9G
Hn7 Nord. Lbk. Pf 1	99G	99G
7½ dgl. Pf 4	91,5G	91,5G

	31. 10.	30. 10.
7½ dgl. 83	100,25	100,25
8¼ dgl. 83	103,3G	103,3G
7½ dgl. 84 I	101,9T	101,9T
7½ dgl. 84 II	102,05G	102,05G
F 6 Law.Rentbk. RS 14	98,7G	98,7G
6 dgl. RS 15	99,15G	99,15
6 dgl. RS 16	99,1	99,1
6 dgl. RS 19	99G	99G
6 dgl. RS 21	–Zhg.	–Zhg.
6 dgl. RS 26	99,95G	99,95G

	31. 10.
3¾ dgl. 83 oO	88
6¼ Dt. Bk. 83 mO	103,8
6¼ dgl. 83 oO	72
4 Dresd. Bk. 83 mO	109
4 dgl. oO	91,5
3½ Itoh Fuel 84 mO	95G
3½ dgl. 84 oO	88,75
7½ Jap. Synth. 82	200G
7½ dgl. 82 oO	101
5¾ Jusco 83 mO	147G
5¾ dgl. 83 oO	95,25G

Wandelanleihen

Währungsanleihen

Industrieanleihen

Wandelanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Optionsscheine

Sonderinstitute

Optionsanleihen

Ausländische Aktien in DM

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Leuchtende Tage . . .
Weine nicht,
daß sie vorüber,
sondern lache,
daß sie gewesen.
Emanuel Kant

Dr. Fritz Meyer-Struckmann

* 16. 8. 1908

ist am Sonntag, dem 28. Oktober 1984,
eingegangen in den ewigen Frieden.

Wir haben einen lieben Freund verloren.
Die gemeinsamen Jahre haben uns reich gemacht.

Im Namen seiner Freunde:

K. W. Graf Finckenstein **Prof. Dr. C. G. Schmidt**

Im Leben entscheiden über dessen Sinnhaftigkeit die Gipfelpunkte,
und eine einzige Tat, ein einziger Augenblick,
kann rückwirkend dem ganzen Leben Sinn geben.
V. Franke

Dr. Fritz Meyer-Struckmann

* 16. 8. 1908 † 28. 10. 1984

Er wird in unserer Arbeit fortleben.

Der Vorstand der **Dr. Meyer-Struckmann-Stiftung:**

K. W. Graf Finckenstein **Dr. E. Krameyer** **Dr. H. H. Kuhnke**
Dr. D. Spethmann **Prof. Dr. C. G. Schmidt**

Die Trauerfeier findet am Montag, dem 5. November 1984, 11.00 Uhr, in der ev. Kirche am Heierbusch, Essen-Bredeney, statt. Die Beisetzung erfolgt anschließend auf dem Meisenburgfriedhof.

Im Sinne des Verstorbenen bitten wir, von Blumen- und Kranzspenden abzusehen. Dagegen sind Spenden an die Dr. Meyer-Struckmann-Stiftung willkommen. Konto-Nr. 035 / 6276 / 019 beim Bankhaus Trinkaus & Burkhardt, Essen, BLZ 300 308 80.

In Trauer und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von

Dr. jur. Fritz Meyer-Struckmann

Bankier
Träger des Großen Verdienstkreuzes mit Stern
der Bundesrepublik Deutschland
* 16. August 1908 † 28. Oktober 1984

Mit Herrn Dr. Meyer-Struckmann verlieren wir einen warmherzigen Freund und trauern um einen Mann, der als Privatbankier in mehr als drei Jahrzehnten die guten Traditionen der Bankhäuser Burkhardt & Co. und Trinkaus & Burkhardt mitbegründet und durch seinen Stil bestätigt hat.

Wir sind dankbar, daß er uns mit unternehmerischem Weitblick, klugem Urteil und großer Tatkraft begleitet hat.

In Herrn Dr. Meyer-Struckmann ehren wir einen Mann, der sich um unser Haus sowie in zahlreichen Gremien um Gesellschaft, Staat und Kirche verdient gemacht hat.

Wer ihn kannte, vergißt ihn nicht.

Trinkaus & Burkhardt
Der Verwaltungsrat
Die persönlich haftenden Gesellschafter
Die Mitarbeiter

Im Sinne des Verstorbenen bitten wir, von Blumen- und Kranzspenden abzusehen, dagegen sind Spenden an die Dr. Meyer-Struckmann-Stiftung willkommen. Konto Nr. 035 / 6276 / 019 beim Bankhaus Trinkaus & Burkhardt (BLZ 300 308 80).

Wir trauern um unser ehemaliges Aufsichtsratsmitglied, Herrn

Dr. jur. Fritz Meyer-Struckmann

Träger des Großen Verdienstkreuzes mit Stern
des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland

* 16. 8. 1908 † 28. 10. 1984

Herr Dr. Meyer-Struckmann gehörte von der ersten Wahl unseres Aufsichtsrates nach dem Montanmitbestimmungsgesetz im Juni 1952 dreißig Jahre lang dem Aufsichtsrat unserer Gesellschaft an. Von Anfang an hat er das Amt des ersten stellvertretenden Vorsitzenden ausgeübt; seit 1966 bis zu seinem Ausscheiden aus dem Aufsichtsrat im Jahre 1982 war er Vorsitzender dieses Gremiums.

Ihre heutige Struktur als Ergebnis einer frühzeitigen unternehmensübergreifenden Kooperation mit Thyssen und Otto Wolff erhielten die Stahlwerke Bochum Aktiengesellschaft unter maßgeblicher Mitwirkung von Herrn Dr. Meyer-Struckmann.

Mit seinem unternehmerischen Weitblick hat er für unsere Gesellschaft stets die richtigen Antworten zu geben vermocht.

Seine Menschlichkeit, seine große moralische Kraft und sein Verantwortungsbewußtsein gegenüber seinen Aufsichtsratskollegen und Organen der Gesellschaft kennzeichneten ihn als eine vorbildliche Unternehmerpersönlichkeit, der wir zu Dank verpflichtet sind.

Wir trauern um einen Menschen, der für uns alle ein bewundernswertes Leitbild bleibt.

Vorstand, Aufsichtsrat, Betriebsrat und Belegschaft
der
Stahlwerke Bochum Aktiengesellschaft

Bochum, 28. Oktober 1984

Wir trauern um

Dr. jur. Fritz Meyer-Struckmann

* 16. 8. 1908 † 28. 10. 1984

Sein Rat und seine Freundschaft werden uns sehr fehlen.

Gesellschafter, Beirat,
Geschäftsführung und Mitarbeiter
Hugo Stinnes
Mülheim a. d. Ruhr

Wir nehmen Abschied von Herrn Bankier

Dr. jur. Fritz Meyer-Struckmann

der am 28. Oktober 1984 im Alter von 76 Jahren verstorben ist.

Herr Dr. Meyer-Struckmann hat seit 1970 als Vorsitzender des Verwaltungsrats die Entwicklung unseres Tochterunternehmens, Essener Stahl- und Metallhandelsgesellschaft m. b. H., maßgeblich gefördert. Wir sind ihm hierfür zu großem Dank verpflichtet. Sein Rat wird uns künftig sehr fehlen. Durch sein liebenswertes und sympathisches Wesen hat er sich unsere besondere Wertschätzung erworben.

Wir erinnern uns seiner mit Achtung und werden ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.

Thyssen Edelstahlwerke
Aktiengesellschaft
Vorstand

Krefeld, den 28. Oktober 1984

In tiefer Trauer teilen wir den unerwarteten Tod des Geschäftsführers der CORSO Handelsgesellschaft mbH, Herrn

Dr. Hermann Schmees

geb. 9. Dezember 1928 gest. 25. Oktober 1984

mit.

Über 13 Jahre lang trug Herr Dr. Schmees mit seinen großen Erfahrungen, seinem fachlichen Wissen und unternehmerischen Handeln, verbunden mit persönlichem Engagement, zur Entwicklung unseres Konzerns maßgeblich bei. Sein Einsatz war stets von großem Verantwortungsbewußtsein geprägt.

Wir trauern um einen verdienten Mitarbeiter und werden dem Verstorbenen ein ehrendes Gedenken bewahren.

OTTO VERSAND
Der Vorstand

Das Requiem findet statt am 2. November 1984 um 14.00 Uhr in der Herz-Jesu-Kirche in Reinbek. Anschließend ist die Beerdigung auf dem Friedhof Reinbek, Klosterbergenstraße.

In stiller Trauer nehmen wir Abschied von Herrn

Dr. Hermann Schmees

Sprecher der Geschäftsführung der CORSO Handelsgesellschaft mbH,
Geschäftsführer der CORSO Ladenbetriebsgesellschaft mbH

* 9. 12. 1928 † 25. 10. 1984

Sein plötzlicher Tod ist für uns alle unfaßbar. Wir verlieren in ihm eine vorbildliche Unternehmerpersönlichkeit, die unsere junge Gesellschaft maßgeblich geprägt hat. Seine unermüdliche Tatkraft, verbunden mit großer Menschlichkeit gegenüber Kollegen und Mitarbeitern, bleibt uns Vorbild und Verpflichtung.

Verwaltungsrat
Geschäftsführung und Mitarbeiter
der CORSO Handelsgesellschaft mbH
und der CORSO Ladenbetriebsgesellschaft mbH

Das Requiem findet statt am 2. November 1984 um 14.00 Uhr in der Herz-Jesu-Kirche in Reinbek. Anschließend ist die Beerdigung auf dem Friedhof Reinbek, Klosterbergenstraße.

Wir nehmen Abschied von Herrn

Dr. jur. Fritz Meyer-Struckmann

Bankier
Mitglied des Ehrenpräsidiums des Gesamtaufsichtsrates
Mitglied des Verwaltungsrates sowie
Mitglied des Beirates Rheinland
des Gerling-Konzern

Der Verstorbene war durch die Mitgliedschaft in den Gremien des Gerling-Konzern über drei Jahrzehnte dem Unternehmen in besonderer Weise verbunden.

Als herausragende Persönlichkeit unter den deutschen Privatbankiers stand er dem Gerling-Konzern mit seiner umfassenden Sachkenntnis, seinem Weitblick und mit seiner großen Erfahrung, insbesondere in den Jahren des Wiederaufbaus nach dem Kriege, stets zur Verfügung.

Mit Herrn Dr. Meyer-Struckmann haben wir einen verständnisvollen Förderer und einen wertvollen Freund und Ratgeber verloren. Wir haben ihn als einen klugen und verständnisvollen Menschen geschätzt und geachtet. Sein Andenken werden wir in hohen Ehren halten.

GERLING-KONZERN
Versicherungs-Aktiengesellschaften
Aufsichtsrat und Vorstand

Köln, 1. November 1984

Nach einem reicherfüllten Leben entschlief unsere liebe Cousine, verehrte Tante und gute Freundin

Käthe Sievert

(„Schwester Käthe")

* 12. März 1892 † 25. Oktober 1984

Ihr Frohsinn und ihr reges Interesse an allem werden uns fehlen.

Im Namen aller Verwandten und Freunde
Familie Hans-Detlef Pries

Hamburg/Großhansdorf, den 31. Oktober 1984

Die Trauerfeier findet im November in Burg auf Fehmarn statt. Der Termin wird noch bekanntgegeben.

Nach einem wirkungsreichen und erfüllten Leben ist am 19. Oktober 1984 unser lieber Bruder und Schwager

Richard Paulig

Generalkonsul a. D.

im 87. Lebensjahr sanft entschlafen.

Walter Leonhardt und Frau Inge geb. Drenckhan
Otto Leonhardt
Karl Leonhardt
Hans Pickenpack und Frau Lotte geb. Leonhardt
Ingrid Leonhardt geb. Kühn

Hamburg 56 (Rissen), Sandmoorweg 85

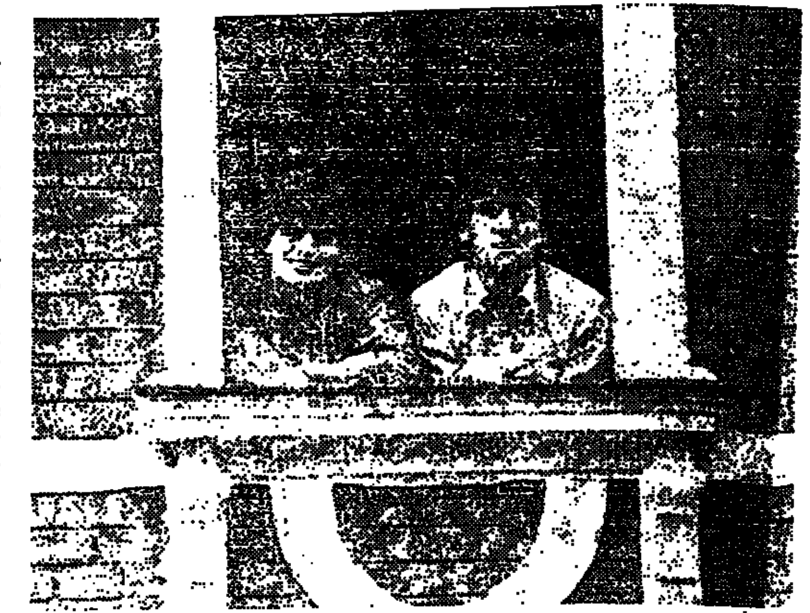
Die Trauerfeier hat im Familienkreise stattgefunden.

FUSSBALL / Zwölf Monate lange Sperre für zwei ehemalige „DDR"-Auswahlspieler läuft heute ab

Götz: „Für die Ersatzbank bin ich mir zu schade, schließlich komme ich von einem Spitzenverein"

MARCUS BERG, Leverkusen

Vor einem Jahr, am Tag vor dem Europapokalspiel bei Partizan Belgrad, wartete die Mannschaft des „DDR"-Fußballmeisters Dynamo Ost-Berlin nach einem Stadtbummel vergeblich auf zwei ihrer größten Talente. Die beiden hatten ein Taxi genommen, waren in die deutsche Botschaft gefahren. Zwei Tage später tauchten sie in Kassel auf. Das „Neue Deutschland" schrieb: „Die Dynamo-Spieler Falko Götz und Dirk Schlegel sind von westlichen Managern mit hohen Geldsummen abgeworben worden. Sie haben ihre Mannschaft und unser Land verraten." Eine offizielle Lüge, wie es in der „DDR" so viele gibt. Nur die beiden selbst wußten, einer vom anderen, daß Belgrad ihre Chance sein könnte, sich den Traum von der Bundesliga zu erfüllen. Heute sind sie ihrem Ziel um genau ein Jahr näher gekommen, ihre Sperre läuft ab, die bei *Verbandswechseln ohne Genehmigung* vorgesehen ist. Am Samstag, beim Spiel von Bayer Leverkusen in Bielefeld, sollen sie auf der Auswechselbank sitzen. „Das bestimmt längste Jahr unseres Lebens ist vorbei", sagen beide.



Die lange Wartezeit ist vorüber, folgt nun gleich der Einstand in der Bundesliga? – Dirk Schlegel (links) und Falko Götz. FOTO: SIMON

Jörg Berger, als Trainer der Juniorenauswahl der „DDR" ebenfalls geflüchtet und damals Betreuer von Hessen Kassel, hatte Götz und Schlegel geraten, nach Leverkusen zu gehen. Dort bekamen sie Zweijahresverträge. Wohnungen und Anstellungen im „Bayer-Kaufhaus", Falko in der Sport-, Dirk in der Elektroabteilung. Selbstverständliche Menschlichkeit und auch nüchternes sportliches Kalkül. Wann bekommt ein Verein schon mal zwei derartige Talente ohne Ablöse, gleichsam frei Haus geliefert?

Falko Götz, 22 Jahre alt, wuchtiger Mittelstürmer, 1,80 m groß, 75 kg schwer, hat zehnmal in der „DDR"-Auswahl gespielt, Dirk Schlegel, ein Jahr älter, eher feingliedriger Abwehrspieler, 1,72 m groß, 66 kg schwer, dreimal. Beide sind ehrlich genug zuzugeben, daß nicht politische Gründe sie in die Bundesrepublik geführt haben. Götz: „Als Nicht-Fußballer hätte ich die DDR nicht verlassen." Schlegel: „Wir wollen in der Bundesliga spielen und uns eine Existenz aufbauen." Beide, Freunde seit der Kindergarten-Zeit, sagen gemeinsam: „Wir sind nicht geflüchtet, weil wir die Bundesrepublik für ein Schlaraffenland gehalten haben. Wir rennen nicht mit großen staunenden Augen durch die Gegend und warten nicht auf die Bescherung."

Das klingt nüchtern und realistisch. Und es ist das Ergebnis einer hohen Selbsteinschätzung. Schließlich hätten sie ja in einer Meistermannschaft gespielt, die eine „anerkannt gute Jugendarbeit" besitze, in der Bundesliga werde auch nur mit Wasser gekocht und sie seien schon „mit dem Rüstzeug für höchste Aufgaben ausgestattet". Vielleicht weht durch diese Worte ein zu optimistischer Wind, entfacht durch die Freude, nach einem langen Jahr Trockenübungen endlich wieder die Möglichkeit zu haben, in einer Mannschaft ernsthaft zu spielen.

Götz und Schlegel, kein Zweifel, haben den Kampf gegen die etablierten Stars in Leverkusen aufgenommen. Als sie kamen, hatte sie der geduldige Trainer Dettmar Cramer so in die Mannschaft integriert, daß sie nie das Gefühl hatten, Fremdkörper zu sein. Dirk Schlegel: „In der DDR wird ein ziemlich düsteres Bild von den Bundesliga-Profis gemalt. Cool und abgebrüht seien sie. Wir haben da ganz andere Erfahrungen gemacht. Von Beginn an herrschte eine herzliche Atmosphäre." Dieter Bast, Libero der Mannschaft, gibt zurück: „Das sind dufte Kumpel."

Vielleicht aber galt das eben nur für die Zeit, in der alle wußten, daß die beiden gesperrt sind und keinem einen Platz wegnehmen können. Jetzt ist der Moment für Götz und Schlegel gekommen, neue Erfahrungen sammeln zu müssen. Aus ihren Worten spricht jener Egoismus, ohne den Spitzensport nicht möglich ist, der aber gerade in Mannschaftssportarten stets auch das Leben des Kollegen berührt. Götz: „Für die Bank bin ich mir zu schade. Schließlich komme ich von einem Spitzenklub." Schlegel: „Bei Trainingsspielen läßt uns Cramer nicht mehr zusammenspielen, weil wir alle niederwalzen." Existenzkampf also, aber den suchen sie, den haben sie gewollt. Dabei ist ihnen auch diese Konsequenz schon in den Sinn gekommen: „Wenn es in Leverkusen nicht klappt, versuchen wir es bei anderen Bundesliga-Klubs." Stürmer Götz sagte nach der 0:3-Heimniederlage der Leverkusener am letzten Samstag gegen Braunschweig: „Wenn ich in Bielefeld in der letzten Viertelstunde ins Wasser geworfen werde, geht der Trainer doch kein Risiko ein." Das hat bereits einen fordernden Unterton.

Dettmar Cramer (über Trainingsspiele) versucht, den Tatendrang von Götz und Schlegel etwas zu dämpfen: „Es wird sehr schwer für die beiden. Ein Jahr ohne Wettkampfpraxis läßt sich nicht so einfach wegstecken." Und Cramer wäre nicht Cramer, wenn er dafür kein Beispiel aus der Vergangenheit fände: „Selbst ein Spieler wie Jupp Derwall benötigte einst, als er nach seinem Wechsel von Aachen zu Fortuna Düsseldorf für 18 Monate gesperrt worden war, ein halbes Jahr, um den Erwartungen gerecht zu werden." Aber, auch das ist Cramer: „Das Leben ist immer eine große Herausforderung." Und: „Es gibt geborene Verlierer, und es gibt geborene Gewinner. Götz und Schlegel gehören zur zweiten Gruppe."

Zwei Fußballspieler, die in der „DDR" zu den größten Talenten gezählt wurden, dafür von ihrem Klub BFC Dynamo, dem Verein des Staatssicherheitsdienstes, bereits 4000 Mark im Monat erhielten (mehr als jeder Facharbeiter), sind in die Bundesrepublik gekommen, um Profis zu werden. Jetzt haben sie zwölf Monate Sperre überstanden. Das ist alles, was bisher feststeht.

Zwei Kündigungen

Nürnberg (sid) – Der 1. FC Nürnberg, Absteiger aus der Fußball-Bundesliga, hat zwei der fünf Profis, die Trainer Heinz Höher öffentlich Unfähigkeit vorgeworfen hatten, fristlos gekündigt: Kapitän Udo Horsmann und Stefan Lottermann. Mit den anderen drei (Rudi Kargus, Horst Weyrich und Thomas Brunner) sollen noch Gespräche geführt werden.

Absage von Porsche

Stuttgart (dpa) – Porsche hat die Teilnahme am vorletzten Lauf zur Langstrecken-Weltmeisterschaft in Kyalami (Südafrika) abgesagt. Grund: Die Südafrikaner sind nicht bereit, sich an den Transportkosten (30 000 Mark pro Wagen) zu beteiligen. Die Entscheidung über den Weltmeistertitel fällt so erst im letzten Rennen (2. Dezember in Sandown/Australien) zwischen Stefan Bellof (119 Punkte) und Jochen Mass (116).

Del'Haye nach Belgien?

München (sid) – Der belgische Fußballklub AC Beerschot will Kalle Del'Haye (29) vom FC Bayern München verpflichten. Die Ablösesumme für den in Belgien geborenen früheren deutschen Nationalspieler soll 400 000 Mark betragen.

Zuschauerkrawalle

London (UPI) – Beim englischen Liga-Pokalspiel FC Walsall gegen FC Chelsea (2:2) gab es erhebliche Zuschauerkrawalle. Die Polizei mußte 15 Fans festnehmen. Der FC Everton schlug Manchester United 2:1.

496 000 Mark Gewinn

München (sid) – Der Fußball-Bundesligaklub FC Bayern München hat im Spieljahr 1983/84 bei einem Umsatz von über 16 Millionen Mark einen Gewinn von fast 497 000 Mark erwirtschaftet. Die Bilanz beinhaltet nicht die zehn Millionen Mark Ablösesumme, die der FC Bayern für den Wechsel Karl-Heinz Rummenigges zu Inter Mailand erhält. Bisher wurden vier Millionen Mark überwiesen, den Rest von sechs Millionen Mark will der Münchner Verein sofort ans Finanzamt abgeben.

Vier Wochen Sperre

Frankfurt (dpa) – Das DFB-Sportgericht verurteilte den japanischen Fußball-Profi Kazuo Ozaki (Bielefeld) rückwirkend zu einer Sperre vom 6. Oktober bis zum 3. November. Ozaki war am 6. Oktober wegen Nachtretens vom Platz gestellt worden.

Beratungen über Ley

Düsseldorf (sid) – Über die Zukunft des entlassenen Managers Wolfgang Ley kann beim Fußball-Bundesligaklub Fortuna Düsseldorf erst am nächsten Montag beraten werden. Der ehemalige Manager Werner Faßbender erklärte, die Unterlagen Leys seien in der Düsseldorfer Geschäftsstelle unauffindbar.

Hanika mußte aufgeben

Zürich (sid) – Wegen einer Grippeerkrankung mußte die deutsche Tennisspielerin Sylvia Hanika beim Turnier in Zürich vorzeitig aufgeben. Die Münchnerin spielte in der ersten Runde nur den ersten Satz (2:6) gegen die 15jährige Bulgarin Katarina Maleeva.

ZAHLEN

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in Stockholm, 1. Runde: Wilkinson (USA) – Gehring (Deutschland) 6:4, 3:6, 7:6. – Damen-Turnier in Zürich, 1. Runde: Kohde (Deutschland) – Burgin (USA) 6:3, 6:0, Herr (USA) – Mandlikova (CSSR) 6:3, 2:6, 6:4.

FUSSBALL

Europameisterschaft der Junioren (U 21), Gruppe 1: Polen – Albanien 2:0, Gruppe 3: Türkei – Finnland 1:1.

TISCHTENNIS

Bundesliga, Männer, 6. Spieltag: Borussia Düsseldorf – SSV Reutlingen 9:5.

EISHOCKEY

„Schwarze" Zahlungen

dpa, Stuttgart

Der Eishockey-Bundesliga droht ein neuer Skandal. Im Rahmen der „Abendschau" des Südwestfunk-Fernsehens gab erstmals ein Eishokkey-Profi öffentlich die Zahlung von „Schwarzgeldern" zu. Wolfgang Hellwig, der jetzt beim Zweitligaklub Duisburger SC spielt, erklärte, daß er in der letzten Saison als Spieler des ERC Freiburg neben offiziellen Bezügen von 30 000 Mark noch einmal dieselbe Summe unter dem Tisch erhalten habe.

Gegenüber dem Finanzamt seien aber nur 30 000 Mark versteuert worden, sagte Hellwig, dem von den Freiburgern 48 000 Mark Grundgehalt, 12 000 Mark zusätzliche Leistungen sowie ein Mietzuschuß von monatlich 500 Mark zugestanden worden war.

Der ERC Freiburg, in der letzten Saison Sechster, hatte zu Beginn der neuen Runde seine Mannschaft aus finanziellen Gründen zurückgezogen. Den Verein, gegen den Wolfgang Hellwig inzwischen Konkursantrag gestellt hat, weil „noch Geld an mich aussteht", drücken Schulden von mehr als einer Million Mark.

Schon vor zwei Jahren hatten sich die Freiburger nur deshalb vor der Pleite retten können, weil sie die vereinseigene Eishalle an die Stadt verkauften. Hellwig nannte auch den Grund, weshalb die Freiburger in den finanziellen Ruin gerieten. „Die Gehälter, die der ERC seinen Spielern zusagte, waren viel zu hoch."

Nachdem nun erstmals öffentlich die Zahlung von Schwarzgeldern zugegeben wurde, dürften die zuständigen Finanzbehörden hellhörig geworden sein. Die Eishockey-Bundesliga-Vereine müssen sich auf den Besuch von Steuerfahndern gefaßt machen. Wahrscheinlich überall – und nicht nur in Freiburg. Und wahrscheinlich nicht nur bei den Vereinen, sondern auch bei den Spielern.

DORTMUND

8,3 Millionen Schulden

dpa/sid, Dortmund

Den Fußball-Bundesligaverein Borussia Dortmund drücken mehr als acht Millionen Mark Verbindlichkeiten. Diese Zahl, die seit Wochenbeginn bereits in Dortmund kursierte, wurde gestern offiziell bestätigt, als Wirtschaftsprüfer Wolfgang Wortelmann die Eckdaten einer vom Notpräsidium in Auftrag gegebenen Buchprüfung bekanntgab.

Per 25. Oktober 1984 wurden Gesamtverbindlichkeiten in Höhe von rund 8,3 Millionen Mark festgestellt. Ihnen gegenüber stehen Aktivposten in Höhe von 2,950 Millionen durch ein für den Lizenzbetrieb nicht angreifbares Bankguthaben und 920 000 Mark Vermögens-Anlagen. Die Netto-Verbindlichkeiten betragen somit rund 4,430 Millionen Mark.

Wie weiter erläutert wurde, weist die Bilanz für das Spieljahr 1983/84 einen Verlust von 2,5 Millionen Mark aus. Die Einnahmen blieben um 1,1 Millionen hinter den Erwartungen zurück, die festen Kosten waren höher als kalkuliert, und Spielertransfers sorgten für zusätzliche Ausgaben. Vom 1. August bis 28. Oktober entstanden weitere Verluste in Gesamthöhe von 600 000 Mark, so daß der derzeitige monatliche Betriebsverlust rund 200 000 Mark beträgt. Dabei warten die Lizenzspieler noch auf Gehälter, Jahresleistungsprämien und Punktprämien aus der letzten Spielzeit.

Nach Angaben des Notpräsidenten Reinhard Rauball kann mit dem kalkulierten Zuschauerschnitt von 23 000 Besuchern nur verlustfrei gearbeitet werden, wenn zuvor Spielertransfers für 2,2 Millionen erfolgen. Diese Lösung sei im vorläufigen Sanierungskonzept jedoch nicht vorgesehen. Der Deutsche Fußball-Bund wurde über die Lage informiert. Dortmund, so heißt es, bemühe sich um ein Stillhalteabkommen.

STAND●PUNKT / *Moskau und die Dollars von „Mobil-Oil"*

Das Moskauer Fachblatt „Sowjetski Sport", offiziöses Sprachrohr dortiger (Sport-)Politiker, wettert nimmermüde gegen die Kommerzialisierung Olympischer Spiele. Seoul 1988 heißt der neueste Zankapfel, und der Beschluß des Internationalen Leichtathletik-Verbandes (IAAF), bei den großen Sportfesten offiziell Gagen zu zahlen, hatte die Osteuropäer einst ganz und gar verdattert: Sie blieben zu Hause, stellten umstrittene Rekorde auf und schimpften über Geldgier.

Das alles war schon scheinheilig genug, weil man zuvor stets dabei war. Damals, als die Athletenleistung noch heimlich bezahlt wurde. Nun aber wurde eine Kurskorrektur im Detail vorgenommen, ohne freilich dabei den Zankapfel Seoul 1988 aus den Augen zu verlieren. Am neuen Leichtathletik-Grand-Prix 1985, einer Sportfestkette an 16 Orten in 13 Ländern, beteiligt sich auch Moskau. Für diese überraschende Bereitschaft erhalten die sowjetischen Veranstalter vom Hauptsponsor Mobil-Oil 20 000 Dollar, die sie satzungsgemäß unter den Siegern aufzuteilen haben.

Drei Grand-Prix-Feste wurden insgesamt an den Osten vergeben: Budapest, Prag und Moskau. Zu bemerken ist, daß die Budapester schon seit Jahr und Tag bei den Athleten aus Ost und West als ehrenwerte Geschäftsleute hoch im Kurs stehen, weil sie die Hilfe eines ausgefuchsten englischen Managers in Anspruch nehmen und deshalb nicht nur Flugtickets, sondern auch Dollars für die Sportler ausgeben können. Weil mit Hilfe großer westlicher Fernsehstationen und entsprechender Bandenwerbung aus einem Leichtathletik-Sportfest durchaus ein lukratives Devisengeschäft gemacht werden kann, war man im Osten wie der Teufel hinter der Seele hinter der Teilnahme am Grand Prix her.

Der Olympische Tag in Ost-Berlin, eine renommierte Traditionsveranstaltung, schien am ehesten dafür geeignet. Im Vorfeld der endgültigen Kalenderabsprachen tauchte diese Veranstaltung auch stets auf den Entwurfspapieren auf – um dann auf wundersame Weise gegen Moskau ausgetauscht zu werden. Wobei anzufügen ist, daß der Stellenwert des Moskauer Sportfestes viel geringer als der Ost-Berlins ist. Doch Moskau wollte eben Dollars.

Was das alles mit den Sommerspielen in Seoul zu tun hat, die den sowjetischen Funktionären als Ausgeburt des Kommerzes wider den olympischen Geist erscheinen? In Seoul braucht man den Kommerz, um den Athleten jenen Rahmen zu schaffen, der ihnen später beim Abkassieren hilft. Wie auch am 8. Juni 1985 in Moskau. KLAUS BLUME

Wiedersehen mit einem charismatischen Mimen, der vor 25 Jahren starb:

Das Filmwunder Gérard Philipe

Als Gérard Philipe vor 25 Jahren 36jährig starb, trauerten nicht nur die Franzosen um ihren strahlend schönen und charmanten Schauspieler – die Kinogänger in aller Welt konnten es kaum fassen, daß dieser jungenhafte Held zahlloser Filme von René Clair und Roger Vadim nun nicht mehr war. Und in einem Nachruf hieß es: „Frankreich hat seinen James Dean verloren."

Das große Manöver – ZDF, 23.40 Uhr

Mit dem Amerikaner, der einige Jahre zuvor Opfer eines Autounfalls geworden war, hatte Philipe jedoch nur eines gemeinsam: das Idol-Sein einer Nachkriegsjugend. Er besaß eine hinreißende Lebensfröhlichkeit, war gefühlvoll, ohne pathetisch zu wirken, ein Rebell ohne Aggressivität, ein Individualist, ohne andere zu verletzen.

Innerhalb weniger Jahre stieg Gérard Philipe, 1922 in Cannes geboren, zu einer fast mystisch verehrten Figur auf. Wer ihn einmal als „Prinzen von Homburg" in Kleists Drama auf der Bühne sah, konnte sein Gesicht und die Stimme nicht mehr vergessen. Wer Filme wie „Die Kartause von Parma" oder „Fanfan, der Husar" erlebt hatte, der war fasziniert vom Charme dieses Mannes, seinen darstellerischen Leistungen, die stets etwas Mühelos-Schwebendes an sich hatten.

1955 entstand „Das große Manöver" unter der Regie von René Clair, in dem Philipe einen jungen Offizier spielt. Der Film ist bei weitem nicht Clairs bedeutendstes Werk – zu häufig gleitet es ins Sentimentale ab. Dennoch ist „Das große Manöver" sehenswert. Einmal mehr festigte Philipe hier seinen Ruf als die Idealbesetzung für die Rolle des romantischen Liebhabers, ein Image, dem er kritisch gegenüberstand: „Nichts ist tödlicher für einen Schauspieler", sagte er einmal, „als immer nur die gleiche Rolle zu spielen." Doch wer genau hinsieht, erkennt rasch, daß Philipe alles andere war als nur eine romantische Figur. In fast allen Rollen – von seinem ersten Film „Stürmische Jugend" 1947 bis zum „Großen Manöver" – spielte er stets junge Männer, die hin und her gerissen werden zwischen jugendlichem Leichtsinn und Schuldgefühlen, zwischen Leidenschaft und Ehrgefühl. Er konnte hinreißend komisch sein und herzerfrischend abenteuerlich. Er konnte witzig und dramatisch zugleich sein wie in „Die Abenteuer des Till Ulenspiegel" oder seelisch zerrissen wie in der Dostojewski-Verfilmung „Der Idiot", in der er den Prinzen Myschik spielte.



Gérard Philipe als Dragonerleutnant in „Das große Manöver". FOTO: TELEBUNK

Als 21jähriger war Philipe 1943 zum Film gekommen, 1947 gelang ihm in „Stürmische Jugend" unter der Regie von Claude Atant-Lara der Durchbruch. Von da an wurde jeder Film, in dem er mitwirkte, allein schon wegen seines Namens zum Erfolg. Nebenher aber blieb Philipe dem Theater treu, das er für die beste Talentschmiede hielt, in der man intensiver als irgendwo sonst Disziplin und die eigene Kreativität schulen könne. Er arbeitete oft bis hin zur Erschöpfung. Der Erfolg flog ihm nur äußerlich *„von alleine"* zu, denn hinter der jungenhaften Fassade verbarg sich ein stets an sich selbst zweifelnder und in Frage stellender Schauspieler, dem die Götter scheinbar alles gegeben hatten – gutes Aussehen, Talent und vor allem Charisma. Und dieses Charisma ist es, was die Zeiten überdauert hat und auch heute noch den Filmen mit Gérard Philipe ihre Ausstrahlungskraft verleiht.

NINA SCHULENBURG

KRITIK

Love-Story im China nach Mao

Die Volksrepublik China produziert jährlich etwa 130 Filme. Die wenigsten davon kommen jemals zu uns. Bei den Berliner Filmfestspielen ist es inzwischen schon Tradition geworden, ein oder zwei Filme im Jahr aus der chinesischen Produktion vorzustellen. Das Gros der Filme aus dem Reich der Mitte schafft aber es nicht – im Gegensatz zu den Produkten aus Hongkong –, in die westlichen Kinos vorzudringen. Der Film, den das ZDF gestern abend ausstrahlte, wurde 1983, einem Rekordjahr der chinesischen Kinoproduktion, gedreht und gibt ein China-Bild, das man so bisher selten zu Gesicht bekam.

„Gegenlichtaufnahme" von Ding Yin-Nen erzählt von einem Werftschlosser, der nebenbei auch noch Literatur verfaßt. Er verliebt sich in die Tochter einer Verlegerin, wird aber von der Mutter nicht akzeptiert. Sie droht ihm sogar, sich seiner Autorenkarriere in den Weg zu stellen, wenn er ihre Tochter nicht in Ruhe läßt. Am Schluß aber triumphierte die Liebe über alle Bedrohungen.

Interessant an diesem für unseren Geschmack doch oft recht pathetisch wirkenden Film, waren die kritischen Rückblicke des Regisseurs auf die einst als glorreich gefeierte Kulturrevolution, vor deren Hintergrund sich dieses Drama um Liebe und Kunst vollzog. Der junge Arbeiter steht zwischen zwei Berufen oder vielmehr Berufungen, zieht aber letztlich die geistige Arbeit dem alltäglichen Streß in der Werft vor.

Es ist ein neuer Trend im chinesischen Film, diese Zeit kritisch zu analysieren und sich von ihr sogar zu distanzieren. Gegen dieses Problem, das hier geschickt und feinfühlig aufgegriffen wurde, fiel die Liebesgeschichte deutlich ab. Hier mag zwar eine alte chinesische Geschichte zugrunde liegen, aber auch daran interessierte eigentlich nur, daß inzwischen Chinas Regisseure auf ihre alte Kultur zurückgreifen, um ein Bild des modernen China zu vermitteln – als sei die Kulturrevolution nie gewesen.

MARGARETE v. SCHWARZKOPF

Ein trübes Panorama

Zwar gab es in **„Panorama"** (NDR-ARD) – anders als im Programm angekündigt – nichts Neues zu Flick. „Panorama"-Chef Peter Gatter meinte, das ARD-Interview Friedrich Nowottnys mit dem Bundeskanzler sei doch noch zu frisch, und der habe diesem Thema wohl nichts mehr hinzuzufügen. So ließ Gatter nur den bereits vor 22 Jahren verstorbenen Bankier und Adenauer-Freund Robert Pferdmenges wie eine Taube aus dem Zylinder flattern – und bezeichnete ihn als den Mann, der angeblich die „Geldwaschanlagen" erfunden hätte. Näher erläutert wurde das aber nicht. Dennoch kam die Denunziation der Bundesrepublik als einer angeblichen Bakschisch-Republik nicht zu kurz. Daneben sollte auch der angebliche Polizeistaat Bundesrepublik Deutschland wieder einmal entlarvt werden. Dazu bot sich „der Tag X in Gorleben" an. Lehrer – also Beamte des höheren Dienstes –, die wegen des Transports von Atommüll nicht rechtzeitig mit dem Wagen zu ihrem Ferienhaus kamen, galten als die Unterdrückten, Entrechteten und Verdammten dieser Erde, kleine, überforderte Polizeibeamte – Angehörige des mittleren Dienstes – hingegen als die pervertierte Staatsautorität in Person. Der Grundsatz „audiatur et altera pars" wurde noch nicht einmal annäherungsweise praktiziert, kein klärendes Gespräch mit einem Polizeipräsidenten oder mit einem Angehörigen des niedersächsischen Innenministeriums suchte Licht in die Angelegenheit zu bringen.

GISELHER SCHMIDT



ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Kinder fragen Prominente
12.00 Umschau
12.10 ZDF Magazin
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

13.25 Uzala, der Kirgise
Der Pelztierjäger Uzala schließt sich im Jahr 1902 einem Trupp von Landvermessern unter der Führung von Kapitän Arsenniev an. Er wird zum unentbehrlichen Pfadpfinder in der Wildnis der sibirischen Taiga. Fünf Jahre später droht Dersu Uzala zu erblinden. Der Kapitän kann seinen Freund überreden, zu ihm in die Stadt zu ziehen. Aber das Leben dort ist dem Kirgisen fremd.
Russisch-japanischer Spielfilm (1975)
Buch, Regie: Akira Kurosawa
15.45 Tagesschau
15.55 Carmen
Der größte Erfolg des Choreographen Roland Petit ist diese Ballett-Fassung der Oper Carmen. Petits Frau Zizi Jeanmaire tanzt hier mit Mikhail Baryschnikoff zu der Musik von Georges Bizet, wobei auf die gesellschaftskritischen Momente der Mérimeeschen Originalfassung verzichtet wurde.
16.40 Alpha 5
Eine Computer-Spiel-Show
17.05 Computerzeit
Die Welt der Elektronenrechner
17.35 Die Wiederkehr der Heiligen
Ökumenische Anstöße zu Allerheiligen
Von Pfarrer Wilm Sanders
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Schlag auf Schlag
Moderation: Rudolf Mühlfenzl
21.00 Wer bin ich?
Seit 30 Jahren gibt es nun das Erste Programm. Um diesen Geburtstag gebührend zu würdigen, präsentiert die ARD ein Gala-Ratespiel, in dem der Zuschauer ein Wiedersehen mit Peter Frankenfeld, Rudi Carrell, Dieter Hildebrandt, Loriot, Ingrid Steeger, Friedrich Nowottny, Bernhard Grzimek, Alfred Biolek, Werner Höfer und vielen anderen feiern kann.
22.30 Tagesthemen
23.00 Ich möchte fliehen
Fernsehspiel von Leo Lehmann
Dieses Fernsehspiel erzählt die rührende Liebesbeziehung zwischen der amerikanischen Musikagentin Beate und dem deutschen Computerfachmann Martin.
0.40 Tagesschau

ZDF

11.00 Allerheiligenkonzert 1984
13.25 Wo Zechen sterben, blühen Blumen
Reportage von Günter Fiedler
13.55 Emilys großer Talentwettbewerb
Zeichentrickfilm
14.20 Die andere Seite des Reichtums
Wiederentdeckungen der Stiftungen
15.05 Chor und Sänger auf die Bühne!
Ein Porträt der Oper in Sydney
16.05 Das Wunder des Lebens
Dokumentation über die Fortpflanzung des Menschen
Von Lennart Nilsson
17.00 heute
17.05 Sebastian Kneipp – Der Wasserdoktor
Österreichischer Spielfilm
19.00 heute
19.15 Von Angesicht zu Angesicht
Film zu Allerheiligen
19.30 Der Granitkopp
Eine ernsthafte Bauernkomödie
Christian Scholz hat es nicht leicht. Der Landwirt aus dem Odenwald und seine Frau Martha bewirtschaften einen Hof mit 18 Milchkühen. Er würde sich lieber heute als morgen zur Ruhe setzen. Aber vom Altersgeld könnte er kaum leben. Außerdem will „Granitkopp" Christian weiter um einen vor Jahren enteigneten Acker kämpfen. Soll er den Hof der Nichte Loni und ihrem Mann Otto vermachen? Das brächte immerhin eine zusätzliche Landabgaberente.
Buch und Regie: Helmut Kissel
21.00 Kontakte
Er war für mich der Mann des Lebens
Erfahrungen alter und sehr alter Ehepaare
21.45 heute-journal
22.05 Vorwärts – zurück zu den Vätern
Der konservative Umbruch in Amerika
Bericht von Dieter Kronzucker
22.50 Apropos Film
Aktuelles aus der Filmbranche
23.35 heute
23.40 Das große Manöver
Französisch-italienischer Spielfilm (1955)
Mit Gérard Philipe, Michèle Morgan, Brigitte Bardot u. a.
Regie: René Clair
1.25 heute

III.

WEST

20.00 Tagesschau
20.15 Wenig Chancen für morgen
Amerikanischer Spielfilm (1959)
Mit Harry Belafonte, Robert Ryan, Ed Begley, Shelly Winters u. a.
21.45 Hannek
Wenn ich einmal sterben muß
Der Bergmann Hans Leschinsky aus Oberhausen (1982 gestorben) verfaßte Lieder und Gedichte.
22.15 Kulturszene
23.00 Nachtstudio Extra
Anschl. Letzte Nachrichten

NORD

18.30 Musikinstrumente und ihre Geschichte
19.15 Urlaubers Hinterland: Spanien (1)
20.00 Tagesschau
20.15 Der Schwan
Amerikanischer Spielfilm (1956)
22.00 Bücherjournal
22.50 Egberto Gismonti + Academia de Danças (2)
0.00 Nachrichten

HESSEN

18.30 Streifzüge durch die Natur
19.00 Der kleine Lord
Amerikanischer Spielfilm (1936)
20.30 Bücher-Report
21.20 Das Bild der Woche
21.30 Drei aktuell
21.45 Notizen vom Nachbarn
22.30 Die wirklich Reichen (1)
Man borgt nur Reichen
23.25 Schach dem Weltmeister

SÜDWEST

18.30 Nachrichten
18.35 Premieren-Stimmung
Live aus dem „Großen Haus"
19.00 Don Giovanni auf der Probe
19.45 Das schönste Theater der Welt
Stuttgarter Oper im alten Glanz
20.30 Passengeflüster
21.00 Das Ganze ein lichter Akkord
21.30 Maximilian Kutlett
Bildhauer
21.55 Die Bittschrift
22.45 Nachrichten

BAYERN

18.15 Tod, wo ist dein Stachel?
18.45 Rundschau
19.00 Thomas More
Schauspiel von Robert Bolt
21.15 „Königin aller Heiligen"
22.00 Rundschau
22.15 Z. E. N.
22.20 Middletown: Vereint zum Gotteslob
23.20 Die Erbin
Amerikanischer Spielfilm (1949)
1.10 Rundschau
1.15 Actualités

Vom Glück der Mäzene

mar – „Timeo Danaos et dona ferentes" warnte einst Laokoon seine Landsleute. Aber die wollten mit aller Gewalt das trojanische Pferd haben. Heutige Stadtväter scheinen da ein wenig gewitzter zu sein. Sie schauen dem geschenkten Gaul sehr wohl ins Maul, das später gefüttert werden muß.

Es geht wieder um Peter Ludwig. Er hat Aachen jetzt das Angebot gemacht, der Stadt eine Art „Zentrum der Weltkunst" zu stiften. Neben bedeutenden Werken aus Westeuropa und Amerika soll da vor allem Kunst aus Osteuropa, China, Japan und der Dritten Welt gesammelt werden. Das hört man weder in Köln noch in Oberhausen gern. Denn in Köln ist ein wesentlicher Teil Ludwigschen Eigentums an westlicher Kunst als Dauerleihgabe deponiert, und den Oberhausenern wurde erst jüngst das „Ludwig-Institut für Kunst der DDR" beschert. Andererseits besitzt Ludwig noch einen riesigen Batzen von Malereien und Plastiken aus sowjetischen und bulgarischen Ateliers.

Mit Ludwigs „Russen" fing der Ärger in Köln an, denn die Kölner Museumsleute zeigten diese Bilder im Stadtmuseum ein wenig genierlich als „Dokumente", nicht aber als „Kunst". Und die bulgarischen Erwerbungen mag bisher mit Ausnahme der Wiener keiner recht vorzeigen. Außerdem beeinträchtigt das Verhältnis des Mäzens zu Köln die gescheiterte Ludwig-Stiftung, die einmal als eine Art Ersatz-Nationalstiftung konzipiert war. Und schließlich zeigen die Kölner wohl auch keine Neigung mehr, ihren Museumsneubau zwischen Dom und Rhein ganz dem Museum Ludwig einzuräumen, sondern sie werden, wie von Anfang an geplant, das Wallraf-Richartz-Museum und das Museum Ludwig unter diesem neuen Dach vereinen.

Dafür möchte Ludwig jetzt diese Idee auf Aachen übertragen. Dort soll das Suermondt-Museum mit seinen bedeutenden Schätzen alter Kunst aus dem geplanten Neubau verdrängt werden, um ihn ganz der „Ludwig-Stiftung für Kunst und internationale Verständigung" freizuhalten. In seinem Brief an die Aachener Stadtväter schreibt Ludwig auch, daß diese Stiftung „auf breiter Basis die Bildkunst der Völker vorstellt und damit in herausragender Weise dem Frieden dient". Die Kunst ist also nur noch Mittel zum Zweck. Damit wird das Museum zum Kuriositätenkabinett, weil die Herkunft wichtiger als die Qualität des Ausgestellten ist.

In Aachen gibt es deshalb nicht nur einen Laokoon, der warnt: „Timeo maecenates et dona ferentes!"

München: Waechters Stück „Nach Aschenfeld"

Popkorn als Hauptspeise

Aschenfeld ist die Stadt hinterm Fluß. Und der Fluß ist Schnaps und Chaos. Wir werden durch Schnaps und Chaos krauien und unsere Feinde darin ersäufen wie Bügeleisen." So der Penner Hartmann zu einem gewissen Braun in der Uraufführung von F. K. Waechters Stück „Nach Aschenfeld" (gemeint ist der „Arsch der Welt") im Münchner Residenztheater.

Mit der Wahl der Spielstätte war bereits die Stolperfalle für diesen Theaterabend gelegt, denn das winzige Nonsens-Stückchen auf einer veritablen Bühne aufzuführen wirkt genauso absurd, wie Popkorn auf Meißener Porzellan als Hauptspeise zu servieren. Die viel zu große Bühne ließ den sanften Charme der Clownerien schnell verfliegen, und von da ab langweilte man sich ganz fürchterlich. Was man gleichzeitig bedauerte, denn das Schauspieler-Duo Michael Altmann als Hartmann und Heinz Kraehkamp als Braun ist im Grunde vorzüglich. Der eine lang und traurig, mit viel Alkohol im Blut und wilden Phantasien im Hirn, der andere rund und klein, voll Beflissenheit und Lerneifer wie ein Gummiball umherhüpfend.

Diese Kontrastfiguren treffen per Zufall aufeinander: der mollige Braun – er ist Bankdirektor – stolpert über den schlafenden Penner. Und dieser macht den Chef sofort zu seinesgleichen, zerreißt ihm den Anzug, flößt ihm Alkohol ein. Und auf gleicher Suff-Ebene „plötzlich den Mitmenschen entdeckend", machen sich die zwei trüben Gestalten auf eine märchenhafte Reise „nach Aschenfeld", einem Ort (n)irgendwo. Dorthin, wo keine Uhren mehr nötig sind, wo es „von Stunden befreite Tage und Nächte gibt".

Alles scheint möglich auf dieser Reise: Trauer und Freude liegen eng beieinander, ebenso Wirklichkeit und Traum. Und je mehr die beiden saufen, desto näher scheinen sie ihrem Ziel zu kommen. Dazu tönt klagend ein Saxophon, schrill läßt sich eine Klarinette vernehmen, und wild wird auf dem Piano gehämmert, den Lärm der Großstadt nachahmend. Musik und Bühnenbild sind hier eng verzahnt, die Töne sollen sowohl Orte wie Gefühle herstellen. Mitunter tun sie es auch, aber im großen und ganzen nervt diese Klang- und Wort-Collage doch extrem.

Am Schluß ihrer Reise in bessere Zeiten und Zonen sind die beiden Protagonisten wieder an der gleichen Stelle angelangt. Wieder stolpert der Direktor über den Penner, doch dieses Mal tritt er mit Füßen auf ihn, schlägt ihn am Ende tot. Warum diese bitterböse Pointe einer ansonsten harmlosen Slapstick-Idee aufgesetzt wird, wissen die Götter. Sollte es überhaupt eine Pointe sein? Oder gar eine Moral? Ein Lehrstück also? Waechter, von Hause aus Karikaturist, sollte doch bei seinen Cartoons bleiben. Die sind kürzer, unterhaltender, besser.

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

Film: Die „Gremlins"

Schmusetiere kriegen den Rappel

Er haßt das Wasser, denn Wasser ist Gift für ihn. Er scheut das Licht, denn Licht bringt ihn um. Aber das wichtigste: man darf ihn niemals nach Mitternacht füttern. Denn das würde eine Katastrophe auslösen.

Die Rede ist von einem possierlichen Plüschtier, einem hochintelligenten Kerlchen, das sogar singen kann und mit Vorliebe fernsieht. Ein verschrobener Erfinder, der durch San Franciscos Chinatown streift, stöbert es im Trödelladen eines alten Chinesen auf. Und er erwirbt es als Weihnachtsgeschenk für seinen Sohn Billy, wohl wissend um die Verantwortung, die er mit dem Tierchen auf sich nimmt.

Man ahnt schon, wie es weitergeht. Nobody is perfect. Billy verletzt die Regeln, ohne es zu wollen. Ein Tropfen Wasser genügt, um eine rapide Vermehrung des Tieres zu bewirken. Die Fütterung nach Mitternacht verwandelt dann die Kuschelbärchen in fürchterliche Monster.

Sie treten nun gleich in Hundertschaften an: die „Gremlins", kleine grünbraune, glitschige Wesen mit Fledermausohren, Schlangenaugen, einem zackigen Rückenkamm und einem Gorillagebiß. Kurz vor Weihnachten fallen sie über die Stadt Kingston Hall her wie eine Seuche.

In Amerika zählen die „Gremlins" zu den stärksten Kassenmagneten dieses Filmjahres. Regie führte der junge Joe Dante, doch der Film trägt unverkennbar die Handschrift des Produzenten Steven Spielberg. Milieu und Atmosphäre sind aus Spielberg-Filmen schon vertraut: Die biedere amerikanische Kleinstadt, und im Zentrum wie schon so oft eine heile Familie aus dem Mittelstand.

Anklänge an „E.T." sind beabsichtigt. Ein Gremlin ist ja im Grunde nichts anderes als eine bösartige Variante des Außerirdischen, ein „E.T. mit Zähnen", wie ein amerikanischer Kritiker schrieb. Freilich sind die Gremlins allein durch menschliches Versagen zu Bösewichtern geworden. Ihre heimliche Rache: sie parodieren alle Unarten, zu denen der Mensch fähig ist. Und sie liefern ihm erbitterte, ja tödliche Kämpfe.



Noch im Stande der Unschuld: Ein Gremlin vor der Katastrophe
FOTO: DIE WELT

Von vier Gremlins in ihrer Küche überrascht, wehrt sich Billys Mutter kühn mit den Mitteln einer Hausfrau: einer wird im Mixer zerquirlt, ein anderer gebraten, ein dritter verendet am Fleischspieß. Nur der vierte entkommt. Gegen ihn holt Billy in der Spielzeugabteilung eines Kaufhauses zum großen Countdown aus.

Alle übrigen Gremlins sterben am Weihnachtstag einen Massentod im Kino, das Billy in Brand steckt. Ausgerechnet Disneys „Schneewittchen" hatte sich die Meute angesehen, ein Film, der selbst diese rüden Burschen in Laune versetzt. Diese Szene, eine ebenso komische wie originelle Reverenz an das Kino als Märchenerzähler, ist die beste dieses ansonsten recht einfältigen Machwerks, das wie ein Aufguß früherer Spielberg-Filme wirkt.

DORIS BLUM

Interview mit dem Komponisten Lutoslawski

Ein Herz für junge Philharmoniker

Witold Lutoslawski, 1913 in Warschau geborener Komponist, war in diesem Jahr Gastdirigent der Sommerakademie der Jungen Deutschen Philharmonie. Mit dem Orchester führte er u. a. in Paris, Wien und Leipzig seine „Novelette für Orchester" (1978/79), „Chain I" (1983) und das „Doppelkonzert für Oboe, Harfe und Kammerorchester" (1982) auf. Die WELT sprach mit Lutoslawski über diese Arbeit und über seine Musik.

WELT: Herr Lutoslawski, die Junge Deutsche Philharmonie ist für ihre künstlerischen Leistungen mit der Frankfurter „Mozart-Medaille" ausgezeichnet worden. Was bedeutet Ihnen die Zusammenarbeit mit diesem Orchester?

Lutoslawski: Der Ausbildungsstand der jungen Musiker ist ganz außerordentlich hoch und international beachtlich. Es ist das Verdienst dieser vollständig selbstverwalteten Einrichtung, neue Formen der Zusammenarbeit zu erproben und sich systematisch mit der Musik der Gegenwart auseinanderzusetzen.

WELT: Sie selbst erhielten eine relativ traditionelle Ausbildung. Wie kamen Sie zur neuen Musik?

Lutoslawski: Vor dem Krieg nahm ich am Konservatorium Klavierunterricht bei Jerzy Leszek. Mein Kompositionslehrer, Witold Maliszewski, Schüler von Glasunow und Rimski-Korsakow, war schon sehr alt. Er war konservativ, aber sehr solide. Ich habe in der Formenlehre viel von ihm gelernt. Die Kompositionsstunden waren vielleicht nicht so wichtig. Er wollte, daß ich mich frei entwickelte. Am Ende meiner Studien in Warschau war ich dann zu modern für ihn. Er wollte mir keine Ratschläge mehr geben, und ich mußte doch etwas komponieren für mein Diplom, das er akzeptieren konnte. Daraus wurden dann meine „Zwei Fragmente eines Requiems".

WELT: Sie beziehen sich selbst auf Strawinsky und die Linie des Neoklassizismus. Was hinderte Sie, sich an den Zwölftonkomponisten zu orientieren?

Lutoslawski: Die Wiener Schule steht mir auch heute nicht ganz nah. Natürlich verwende ich auch die Zwölftonreihen, aber in ganz anderer Weise als in der klassischen Dodekaphonie. Das begann schon 1948, als ich dachte, ich müßte von Null beginnen. Ich war überzeugt: Das, was ich damals machte, würde zu nichts führen. Es gab nichts, das mich daran interessierte oder was ich davon lernen konnte. Ich mußte als Autodidakt arbeiten. Das war der Anfang der Arbeit „Über die Klangsprache".

WELT: Ihre Musik klingt immer sehr expressiv. Welches Konstruktionsprinzip steht hinter diesem ersten emotionellen Eindruck?

Lutoslawski: Ich bin sehr, sehr beschäftigt mit Formen. Besonders interessiert mich die große, geschlossene Form. Meine Werke sind keine Sammlungen von Klangphänomenen, sondern Perzeptionen dessen, was der Hörer wirklich erlebt. Ich habe eine zweiteilige Form entwickelt, die das Resultat meiner Erfahrungen als Zuhörer ist. Die sinfonische Form der Klassiker Haydn und Mozart besitzt für mich das ideale Gleichgewicht. Schon seit Beethoven, erst recht später bei Brahms wurde diese Form zu schwer und inhaltlich zu überlastet. Ich wollte darum etwas finden, was meiner eigenen Vorstellung einer großen, geschlossenen Form entsprach. Der erste Satz ist darin eine Vorbereitung für etwas Wichtigeres. Sie besteht aus kurzen Abschnitten oder Episoden und ist ohne irgendeine Kontinuität. Dieser Teil dient dazu, Interesse zu wecken, aber er erfüllt nichts, er schafft selbst noch keine Genugtuung. Am Anfang stehen also kurze Momente, die den Zuhörer zu einem längeren Satz hinführen, in dem ich den Höhepunkt des ganzen Werkes präsentiere.

WELT: Die Form ist also nicht nur das alte Gefäß für neue Aussagen?

Lutoslawski: Nein, das ist für mich ein ganz natürliches Verhältnis zur Tradition. 1968 wollte ich eine Sammlung kürzerer Stücke komponieren, einen Zyklus, miteinander locker verbunden und im Finale etwas größer angelegt. Ich nannte es das „Livre Pour Orchestre". Der Mann, der mir dieses Werk in Auftrag gegeben hatte, gab seine Zusage für eine solche Konzeption. Ich begann daraufhin, mein Stück zu komponieren. Und mit einem Mal zeigte sich für mich ganz klar: Das ist keine Sammlung kleiner Stücke, das ist eine logisch entwickelte Form.

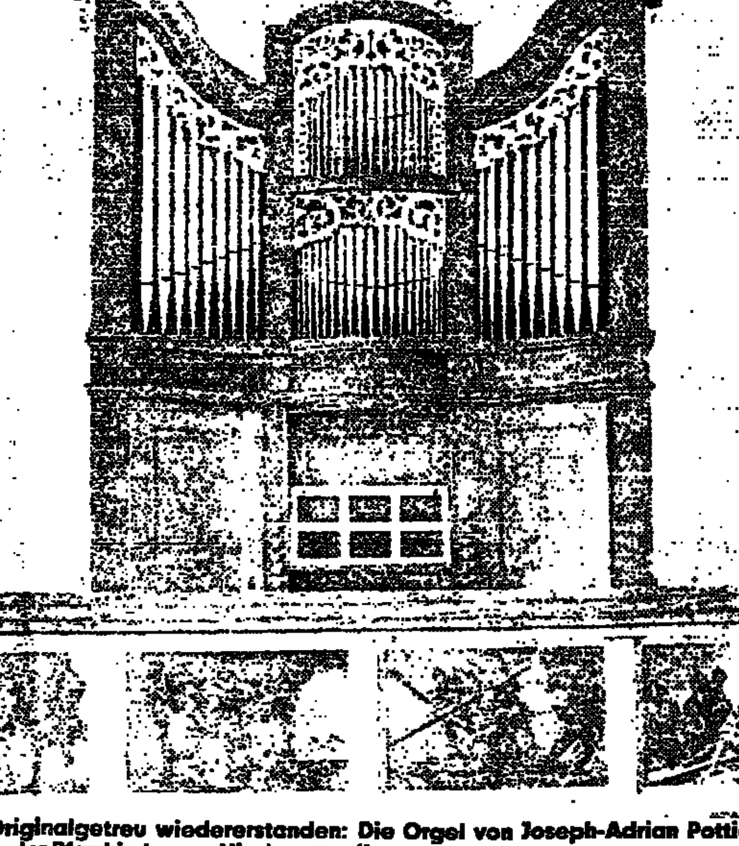
WELT: Bei den Konzerten mit der Jungen Deutschen Philharmonie spürte man die Faszination der Musiker, daß Komponist und Dirigent identisch sind. Ihre Musik ist rhythmisch sehr vielschichtig, und es gibt Passagen, in denen Sie die Arme sinken lassen, überhaupt nicht dirigieren und den Ablauf der Musik wie von Geisterhand beherrschen.

Lutoslawski: Das sind die Ad-libitum-Stellen, die ich als begrenzte Aleatorik immer wieder verwende. Das hat mit Zufall nicht mehr viel zu tun, und ich bin auch Gegner jeder Improvisation. Jeder Musiker wird beim Ad-libitum-Spiel im Orchester zum Solisten und hat seinen Anteil daran, etwas rhythmisch Reicheres zu schaffen. Die Tonhöhenorganisation ist immer kontrolliert, es ist also alles bis auf das Zeitmaß und den Rhythmus auskomponiert.

WELT: Das erfordert Phantasie, die unwillkürlich an Programm-Musik erinnert. Wie läßt sich das mit der Formverbundenheit in einer sinfonischen und damit absoluten Musik vereinbaren?

Lutoslawski: Ich schreibe keine Programm-Musik. Ich glaube auch nicht, daß Musik irgend etwas Konkretes ausdrücken kann. Sie trägt ihren Wert in sich. Wenn man etwas mit der Musik assoziiert, ist das subjektiv. Ich erlebe das immer wieder. Meine 1. Sinfonie z. B. endet meiner Meinung nach ganz heiter. Das läßt uns deuten, es ist ein ganz optimistisches Stück. Nach der Premiere kam damals ein alter Mann zu mir und sagte: „Was für ein tragisches Werk!" – Ich glaube, es ist wirklich das Ziel der Musik, Sachen zu sagen, die sich mit Worten nicht sagen lassen.

EWALD HARTMANN



Originalgetreu wiedererstanden: Die Orgel von Joseph-Adrian Pottier in der Pfarrkirche von Niederrotweil
FOTO: CHRISTOPH HOPPE

Restaurierung: Seltene Pottier-Orgel gerettet

Pfeifen als Zinnsoldaten

Er sei ein „von ungefähr hieher gekommener Orgelmacher aus den Niederlanden, ein Frantzoss", notierte der Stadtpfarrer Müller in Lahr (im Schwarzwald) über den Orgelbauer Joseph-Adrian Pottier. Sehr viel mehr weiß man auch heute noch nicht über ihn. Die genauen Lebensdaten fehlen. Bekannt ist, daß Pottier seine Ausbildung in Lille erhielt, daß er von 1755 bis 1761 in Burkheim bei Breisach wirkte und daß es ihn dann in die Schweiz zog. Nur zwei seiner Orgelwerke, die in Yverdon und Moudon, haben überlebt. Und eine dritte Pottier-Orgel in der katholischen Pfarrkirche St. Michael zu Niederrotweil (am Kaiserstuhl) wurde jetzt, nachdem sie für mehr als 100 Jahre verstummt war, wieder restauriert.

Die Geschichte dieser kleinen Orgel ist eine Folge von Zufällen. Als sich die Pfarrgemeinde zu einem Kirchenneubau entschloß, verkamen der Altbau und die kostbare Innenausstattung einschließlich der Orgel. 1944 zerlegte man schließlich das Instrument und deponierte die Teile auf dem Dachboden der Kirche. Dort spielten Kinder damit, einige der Pfeifen wurden zu Zinnsoldaten verarbeitet. Bis man eines Tages die Kirche, die auch ein Spätwerk des berühmten Breisacher Meisters HL enthält, neu entdeckte. Man erinnerte sich der Orgel, und es entstand der Wunsch, das barocke Instrument, „ein Instrument zwischen den strengen französischen und den bewegteren süddeutschen Formen", zu restaurieren.

Der Anfang muß deprimierend gewesen sein. Nichts als Reste, und die in trostlosem Zustand. Nach einer ersten Säuberung mußte geklärt werden, welche Werkstücke unverändert, welche zumindest in Teilen zu übernehmen waren und welche völlig neu gearbeitet werden mußten. Es kam darauf an, so Hans Gerd Klais von der Bonner Orgelbauwerkstatt Johannes Klais, der die Wiederherstellung übertragen wurde, das Instrument „von innen heraus" zu restaurieren, so daß man heute die ursprüngliche Konstruktion der Manuallade und der Pedallade ohne Schwierigkeiten erkennen kann.

Besondere Probleme traten bei der Restaurierung der Spielmechanik auf. Die Registertraktur mußte völlig neu gebaut werden. Dieser Umbau machte es möglich, die Anordnung der Registerzüge überschaubar zu gestalten und die Registertraktur völlig im Untergehäuse unterzubringen. Daß die gesamte Konstruktion ausschließlich durch althergebrachte Holzverbindungen gehalten werden sollte, war für die Orgelbauer eine Selbstverständlichkeit.

Wo Originalteile nicht mehr zur Verfügung standen und auch keine sonstigen Anhaltspunkte ursprünglicher Gestaltung ermittelt werden konnten, galt es, auf Vorbilder zurückzugreifen. Bei der Restaurierung der Spielanlage beispielsweise folgte man der Silbermannschen Tradition: Tasten aus Eiche, Beläge aus Ebenholz, Obertasten aus Ebenholz mit Elfenbeinauflage. Nicht einfach war auch die Restaurierung des Pfeifenwerks. Wo immer möglich, restaurierten die Fachleute die Metallpfeifen ohne Auftrennen der Rundnaht. Danach wurden die Pfeifen vorintoniert und schließlich nach Tonhöhe und Mensur den einzelnen Metallregistern zugeordnet. Auch bei den Ergänzungen galt das „Prinzip der logischen Fortführung der vorhandenen Pfeifen".

Die Zuordnung der Holzpfeifen war etwas einfacher. Sie waren entweder signiert oder unterschieden sich in Bauweise und Material. Ausschlaggebend für die Intonation blieben die Originalpfeifen. Optimaler Klang und Ansprache bei vollem Wind gaben die Richtung an. Entsprechend herb und sehr kräftig ist denn auch der Klang des restaurierten Instruments, das nun wieder in St. Michael zu hören ist.

WILLI MÜLLER

ZEITSCHRIFTENKRITIK: Vom Ende der „Frankfurter Hefte" und vom Aufstieg der „Epoche"

Abo aufs Moralisieren

Die Nachricht vom Ende der „Frankfurter Hefte" erfüllt weder mit besonderer Trauer noch mit Befriedigung. Zunächst: Diese 1946 gegründete Zeitschrift ist ein Teil unserer Geschichte. Sie zählt zu den vier, fünf Zeitschriften, in denen die großen geistigen Auseinandersetzungen der Nachkriegsjahre ausgefochten wurden. In ihr wurde nach 1945 zum ersten Male weithin sichtbar jenes Amalgam von Christentum und linken Affekten, das in den verflossenen vier Jahrzehnten inzwischen zu einer Selbstverständlichkeit der politischen Szene geworden ist. Und zu mehr noch: zur einzigen Linken in unserer Gesellschaft, die noch nicht von Zweifeln angekränkelt ist ...

Aber es ist nicht nur die Nostalgie, die uns ein Triumphgeschrei über den Exitus der „Frankfurter Hefte" unmöglich macht. Diese Zeitschrift war unter den linken Gazetten stets noch diejenige, die sich nicht allein dem Versprühen von Meinungen widmete, sondern sich auch um sachliche Information bemühte.

Aus der Oktober-Nummer (der vorletzten der Zeitschrift) hat der Rezensent zwei Beiträge für sein Archiv herausgetrennt: ein sicher nicht umstürzendes, aber im Kern richtiges Porträt von Joseph Conrad, aus der Feder von Renate Wiggershaus, und dann von Helmut Niemeyer eine ausführliche Herleitung des berühmten spanischen Ausrufes „Viva la muerte!" (Es lebe der Tod!). Daß dieser Slogan von General Millán Astray, Kommandeur der spanischen Fremdenlegion, einäugig und einarmig, stammte, wußte man. Niemeyer unterstreicht jedoch mehr als andere die Gegenspielerrolle, die der große Philosoph Unamuno an jener Feier vom 12. Oktober 1936 in der Universität Salamanca spielte, von der aus jener paradoxe Ausruf seinen Weg durch die Medien machte.

Wieso – so muß man jetzt fragen – sind die „Frankfurter Hefte" von dem einstigen, stolzen Auflagenniveau (Höchststand 75 000 Stück pro Nummer) unter die 3000 Stück gesunken? Wie war das möglich in einer Gesellschaft, in der es – „Wende" hin oder her – immer noch schick ist, links zu sein? Daß die Gründerväter der „Frankfurter Hefte", Walter Dirks und Eugen Kogon, sich in fast jeder Nummer noch äußerten und sich in den 39 Jahrgängen etwas wiederholt haben, kann nicht der Grund sein. Die paar Seiten waren leicht zu überblättern.

Uns scheint der wahre Grund anderswo zu liegen: in der Penetranz des Moralisierens. Diese Diagnose mag überraschen, denn jeder Linke lebt davon, auf Grund einer falschen Anthropologie seine Mitmenschen moralisch zu erpressen. Aber bei Dirks/Kogon und ihren Adepten hat das Moralisieren noch etwas vergleichsweise Naives. Man nimmt es ihnen noch ab, daß sie es, zumindest subjektiv, ehrlich meinen. Das Bewältigen ist ihnen Herzenssache (und ein Kogon hat auch allen Grund dazu).

Auf der Linken ist jedoch schon lange die Stunde der kessen Macher und Aufsteiger in der Art von Ehmke und Schily. Sie verwenden moralische Argumente, solange man sie gebrauchen kann. Ist dieses Instrument einmal abgebraucht, so greift man kühl nach einem anderen. Die „Frankfurter Hefte" abonnierte ein solcher Linker gewiß nicht.

ANTON MADLER

Die Begriffe entsetzen

Am Anfang schrieb noch Hans Habe die jetzt von Hans Weigel betreuten „Tagebuchnotizen", eine der amüsantesten Sparten der „Epoche". Das war im Januar 1977, und Habe befaßte sich in der ersten Nummer mit dem „trojanischen Automobil". Die Mitarbeit bei der gerade gegründeten Monatszeitschrift machte nicht nur ihm Spaß.

Mittlerweile hat man über zwanzigtausend Auflage erreicht. Aber die Vorstellungen der Gründungsherausgeber Winfried Martini, Walter Hoeres und Karl Ludwig Bayer (Bayer ist heute alleiniger Herausgeber) lassen sich mit Zahlen gar nicht messen. Sie sahen die Notwendigkeit, dem liberal-konservativen Publikum in der Bundesrepublik Deutschland zum Ende der Entspannungsära Orientierungshilfe für die nächsten Jahrzehnte zu bieten. Das tut die „Epoche" nun seit fast acht Jahren in konzentriertester Form und mit einer Autorenschaft, die sich sehen lassen kann: Schoeck, Meves, Lobkowicz, Todenhöfer, Frankl, Walden, Kaltenbrunner, Hofstätter, Steinbuch, Schelsky, um nur einige zu nennen.

Daß ihr Aufmerksamkeitsgrad bei den überdurchschnittlich Gebildeten hoch, ansonsten aber eher gering einzuschätzen ist, liegt im Wesen jeder Elite begründet. Immerhin, die Schnitte des „geistigen Skalpells", mit dem diese Zeitschrift am Einfluß des destruktiven Linksjournalismus herumzuschnippeln sich vorgenommen hat, finden seit einiger Zeit auch unter Politikern wachsendes Interesse. Es greift der Eindruck um sich, daß die „Epoche" sich mit Argumenten für eine Freiheit einsetzt, die es, gemäß Schelsky, „heute neu zu erkämpfen gilt", nämlich die „Freiheit der Informierten gegenüber den Informatoren".

Schwerpunkte der Arbeit sind denn auch die Massenmedien, ferner das kühl-rationale Engagement wider Kommunismus und Marxismus und all ihre Derivate, die entsprechende Außen- und Sicherheitspolitik, das Verhältnis der Industrieländer zur Dritten Welt. Hier tritt die „Epoche" dem in der westlichen Presse weitverbreiteten Komplex entgegen, wonach die Industrieländer gegenüber den Entwicklungsländern eine Schuld abzuleisten hätten. Ihre Gegenposition faßt sie in den von Todenhöfer geprägten Begriff „Weltmarktwirtschaft", den sie dem Konzept der planwirtschaftlich ausgerichteten „neuen Weltwirtschaftsordnung" entgegenstellt. Links besetzte Begriffe semantisch wieder zu entsetzen oder durch andere, sachgerechtere zu verdrängen – das ist nicht das schlechteste Vorhaben von „Epoche".

In der neuen Nummer untersucht Bayer den Begriff der Ausgewogenheit in den elektronischen Medien. Wirkliche Ausgewogenheit sei nur dann erreichbar, schreibt er, „wenn eine Vielzahl von Meinungen und Informationen über eine Vielzahl von Medien-Kanälen ein breites Spektrum abdeckt – und sich auch im Bereich der elektronischen Medien alles über den Markt genau so ausgleicht, wie dies bei der Presse der Fall ist. Nur so ist die Vierte Gewalt im Staat zu bändigen." Und deshalb plädiert Bayer für die „Rundfunk-Marktwirtschaft", die allein die Meinungsvielfalt sichere.

„Wer lehrt, herrscht", sagt Schelsky. Die „Epoche" lehrt, der geistigen Fremdherrschaft zu widerstehen. Vielleicht liegt darin ihr Erfolgsrezept.

JÜRGEN LIMINSKI

JOURNAL

Forderungskatalog des Deutschen Musikrates

dpa, München

Einen umfangreichen Forderungskatalog hat die Generalversammlung des Deutschen Musikrates in München an die Bundesregierung und den Bundestag gerichtet. Nach Mitteilung des Musikrates verlangt die Dachorganisation aller Musikverbände in der Bundesrepublik u. a. Erleichterungen in der Besteuerung künstlerischer Nebentätigkeiten, eine Verbesserung des Stiftungsrechts und der sozialen Absicherung der Künstler sowie die „unverzügliche Verabschiedung der Novelle zum Urheberrecht".

China präsentiert sowjetische Kunst

AFP, Moskau

Erstmals seit 1965 ist wieder sowjetische Kunst in China zu sehen. Die Anfang der Woche eröffnete Ausstellung umfaßt etwa 60 Gemälde von 50 Künstlern, von denen mehrere bereits mit dem Lenin-Preis ausgezeichnet oder als „Künstler des Volkes" gewürdigt wurden. Die Werke, darunter Porträts von sowjetischen Generälen und idealistische Darstellungen Lenins, sind figurativ und ideologiekonform. Die Ausstellung, die für zwei Wochen geöffnet ist, ist das Gegenstück zu einer Präsentation chinesischer Künstler in Moskau.

Tölzer Knabenchor-Chef geht an Mailänder Scala

dpa, Mailand

Gerhard Schmidt-Gaden, Chef des Tölzer Knabenchors und Professor für Chorleitung und Stimmbildung am Salzburger Mozarteum, hat einen Zweijahresvertrag als Chordirektor mit der Mailänder Scala abgeschlossen. Er ist damit der erste Deutsche, der an diesem Opernhaus einen Direktionsvertrag erhält. Schmidt-Gaden wird neben seiner bisherigen Tätigkeit den Aufbau eines neugegründeten Knabenchors an dem italienischen Opernhaus leiten und koordinieren.

Das Chamäleon Dokoupil oder Kunst im Stundenbuch

DW. Essen

Noch bis zum 18. November ist die große Werkauswahl des Malers Georg Jiři Dokoupil im Essener Museum Folkwang, der ersten und für Deutschland einzigen Station, zu sehen, bevor sie ins Ausland geht. Dokoupil gehört sicherlich zu den irritierendsten Künstlern der Neuen Heftigkeit. Mit seinem häufigen Stilwechsel macht er viele ratlos. Er ist so etwas wie ein Chamäleon der jungen Malergeneration, gleichwohl ein Künstler der arrivierten Sorte, wovon allein schon der Katalog zeugt: ein Buch, nicht im billigen Pappeinband, sondern in rotem Leinen und mit Goldprägung rundum, sodann mit Goldschnitt und zwei Merkbändern, so recht zur Nutzung als Stundenbuch geeignet (35 Mark; Luzern: 27. 1.–17. 3. 1985, Groningen: 6. 4.–12. 5., Lyon: 30. 5.–7. 7.).

AUSSTELLUNGS-KALENDER

Berlin: Die Zukunft der Metropolen – Technische Universität (bis 16. 12.)
Siedlungen der Zwanziger Jahre: Heute – Bauhaus-Archiv (bis 7. Jan.)
Bonn: LIFE-Fotografien: Das Zweite Jahrzehnt 1946–1955 – Rheinisches Landesmuseum (bis 6. Jan).
Braunschweig: Architektur und der Traum von Orpheus – Städtisches Museum (bis 18. Nov.)
Bremen: Emil Schumacher – Kunsthalle (bis 25. Nov.)
Duisburg: Michael Kenny – Wilhelm-Lehmbruck-Museum (11. Nov. bis 6. Jan.)
Düren: Papier zu Papier gebracht – Leopold-Hoesch-Museum (bis 9. 12.)
Düsseldorf: Aufbrüche. Manifeste. Manifestationen – Kunsthalle (bis 25. Nov.)
Frechen: Zeitgenössische Keramik aus der Tschechoslowakei – Keramion-Museum (17. Nov. bis 23. Dez.)
Hamburg: Skat – Geschichte eines Spiels – Altonaer Museum (7. Nov. bis 10. Feb.)
Hannover: Bild als Waffe – Wilhelm-Busch-Museum (bis 16. Dez.)
Hofheim am Taunus: Hanna Bekker von Rath und die Künstler des Blauen Hauses – Foyer des Rathauses und Haindl-Hof (bis 21. Nov.)
Karlsruhe: Richard-Bampi-Preis 1984 – Schloß (bis 9. Dez.)
Kassel: Aquarelle – Kunstverein (14. Nov. bis 16. Dez.)
Köln: Der Schatz von San Marco – Römisch-Germanisches Museum (bis 27. Jan.)
Krefeld: Kayserzinn + Tea & Coffee Piazza – Kaiser Wilhelm Museum (bis 9. Dez.)
Mainz: Wilhelm Steinhausen – Mittelrheinisches Landesmuseum (bis 2. Dez.)
München: Antonio Dias: Erfundenes Land – Galerie im Lenbachhaus (bis 9. Dez.)
Frühe Holzkirchen in Skandinavien, frühe Holzkirchen in Bayern – Prähistorische Staatssammlung (bis 13. 1.)
Nürnberg: Willem de Zwart 1862–1931 – Albrecht Dürer-Haus (bis 6. 1.)
Rosenheim: Unbekanntes von Kokoschka – Städt. Galerie (bis 9. Dez.)
Rottweil: Iain Robertson – Forum Kunst (bis 25. Nov.)
Sindelfingen: Sammlung Lütze II – Galerie der Stadt (bis 30. Dez.)
Stuttgart: Reinhold Nägele 1884–1972 – Galerie der Stadt und Staatsgalerie (bis 2. Dez.)
250 Meisterwerke – Neue Staatsgalerie (bis 6. Jan.)
Wiesbaden: Wilhelm Steinhausen – Museum (bis 30. Dez.)

Nach „Tod" des Rechners kommt der Pleitegeier

dpa, Düsseldorf

Wenn der Rechner „stirbt" und mit ihm auch die Datenverarbeitung, dann kreisen die Pleitegeier über dem Unternehmen. Schon wenige Tage genügen, daß sich in mittleren Firmen die Existenzfrage stellt. Dies berichteten jetzt Fachleute für Computertechnologie und Informatik in Düsseldorf.

Sie skizzierten die dramatische Entwicklung nach Totalausfall eines Rechners mit Beispielen aus der Praxis: Ohne elektronische Datenverarbeitung gehe nichts mehr, vor allem kommt kein Geld mehr in die Kasse, weil Rechnungen und Mahnungen nicht geschrieben werden können, Zinsen werden nicht berechnet, Aufträge bleiben liegen, die Kontrolle über die Lagerbestände geht verloren, die Produktionssteuerung fällt aus.

Glück im Unglück

Dieses für jeden Firmenchef schlafraubende Horrorgemälde wird häufiger Wirklichkeit, so der Hamburger Informatikprofessor Klaus Brunnstein, als die breite Öffentlichkeit ahnt. Feuer oder auch platzende Wasserleitungen sind die größten Gefahren für die großen Rechner; aber auch Sabotage ist möglich.

Verwiesen wird auf die durch Flammen vernichtete EDV-Anlage einer Sparkasse in Wien. Nur die Garantie des österreichischen Staates bewahrte das Institut vor dem Zusammenbruch. Als es beim Medienriesen Bertelsmann in Gütersloh brannte, konnte das gesamte Datenmaterial gerettet werden – das sprichwörtliche Glück im Unglück.

Die EDV-Anlagen in staatlichen Einrichtungen, vor allem auch beim Militär, sind immer mehrfach ausgelegt. Nach menschlichem Ermessen kann da schon einiges passieren, ehe wirklich eine totale Lähmung eintritt. Auch ganz große Firmen haben ihre Systeme doppelt ausgelegt, und immer an verschiedenen Orten. Doch respektable Unternehmen, die an ihren Rechner beispielsweise bis zu 1800 Bildschirm-Arbeitsplätze angeschlossen haben, stünden dumm da, wenn der große Brand ausbräche. Ein zweiter Rechner lohnt sich für sie nicht.

Marktlücke entdeckt

Diese Marktlücke hat ein Hamburger Unternehmen für sich entdeckt. Es bietet jenen Firmen für Bereitstellungskosten von 14 000 bis 70 000 DM im Monat „Versicherungsschutz" gegen Rechnerausfall. Die Firmen, die ihre Daten sowieso mindestens einmal, häufig jedoch zweimal auf Magnetbänder kopieren, bringen diese „Großväter und Väter" an sichere Orte und im „Fall des Falles" zum ständig einsatzbereiten Rechner ihres Vertragspartners.

Die Post, die noch vor wenigen Jahren bei Wünschen nach Netzumschaltung nur ihr Bemühen um schnelle Hilfe zusagen konnte, schaltet heute im „Sekundenbereich". Doch damit im Katastrophenfall alles klappt, muß geübt werden. Mindestens fünf Notfallübungen pro Jahr, darüber sind sich die Experten einig, seien dazu nötig.

Notfall-Rechenzentrum

Im Ernstfall kann das erste kommerzielle Unternehmen dieser Art in der Bundesrepublik (Gesellschaft für Informationssysteme mbH), das nach Hamburg jetzt in Düsseldorf sein zweites Notfall-Rechenzentrum in Betrieb nahm, auf seinen Rechnern, die untereinander verbunden werden können, mehrere Kunden gleichzeitig bedienen.

Bis zu fünf Monate, so schätzen die Fachleute, kann es dauern, bis nach einem Totalschaden ein neuer Rechner wieder „angefahren" werden kann. Ohne die Katastrophenhilfe, davon sind sie überzeugt, könnten die meisten Firmen eine solche Zeitspanne nicht überleben.

Die teuersten Streifen der Filmgeschichte: Kostenhäufung durch Unfälle, Brände, Regenschauer und die Exaltiertheit der Stars



Historie und Glamour: „Cleopatra", mit Liz Taylor und Richard Burton in den Hauptrollen (links). Heute beherrschen witzige Roboter die Leinwand: „Das Imperium schlägt zurück". FOTO: DIE WELT

Von M. v. SCHWARZKOPF

10 000 Dollar für einen Satz

Wo einst „Das Boot" vom Stapel lief und der Weiße Glücksdrache in der „Unendlichen Geschichte" das Fliegen lernte, wird zur Zeit ein Science-fiction-Film vorbereitet, dessen stattliches Budget auf 25 Millionen Dollar veranschlagt ist. „Enemy Mine", produziert von einer amerikanischen Gesellschaft, entsteht unter der Regie von Wolfgang Petersen in den Münchener Bavaria-Studios – im zweiten Anlauf.

Bis Mai bastelte der Amerikaner Richard Loncraine auf Island an dem Werk herum und wurde schließlich gekündigt. Alles, was er bereits im Kasten hatte, war für die Katz', da Petersen natürlich eigene künstlerische Vorstellungen von dem Projekt hat. Und eine Million Dollar waren „in den Ofen geschossen". Daß ähnliche und noch größere Summen beim Film nicht auf der Leinwand, sondern im Abseits landen, kommt oft vor, und die Gründe dafür sind mannigfaltig.

„Mein Name ist Emiliano Zapata", lautete ein Satz, den Marlon Brando 1952 in Elia Kazans Drama über den mexikanischen Revolutionär sagen sollte. Ein simpler Satz, der den Produzenten von „Viva Zapata!" mehrere Zehntausend Dollar kostete. Denn Brando, einer der größten Perfektionisten, die je zu Starruhm gelangten, forderte von seinem Regisseur 96 Mal eine Wiederholung dieser Szene – bis er mit der Satzbetonung vollends zufrieden war.

Meistens aber sind es nicht einmal die Schauspieler-Allüren, obgleich die Skandalchronik Hollywoods voll davon ist, die die Kosten amerikanischer Produktionen in astronomische Höhen treiben. „Des Produzenten größter Feind ist das Wetter", sagt der Produzent Herb Jaffe. Er läßt dabei die US-Gewerkschaften aus, die mit ihren Forderungen schon manchen Film ruinierten. Die Liste der Produktionen, die wegen Unwetter in ihrer Zeit- und Finanzplanung durcheinander gerieten, ist lang. John Hustons „Schatz der Sierra Madre" drohte im Regen zu ertrinken. Robert Redfords neues Produkt „The Natural" über einen Baseball-Spieler mit metaphysischen Kräften ging beinahe baden, weil es immer dann stürmte, wenn im Stadium mit Tausenden von Statisten gedreht werden sollte.

Zu den Dingen, die selbst der klügste Produzent nicht einkalkulieren kann, gehören Unfälle. Als sich Sean Connerys Stuntman in „Der Wind und der Löwe" bei einem Sturz verletzte, gerieten die Dreharbeiten ins Stocken. Eine Serie von Unfällen, ein Brand, der teure Kulissen vernichtete, und der Streik englischer Studioarbeiter ließen die ohnehin hohen Kosten für „Cleopatra" in geradezu astronomische Gefilde steigen. Die Arbeit in den Londoner Studios mußte abgebrochen und in Rom neu begonnen werden. Mit 70 Millionen Dollar ist „Cleopatra" nach wie vor der teuerste Film aller Zeiten.

Der Filmbranche sitzt als Schreckgespenst noch immer Michael Ciminos Fiasko „Heaven's Gate" in den Knochen, der teuerste Western aller Zeiten und einer der größten Flops der Filmgeschichte. Mätzchen wie der Transport einer Eisenbahn in unwirtliche Bergregionen, ein Drehplan, der ständig verändert wurde, und monatelange Bearbeitung des Epos an den Schneidetischen verschlangen Unsummen.

Daß die Branche aber noch immer keine Konsequenzen aus dem „Fall Cimino" gezogen hat, zeigen die Eskapaden eines Francis Ford Coppola. Sein jüngstes Projekt „Cotton Club" hat bereits das Doppelte aufgezehrt, was an Budget vorgesehen war. Allein die Kulissen und die Innenausstattung des Films haben Millionen aus dem Budget gesaugt.

Amerikas größter Sommerhit, „Ghostbusters", hatte mit einem Problem zu kämpfen, von dem alle Regisseure von Horrorfilmen und Science-fiction-Abenteuern ein Lied singen können: Die Spezialeffekte gingen daneben, die Geister und Höllenhunde, die diese Groteske bevölkern, wirkten lächerlich. Das alles mußte noch einmal in die Studios und ins Labor, und statt 15 Millionen Dollar kostete „Ghostbusters" 30 Millionen, was aber neben den 58 Millionen Dollar für den noch unfertigen „Cotton Club" geradezu bescheiden anmutet.

Da in den USA ein Großteil der Produktionsmittel von Privatinvestoren aufgebracht wird, wurde unlängst eine Gesellschaft gegründet, die darauf achten soll, daß die Investitionen tatsächlich für den Film und nicht für Extravaganzen ausgegeben werden. „Entertainment Completions" hält ein wachsames Auge darauf, daß die vielen Dollar möglichst „auf der Leinwand" landen. Ehe jemand sein Geld investiert, wird er von der Gesellschaft beraten, inwieweit das Projekt tatsächlich Chancen hat, fertiggestellt zu werden, ob das Budget realistisch erscheint und die Zeitplanung gut durchorganisiert ist.

Für eines aber können auch die Fachleute nicht die Hand ins Feuer legen, ob der fertige Film die Millionen wieder einbringen wird, die er – schlechtes Wetter und Unfälle eingerechnet – letztlich gekostet hat.

Die teuersten und erfolgreichsten Filme

Diese zehn Filme konnten den größten kommerziellen Erfolg verbuchen: 1. „ET", 2. „Rückkehr der Jediritter", 3. „Das Imperium schlägt zurück", 4. „Der weiße Hai", 5. „Jäger des verlorenen Schatzes", 6. „Der Exorzist", 7. „Unheimliche Begegnungen der dritten Art", 8. „Vom Winde verweht", 9. „Ein Offizier und Gentleman", 10. „Krieg der Sterne".

Unter den teuersten Filmen aller Zeiten steht weiterhin „Cleopatra" an der Spitze, dann folgen: „Heaven's gate", „Apokalypse now!", „Jäger des verlorenen Schatzes", „Indiana Jones und der Tempel des Todes".

Fahrt mit ferngesteuerten Signalen

Köln für vier Tage Attraktion für Modellbahner / Digitalsysteme fürs Kinderzimmer

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Auf „fünf Millionen Freunde allein in der Bundesrepublik Deutschland" beruft sich die Messe- und Ausstellungsgesellschaft Köln bei einer „Internationalen Ausstellung Modelleisenbahn und -zubehör", die am Freitag eröffnet wird und bis zum 6. November als reine Publikumsmesse ohne Kaufmöglichkeit zu besichtigen ist. Über zwei Millionen Modellbahnen stehen in deutschen Haushalten, der Umsatz der Branche hat die 700-Millionen-Grenze überschritten.

Was solche Zahlen bedeuten, das zeigte sich im vergangenen Jahr, als die Messe-Gesellschaft ohne große Erwartungen eine solche Veranstaltung startete und sich der ausgewiesene Platz in den Hallen als zu klein für den Massenandrang erwies: Tausende von Modellbahnfanatikern mußten draußen vor der Tür bleiben, weil andere Glücklichere sich an den Exponaten offensichtlich nicht sattsehen konnten.

Die ungewöhnliche Renaissance der Modelleisenbahn, im Zeitalter des „Pillenknicks" schon voreilig als auf dem Abstellgleis bezeichnet, hat sich schon mit einer Umfrage anläßlich der letzten Spielzeugmesse in Nürnberg angekündigt, bei der sich herausstellte, daß Eisenbahn und Puppe mit Abstand und unverändert durch alle Jahrzehnte das beliebteste Spielzeug von Jungen und Mädchen sind.

Den großen Anschluß an die heutige Zeit stellte anläßlich des 125. Firmenjubiläums vor wenigen Wochen der Modellbahn-Branchenführer Märklin in Göppingen her, wo die Eisenbahn mit Digital-System fürs Kinderzimmer und den sogenannten ernsthaften Modellbahner vorgestellt wurde.

80 Lokomotiven können mit „Digital H0" in der gängigsten Spurweite von heute wie von Geisterhand gesteuert auf einer Anlage fahren, auf der auch sämtliche Weichen und Signale (bis zu 256) digitalgesteuert arbeiten – ein Durchbruch in die neue Zeit war geschafft, wie damals, als Märklin vor fast hundert Jahren die genormten Modellbahnschienen erfand.

Trotz sinkender Realeinkommen und selbst trotz steigender Arbeitslosigkeit, so die Experten, werden die Ausgaben der Einwohner der Bundesrepublik für die Freizeit zunehmen. Nach langen Jahren voller Beschwerden erklärte die Sprecherin der Modelleisenbahnhersteller auf einer Pressekonferenz der Kölner Messe für diese Branche: „Die Eisenbahn ist eine Säule im Sortiment des Spielwareneinzelhandels. Der Jahreserfolg wird endgültig entschieden in den beiden Monaten, die noch vor uns liegen – und denen wir optimistisch entgegensehen."

Die Kölner Ausstellungsfläche wurde um mehr als das Doppelte vergrößert, rund 150 Aussteller sind vertreten. Sie kommen aus elf Ländern. Nach den Erfahrungen des Vorjahres sind Stände und Schauanlagen so aufgebaut worden, daß sie von vier Seiten besichtigt werden können.

Als besondere Attraktion gilt eine Sonderschau mit Modellen der im Kinderzimmer und beim erwachsenen Modellbahner oder -sammler immer beliebter werdenden schweren Schweizer Lok mit dem Namen „Krokodil", wobei das kleinste Stück für die „Spur Z" neun Zentimeter lang ist, das größte Modell zwei Meter lang. Auch die Bundesbahn und die Kölner Verkehrsbetriebe beteiligen sich durch Einsatz von teils historischen Fahrzeugen am Programm dieser Messe.

Für den Kauf des Evangeliars fehlen noch 1,8 Millionen

ni. Hannover

Das Evangeliar Heinrichs des Löwen, das im Dezember 1983 durch ein deutsches Konsortium auf einer Londoner Auktion für 32,5 Millionen Mark gekauft wurde, soll nach der ersten Ausstellungsrunde in Braunschweig, München, Bonn und Berlin völlig auseinandergenommen werden, da die Heftung der 226 Seiten starken und mit ganzseitigen Miniaturen und Initialen in Gold und Silber ausgestatteten Pergamenthandschrift aus dem 12. Jahrhundert erneuert werden muß.

Der niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kunst, Johann-Tönjes Cassens, erklärte, nach der ersten Ausstellungsrunde würde das kostbare Buch „vor unnötigen Belastungen durch Transporte und durch Umwelteinflüsse" geschützt werden. Die Handschrift bedürfe zwischen den Ausstellungen der Prüfung durch einen Konservator.

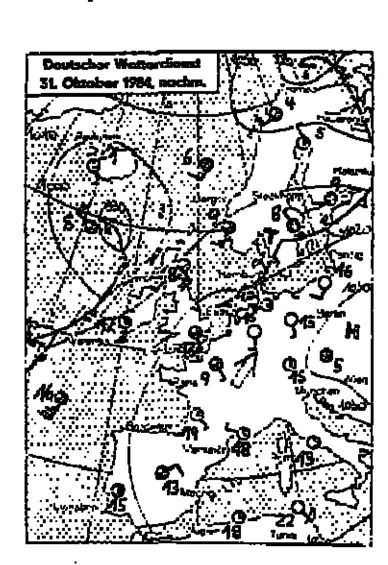
Nachdem bisher außer den Kauf-Beiträgen des Landes (9,4 Millionen Mark), der Bundesregierung (6 Millionen) und der Stiftung Preußischer Kulturbesitz (3 Millionen) eine Zusage des Landes Bayern zur Zahlung von 7,5 Millionen Mark „Anfang 1985" besteht, sind jetzt nur noch 1,8 Millionen Mark des Kaufpreises „offen". Denn durch Spenden aus der Bevölkerung und von Banken, Versicherungen, Industrieunternehmen oder Vereinigungen sind bisher schon 4,6 Millionen Mark eingegangen. Cassens: „Ich bin sicher, daß dieser Rest nach den bisherigen unglaublich positiven Erfahrungen mit der Spendenfreudigkeit auch noch bald zusammenkommt."

Für die Forschung wird von dem Evangeliar ein „Vollfaksimile auf hohem Niveau" hergestellt. Der Verlag, der dafür den Zuschlag erhält, muß nach Cassens' Worten „zunächst Millionen investieren". Darüber hinaus ist eine Sonderausgabe für Kunstfreunde geplant, die nur die Miniaturen und Begleittexte enthalten wird und 200 Mark kosten soll.

Kritik an dem Ankauf, der allgemein als „hervorragende kulturpolitische Leistung" gewürdigt worden war, ist nach Schilderung des niedersächsischen Kultusministers inzwischen fast verstummt. Niemand hätte es verstanden, wenn man dieses „Patrimonium" nicht zurückgeholt hätte.

WETTER: Heiter

Wetterlage: Deutschland verbleibt bis zum Wochenende im Bereich eines Hochs mit dem Schwerpunkt über dem Alpenraum.



Stationen ... bedeckt ... Nebel, Sprühregen, Regen, Schneefall, Schauer. Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze. H-Hoch, T-Tiefdruckgebiete. Luftströmung: warm, kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb-750mm)

Vorhersage für Donnerstag:
Norden: Nebel, der sich vormittags auflöst, dann heiter. Temperaturen 15, nachts um 6 Grad. Mitte und Süden: In den Niederungen Nebel, Höchsttemperaturen um 8 Grad, im Bergland überwiegend sonnig und nahe 17 Grad. Nächtliche Abkühlung bis in Gefrierpunktnähe. Schwachwindig.

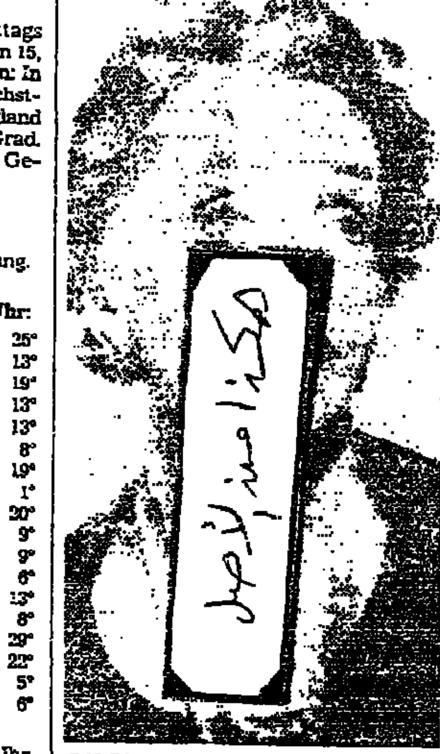
Weitere Aussichten:
Noch keine durchgreifende Änderung.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Ort	°C	Ort	°C
Berlin	13°	Kairo	25°
Bonn	13°	Kopenh.	13°
Dresden	14°	Las Palmas	19°
Essen	15°	London	13°
Frankfurt	5°	Madrid	13°
Hamburg	13°	Mailand	8°
List/Sylt	14°	Mallorca	19°
München	15°	Moskau	1°
Stuttgart	12°	Nizza	20°
Algier	18°	Oslo	9°
Amsterdam	12°	Paris	9°
Athen	19°	Prag	6°
Barcelona	19°	Rom	13°
Brüssel	13°	Stockholm	8°
Budapest	6°	Tel Aviv	29°
Bukarest	10°	Tunis	22°
Helsinki	9°	Wien	5°
Istanbul	11°	Zürich	6°

Sonnenaufgang* am Freitag: 7.17 Uhr, Untergang: 16.54 Uhr; **Mondaufgang:** 15.22 Uhr, Untergang: — Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Ursula Bloom – Liebesromane auf dem Fließband



560 Bücher geschrieben: die englische Schriftstellerin Ursula Bloom FOTO: SAD

SIEGFRIED HELM, London

In den Annalen der Weltliteratur dürfte sie allenfalls Anspruch auf eine Fußnote haben. Für das lesende Publikum ist sie dennoch ein Weltstar: Ursula Bloom, die in einem arbeitsreichen Leben in die oberste Riege der Weltbesten unter den Literatur-Produzenten aufstieg. Mit ihren 560 Buchveröffentlichungen ist sie ein Phänomen. Sie hat mehr Liebesromane als jedes andere Schriftstellerin der Welt fabriziert.

Kein Wunder, daß jetzt mehr dankbare Leser um die im Alter von 91 Jahren in einem Altersheim Entschlafene trauern als nach dem Tode so manch eines Literaturnobelpreisträgers. Und sie hat vermutlich mehr Leser beglückte als viele Schriftsteller, die in der Literaturgeschichte ihren Platz haben. Besonders Frauen hat sie unzählige schöne Stunden bereitet. Bei ihr ist die Liebe noch eine Himmelsmacht, wie sich das gehört, wenn einsame Leserinnen in den Herzensschicksalen von Schmöker-Helden Trost und Erbauung suchen.

Quenn Victoria saß noch auf dem Thron des britischen Weltreichs, als Klein-Ursula achtjährig mit einem Buch über ihre Katze namens „Tiger" debutierte. 77 Jahre später kamen ihre letzten Bücher heraus, ein Roman und ein Band Lebenserinnerungen. Auch das eine Bestleistung: Welcher Schriftsteller publizierte schon fast acht Jahrzehnte lang kontinuierlich? Über 500 Bücher veröffentlichte sie unter ihrem Namen, den Rest unter einem Dutzend Pseudonymen.

Ihrem ersten Mann, den 1918 die spanische Grippe dahinraffte, verdankte sie ihr einziges Kind und wertvolle Informationen über den Prinzen von Wales, den nachmaligen Herzog von Windsor, dessen Kammerdiener er war. Für ein Buch, versteht sich. Ihren zweiten Mann spannte sie als einzigen Angestellten ihrer Fließband-Produktion von Romanen ein. Er mußte ihre Manuskripte korrigieren, denn in Rechtschreibung war sie schwach. Er mußte für sie in Archive steigen, recherchieren und das Sekretariat übernehmen. Denn für Ursula Bloom war ein „Jahres-Ausstoß" von zehn Büchern keine Seltenheit.

Ursula Bloom wurde nicht nur mit ihrer Schreibtischarbeit berühmt. Bevor sie 1934 ihren ersten Schmöker unter dem vielversprechenden Titel „Der große Anfang" auf britische Leseratten losließ, zog sie als Polizeireporterin einen veritablen Scoop an Land: Sie spürte die Geliebte des Frauenmörders Dr. Crippen nach dessen Hinrichtung auf.

Im Buch der Rekorde steht Ursula Bloom freilich unter der 1973 verstorbenen südafrikanischen Kathleen Lindsay mit ihren 904 Romanen zurück. Auch der Kalifornier Lauran Paine hat ihr mit 876 veröffentlichten Romanen längst den Rang abgelaufen. Von ihren Landsmann John Creasey wird sie nur ganz knapp geschlagen – mit 564 Büchern.

Scheel angesehen wird sie wohl nur von solchen Mitgliedern der schreibenden Zunft, denen angesichts mangelnden Leserinteresses an ihren Erzeugnissen nur der Trost bleibt, vom gemeinen Publikum eben noch nicht verstanden zu werden. So konnte die zarte Dame, die nie geraucht und nie getrunken hat, noch die Genugtuung erleben, bei der Einführung des Bibliothekgroschens an Englands Leihbibliotheken auf Anhieb den Höchstsatz von 20 000 Mark im Jahr einzustreichen. Kein Wunder bei so verlockenden Titeln wie „Der heimliche Liebhaber" und „Hitlers Eva". (SAD)

Arzt wurde als „Krankschreiber" bestraft

dpa, Celle

Zu einer Geldstrafe von 2500 Mark hat das Landessozialgericht Niedersachsen einen Kassenarzt verurteilt, weil er einen Patienten, ohne ihn zu untersuchen, krankgeschrieben hatte. Das Gericht wies die Klage des Arztes mit der Begründung ab, die Disziplinarmaßnahme diene angesicht der beschränkten Kontrollmöglichkeiten der Krankenkassen der Abschreckung anderer Kassenärzte, die im Ruf als „Krankschreiber" stünden. In der gestern veröffentlichten Begründung des Urteils (AZ: L5 Ka 9/83) heißt es, der Mediziner habe seine Kassenarztpflichten schuldhaft verletzt. Ein Kassenarzt sei zur besonderen Sorgfalt bei der Feststellung der Arbeitsunfähigkeit und deren Dauer verpflichtet. Die Arbeitsunfähigkeit dürfe nur nach einer ärztlichen Untersuchung festgestellt werden. Da der Arzt ohnehin im Ruf eines „Krankschreibers" gestanden habe, hätte er besonders korrekt handeln müssen.

Räuber stellte sich

AFP, Neu-Delhi

Einer der berühmtesten Gangster Indiens hat sich der Polizei gestellt: der 35jährige Ramesh Sikarwar, den ein Kopfgeld von umgerec[...] 12 000 Mark gesetzt worden war. [...]mit dürfte eines der blutrünstigste[n] Kapitel des indischen Verbrecherwesens in der zentralindischen Gebirgsgegend von Chambal (350 Kilometer südlich von Neu-Delhi) beendet sein.

Mars – ein „Paradies"

dpa, Washington

Auf dem Symposium der Weltraumbehörde Nasa in Washington erklärten Wissenschaftler, die USA sollten ernsthaft prüfen, ob nicht Menschen auch auf den Roten Planeten geschickt werden könnten. Der Mars sei, so sagte Elbert King von der Universität Houston, im Vergleich zum Mond „ein Paradies" und der „menschenfreundlichste" Planet.

IC auch für Behinderte

dpa, Frankf[urt]

Rollstuhlfahrer können künftig [be]quem im Stundentakt reisen: D[ie] Deutsche Bundesbahn hat 118 klim[a]tisierte Großraumwagen bestellt, die mit rollstuhlgerechten Zusatzeinrichtungen ausgestattet sind. Bis Ende 1986 sollen fast alle Intercity-Züge einen solchen Wagen führen.

Zu Recht ermahnt

AP, Kassel

Eine Lehrerin aus Bremen, die zusammen mit einer Vielzahl von Kollegen während der Unterrichtszeit an einer Protestkundgebung der Gewerkschaft Erziehung und Wissen[-]schaft für die Verringerung d[er] Pflichtstundenzahl der Lehrer teilg[e]nommen hat, hat nach einer Entsch[ei]dung des Bundesarbeitsgerichts ([...] 126/81) ihre arbeitsvertraglic[hen] Pflichten verletzt. Die Lehrerin sei deshalb zu Recht ermahnt worden und muß die gesamten Prozeßkosten bezahlen.

Zugunglück in Spanien

rtr. Alicante

Bei einem Zugunglück nahe der spanischen Stadt Alicante sind am Dienstag nach offiziellen Angaben neun Menschen getötet und 28 verletzt worden.

ZU GUTER LETZT

„Fotograf biß Beleuchter". Meldung der Presseagentur AP zum Empfang des ägyptischen Staatspräsidenten Mubarak am Bonner Flughafen.